

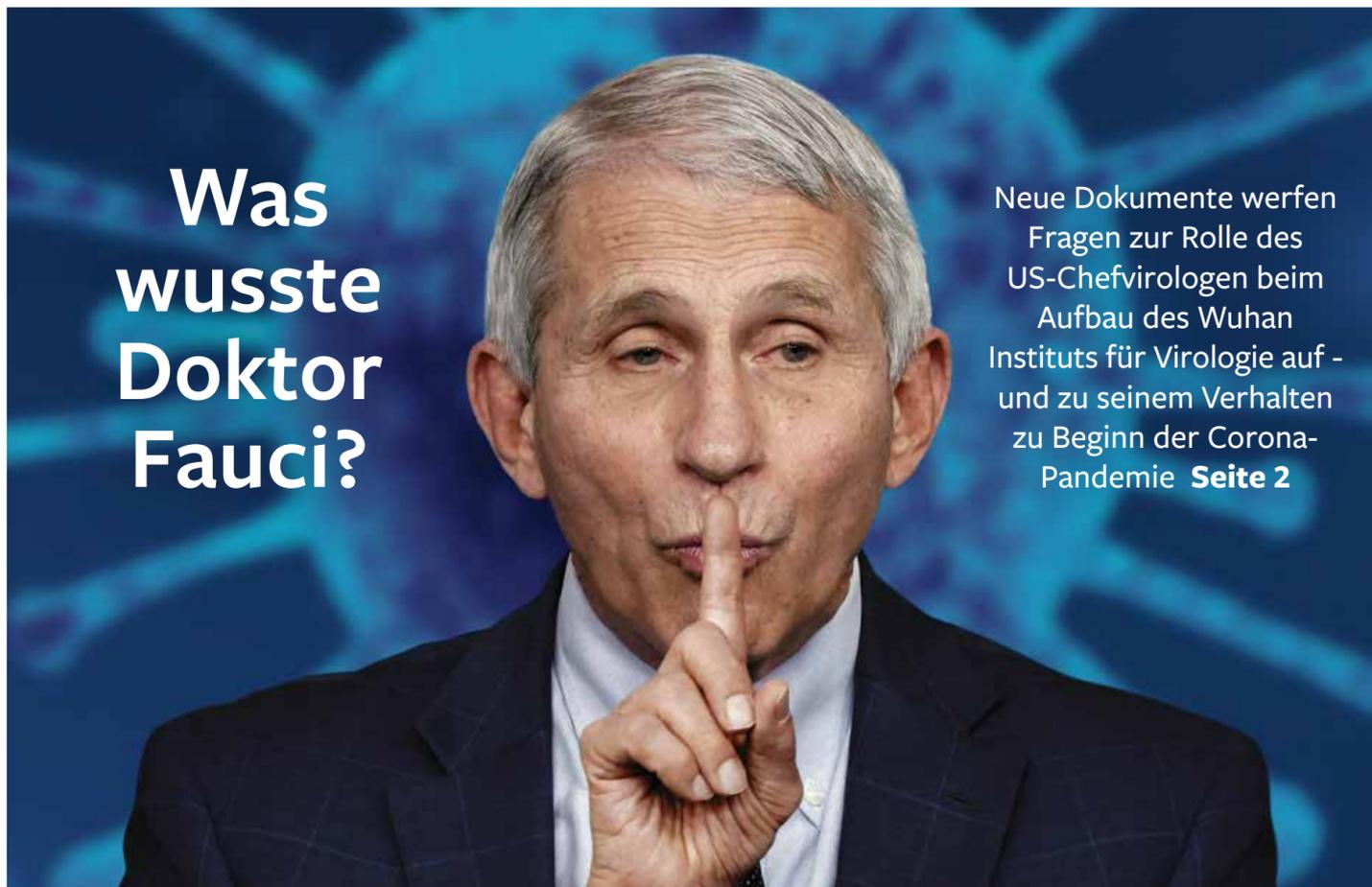
Preussische Allgemeine



Nr. 6 · 11. Februar 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Was wusste Doktor Fauci?

Neue Dokumente werfen Fragen zur Rolle des US-Chefvirologen beim Aufbau des Wuhan Instituts für Virologie auf - und zu seinem Verhalten zu Beginn der Corona-Pandemie **Seite 2**



Geschichte Vor 30 Jahren begann der Mord-Prozess gegen Erich Mielke **Seite 11**



Heimat Die einstmalige deutsche Stadt New York in der Ukraine **Seite 23**

AUFGEFALLEN

Die Legitimität von Protest

Seit Tagen schon belagern Trucker-Fahrer mit ihrem „Freedom Convoy“ (Freiheitszug) die kanadische Hauptstadt Ottawa (siehe auch Seite 6). Zum großen Ärger von Bürgern der Stadt – sowie auch von Premier Justin Trudeau – protestieren die Brummifahrer doch gegen die Corona-Regeln des Landes und insbesondere gegen eine Impfpflicht für ihren Beruf. Dabei legen sie nicht nur die Straßen der Hauptstadt lahm, sondern sorgen mit ihren kräftigen Hupen auch für gehörigen Lärm. „Das muss aufhören“, forderte Trudeau am Montag in einer Dringlichkeitsdebatte im kanadischen Unterhaus und versprach die Unterstützung der Ordnungskräfte und seiner Regierung „mit allen Mitteln, die die Provinz und die Stadt benötigen“, um mit den Demonstranten fertig zu werden.

Vor rund zwei Jahren, Anfang Juni 2020, hatte Trudeau keine Probleme mit der Belagerung seiner Hauptstadt. Damals waren es freilich auch keine Trucker, die durch Ottawa zogen, sondern Demonstranten der „Black Lives Matter“-Bewegung (BLM) im Nachgang des Todesfalls George Floyd. Obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits in ganz Nordamerika zahlreiche BLM-Demos in Krawalle ausgeartet waren, nahm Trudeau an der Veranstaltung in Ottawa sogar teil. Von einer Verurteilung der politischen Gewalt seitens des Premiers ist nichts bekannt.

Für manchen Herrschenden ist also das Demonstrationsrecht kein demokratisches Grundrecht, sondern eine flexible Größe. Passt der Protest ins politische Konzept, geht er in Ordnung, wenn nicht, ist er von Übel. *neh*

POLITIK

Keine Orientierung, keine Führung und keinen Plan

Rund zwei Monate nach ihrem Amtsantritt zeigt sich, dass der Start der neuen Bundesregierung gründlich misslungen ist

VON KLAUS KELLE

Nie hätte man für möglich gehalten, einmal zu schreiben, dass Bundesaußenministerin Annalena Baerbock der im Moment einzige erkennbare Lichtblick der neuen Bundesregierung ist. Und das im Wissen um ihren anpassungsfähigen Lebenslauf, Plagiatsvorwürfe und ihre Parteizugehörigkeit zu den Grünen. Aber immerhin: Frau Baerbock arbeitet erkennbar, sie macht in spannungsgeladenen Zeiten auf internationaler Bühne eine halbwegs gute Figur für Deutschland, wenn man mal davon absieht, dass sie beim ersten Besuch in Kiew den um Waffen zur Selbstverteidigung geradezu bettelnden Ukrainern ein Gespräch über Erneuerbare Energien reindrückte, die Bitte um Waffen aber strikt ablehnte.

Vergangene Woche fand das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap für den ZDF-Deutschlandtrend heraus, dass Bundeskanzler Olaf Scholz sage und schreibe 17 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung verloren hat. 17 Prozent! Verloren! Und das nicht, weil er so unglaublich viel falsch gemacht hätte, sondern einfach, weil er für sein Volk unsichtbar ist. Und wenn er dann mal etwas sagt, dann laviert er herum und – ja – schwurbelt. So wie im Fall der vielfach umstrittenen Ostsee-Pipeline Nord Stream 2. Immerhin: Anfang der Woche reiste Scholz

nach Washington, das gab gute Bilder vor dem Kamin im Weißen Haus.

Die Ukraine-Krise überlagert derzeit alles andere, zwei Flugstunden entfernt von uns droht ein echter Krieg, so richtig mit Soldaten, Panzern und Kampfflugzeugen, jedenfalls was alle anderen betrifft. Deutschland schickt 5000 gebrauchte Schutzhelme zur Demonstration seiner großen Solidarität mit der bedrohten Ukraine. Immerhin entsendet die Bundeswehr nun wenigstens weitere 350 Soldaten zur Verstärkung des eigenen Kontingents in Litauen. Die Welt wartet jetzt auf den energischen Protest des Kremles, der sich zweifellos von Ministerin Christine Lambrecht und diesen 350 Soldaten schwer bedroht fühlt. Oder so.

Ausfall Habeck

Robert Habeck, Wirtschaftsminister von den Grünen, ist qua Parteimitgliedschaft zur Rettung des Weltklimas verpflichtet. Und dazu gehört, dass er als Minister den Neubau von energieeffizienten Häusern und Wohnungen fördert. Dazu gibt es Milliarden Fördermittel der KfW-Bank – aber die sind nun verbraucht. Weil mehr Anträge auf Fördermittel eingegangen sind, als Geld tatsächlich zur Verfügung steht. Geschätzt 200.000 neue Wohnungen werden in Deutschland dringend gebraucht, die Projektentwickler und Baufirmen stehen bereit, alles ist beantragt und in die Finanzplanung eingespeist. Und nun gibt's

nix. Weil niemand schon vergangenes Jahr rechtzeitig geprüft hat, ob mehr Geld gebraucht wird. Weil niemand Pläne geschmiedet hat für – zum Beispiel – einen Nachtragshaushalt. Stattdessen wird aus dem Nichts einfach abgesagt: Kasse leer.

So lassen sie es einfach laufen, und nun stehen die Bauherren im Regen, und Landesregierungen überlegen, wie sie einspringen können, damit endlich weitergebaut wird.

Viele Bürger halten Politik für Kasperletheater. Aber von einer Bundesregierung dürfen sie erwarten, dass dort professionell gearbeitet wird und dass die führenden Köpfe zumindest die Steuerung der eigenen Prozesse im Griff haben. Diesen Eindruck macht das Konstrukt namens „Ampel-Koalition“ bisher wirklich nicht.

Besonders bürgerliche Wähler, die wegen des schwachen Auftretens des CDU-Kandidaten Laschet im Wahlkampf nicht die Union ankreuzen wollten und abgeschreckt vom rechten Rand der AfD im Herbst FDP gewählt haben, sind besonders ernüchtert von den Liberalen, die doch eigentlich das Korrektiv schlimmster rot-grüner Ausreißer sein sollten. Doch auch davon ist nichts zu spüren, wenn man von Wolfgang Kubickis klarer Haltung in der Corona-Krise und Herrn Buschmanns Kampf um Absenkung der Strafen fürs Schwarzfahren im ÖPNV absieht.

Der Start dieser neuen Bundesregierung ist gründlich misslungen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Das zweifelhafte Verhältnis von Bundesinnenministerin Nancy Faeser zur Antifa **Seite 4**

Kultur

Die Kulturhauptstädte Europas Novi Sad, Kaunas und Esch an der Alzette **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Eine Allensteiner Künstlerin zeigt Ostpreußens Schönheit in Aquarellen **Seite 13**

Lebensstil

Früher Rheinpreußen, heute Endpunkt der Seidenstraße: der Duisburger Hafen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Gibt es Verantwortliche für die Corona-Pandemie? Führende westliche Wissenschaftler wissen mehr als sie zugeben und diskreditieren bewusst die Wahrheit. Doch zwei US-Politiker fassen nach

Die fragwürdige Rolle von Fauci & Co.

Neue Unterlagen belasten den Chefvirologen der USA, aber auch den Deutschen Christian Drosten schwer

VON WOLFGANG KAUFMANN

James Comer ist der Vertreter des Bundesstaates Kentucky im US-Repräsentantenhaus und gehört dem Committee on Oversight and Reform (Aufsichts- und Reformausschuss) des Kongresses an. Und James Jordan sitzt für Ohio im Repräsentantenhaus und im Committee on the Judiciary (Justizausschuss). Diese beiden republikanischen Politiker haben sich in einem mehrseitigen Brief an den Gesundheitsminister der Vereinigten Staaten, Xavier Becerra, gewandt.

Das Schreiben enthält schwere Vorwürfe gegen den Immunologen Anthony Fauci, der das National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID, Nationales Institut für Allergien und Infektionskrankheiten) der National Institutes of Health (NIH, Nationale Gesundheitsinstitute) des United States Department of Health and Human Services (HHS, Ministerium für Gesundheitspflege und Soziale Dienste der Vereinigten Staaten) leitet und seit dem 20. Januar 2021 auch als Chief Medical Advisor, also oberster Gesundheitsberater von Präsident Joe Biden, fungiert: „Obwohl Dr. Fauci bei mehreren Gelegenheiten etwas anderes behauptete, wusste er von der Finanzierung der gemeinsamen Experimente der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation EcoHealth Alliance und des chinesischen Wuhan-Institutes für Virologie (WIV) durch das NIAID.“

Telefonkonferenz vom Februar 2020

Der Zweck der im WIV betriebenen „Funktionsgewinn-Forschung“ zur Verstärkung der Übertragbarkeit und Aggressivität von Erregern habe darin bestanden, unter Umgehung eines diesbezüglichen Verbotes der US-Regierung Versuche mit „potentiell tödlichen neuartigen Fledermaus-Coronaviren“ durchzuführen.

Des Weiteren stellen Comer und Jordan fest, „dass Dr. Fauci vor zwei Dingen gewarnt wurde: der Möglichkeit, dass Covid-19 aus dem WIV ausgetreten ist, und der Möglichkeit, ... dass das Virus absichtlich genetisch manipuliert wurde“. Zum Beweis dessen sind dem Schreiben insgesamt neun Mails von Fauci und anderen Virologen aus der Zeit zwischen

dem 2. Februar und dem 17. April des Jahres 2020 angehängt. Die wurden zwar schon am 2. Juni 2021 durch das US-Nachrichtenportal „BuzzFeed“ und die „Washington Post“ veröffentlicht, jedoch mit höchst umfangreichen Schwärzungen. Deshalb hatten Comer und Jordan eine „nicht öffentliche“ Einsicht in den elektronischen Schriftverkehr erwirkt, in deren Verlauf Mitarbeiter der beiden Ausschussmitglieder die bislang geheim gehaltenen Textpassagen von Hand kopierten. Und diese Zeilen bergen Sprengstoff.

„Fortgesetzte Behinderung“

Sie beweisen, dass es am 1. Februar 2020 eine Telefonkonferenz gegeben hat, an der neben Fauci und seinem Vorgesetzten Francis Collins von den NIH noch einige weitere Fachwissenschaftler teilnahmen, darunter auch Christian Drosten, der Direktor des Instituts für Virologie an der Berliner Charité. Während

der Besprechung sowie in den Tagen danach wurde ganz offen über die Möglichkeit eines nicht natürlichen Ursprungs des neuen Coronavirus diskutiert und dabei auch auf die Experimente in Wuhan eingegangen. Konkret schätzten damals weltweit führende Experten wie Michael Farzan vom Scripps Research Institute in Jupiter (Florida) und Edward Holmes von der Universität Sydney die Wahrscheinlichkeit, dass SARS-CoV-2 ein aus dem Labor entwichener künstlich erzeugter Erreger sei, auf zwischen 50 und 70 Prozent.

Ungeachtet dessen behaupteten die Teilnehmer der Konferenz später unisono eine Herkunft des Virus aus dem Tierreich und verunglimpften anderslautende Meinungen als „gefährliche Verschwörungstheorien“. Hieran wirkte Drosten maßgeblich mit. So wettete der Berliner Virologe im Mai 2020: Was er über die „Laborthese“ höre, „auch von scheinbaren Fachleuten, das entbehrt einfach je-

der Grundlage“ und gehe „nicht über ... Studentenlehrbuchwissen“ hinaus.

Fragen an Fauci und das HHS

Zum Schluss ihres Briefes beklagen Comer und Jordan dann noch die „fortgesetzte Behinderung“ der Untersuchungen des Kongresses durch das HHS sowie die NIH und das NIAID. Das werde der Glaubwürdigkeit dieser drei Institutionen „wahrscheinlich irreparablen Schaden zufügen“.

Auf jeden Fall seien nun aber im „Interesse der nationalen Sicherheit“ und zur „Verhinderung künftiger Pandemien“ folgende Fragen durch Fauci und das HHS zu beantworten: „Haben Fauci und Collins das Weiße Haus über den Verdacht ihrer Kollegen informiert, dass das Virus aus einem chinesischen Labor stamme und genetisch manipuliert sein könne“, und „hätte diese Warnung die anfänglichen Reaktionen auf die Covid-19-Pandemie beeinflusst“?



Verlangten Antworten vom Gesundheitsministerium: James Comer (l.) aus Kentucky und James Jordan aus Ohio

Foto: pa

VARIANTE

Die Version des USMC-Majors Joseph Murphy

Mittlerweile gilt als erwiesen, dass am Wuhan-Institut für Virologie der chinesischen Akademie der Wissenschaften (WIV) daran gearbeitet wurde, im Tierreich vorkommende Coronaviren ansteckender und für den Menschen gefährlicher zu machen. Das diente dem Zweck, präventiv Impfstoffe gegen später vielleicht auch in der Natur auftauchende potentielle Pandemie-Kandidaten zu entwickeln. Ebenso flog inzwischen die Finanzierung dieser Forschungen durch US-Institutionen auf. Eine Bestätigung der entsprechenden Berichte könnte das am 10. Januar 2022 publik gewordene Schreiben des Majors des United States Marine Corps (USMC) Joseph Murphy aus dem Pentagon an das Büro des Department of Defense Inspector General Sean O'Donnell vom 13. August 2021 sein. Dieses wurde von dem Recherche-Netzwerk Project Veritas veröffentlicht. Allerdings ist die Echtheit des Papiers umstritten.

Jedoch haben unlängst einige US-Senatoren Nachfragen bezüglich des Inhaltes des Murphy-Berichtes an das Pentagon geschickt, ohne dass das Verteidigungsministerium darauf mit dem Vorwurf der Fälschung gekontert hätte. Das spricht für sich, wenn man die Gepflogenheiten im Washingtoner Politikbetrieb berücksichtigt.

Murphys Darstellung weicht allerdings in einem Punkt vom Inhalt anderer Quellen ab. Für den Major bestand das Ziel der auch von US-Institutionen gesponserten Forscher in Wuhan darin, Vakzine zu entwickeln, um „Fledermäuse in den Höhlen in Yunnan, China, welche nachweislich natürliche SARS-Viren tragen, zu impfen“. Damit sollte „das Immunsystem der Fledermäuse gestärkt werden, um das Auftauchen einer ... SARS-CoV-Variante zu verhindern“, die für den Menschen tödlich sein könnte.

Die chinesischen Virologen hätten also versucht, Corona-Pandemien vorzubeugen, indem sie die Entstehung gefährlicher Erreger im Tierreich erschwerten. Hierbei sei dann jedoch irgendetwas aus dem Ruder gelaufen. W.K.

SCHADENERSATZANSPRÜCHE

Wenn Peking und Washington als Schuldige überführt würden

Der Pandemie-bedingte Wohlstandsverlust soll sich bis 2025 auf 22 Billionen US-Dollar summieren

Am 3. Juni 2020 polterte der damalige US-Präsident Donald Trump unter Bezug auf Meldungen, dass das Coronavirus SARS-CoV-2 möglicherweise aus dem Hochsicherheitslabor des Wuhan-Institutes für Virologie entwichen sei: „China sollte zehn Billionen Dollar an Amerika und die Welt zahlen, für den Tod und die Zerstörung, die sie verursacht haben!“

Im Herbst des Folgejahres sah Trumps Reaktion dann freilich deutlich anders aus, als es abermals um die sogenannte Laborthese ging: Auf die Frage eines Fernsehreporters, ob er denn jetzt sicher wisse, wo das Virus herkomme, antwortete der Ex-Präsident mit „Ja“, woraufhin sein Gegenüber nachhakte: „Also, woher

denn nun?“ Daraufhin meinte Trump lakonisch, das dürfe er nicht sagen.

Zu diesem Zeitpunkt bestand längst Klarheit darüber, dass die riskanten chinesischen Forschungen an Coronaviren mit US-Steuergeldern alimentiert worden waren. Deshalb müsste eigentlich nicht nur Peking, sondern auch Washington Schadenersatz leisten, wenn die Pandemie tatsächlich auf einen Ausbruch des Erregers aus dem Labor des Wuhan-Institutes zurückgeht.

Es wären hier nachgerade astronomische Summen zu zahlen. Schließlich hatte die Corona-Pandemie höchst zerstörerische Auswirkungen auf die globale Wirtschaft und Gesellschaft. So beziffer-

te die Chefökonomin des Internationalen Währungsfonds, Gita Gopinath, den bereits eingetretenen und künftig noch zu erwartenden weltweiten Wohlstandsverlust bis 2025 auf 22 Billionen US-Dollar. Diese Summe ist höher als das Brutto-Inlandsprodukt der USA im Jahre 2019. Immerhin ging durch die Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung 2020 und 2021 die Arbeitsleistung von 355 Millionen vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern verloren. Das führte zur schlimmsten Rezession seit der Weltwirtschaftskrise vor 90 Jahren.

Mit dem Virus infizierten sich mindestens 340 Millionen Menschen und nicht wenige starben auch „an oder mit“ Coro-

„China sollte zehn Billionen Dollar an Amerika und die Welt zahlen, für den Tod und die Zerstörung, die sie verursacht haben!“

Donald Trump im Jahre 2020
US-Präsident 2017–2021

na. Die genaue Zahl der Toten ist stark umstritten. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt diese jetzt bei knapp sechs Millionen. Allerdings gehen manche Wissenschaftler wie die Mitarbeiter des Institute for Health Metrics and Evaluation (IHME) der University of Washington in Seattle von einer deutlich höheren Todeszahl in einer Größenordnung von bis zu 22 Millionen aus.

Und tatsächlich lässt die korrekte Erfassung und Meldung der Virus-Opfer in vielen Staaten stark zu wünschen übrig. Beispielsweise soll es im Corona-Ursprungsland China bislang nur rund 100.000 Infizierte und 5000 Tote gegeben haben. W.K.

Wege aus einer bedrohlichen Krise

Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen scheint irreversibel beschädigt. Dennoch haben alle Parteien auf zahlreichen Politikfeldern gemeinsame strategische Interessen, die den Grundstein für eine Annäherung bilden könnten

VON ANDREJ KORTUNOW

Zurückblickend auf die drei letzten Jahrzehnte der schwierigen und widersprüchlichen Geschichte Russlands stellt sich unwillkürlich die Frage: Inwieweit war der Verlauf der bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und dem Westen vorherbestimmt? Gab es andere, alternative Szenarien für die Entwicklung dieser Beziehungen, die weniger Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zwischen den beiden Seiten und eine breitere und stabilere Zusammenarbeit gezeitigt hätten? Oder war die strategische Spaltung zwischen Russland und seinen westlichen Partnern von Anfang an unvermeidbar?

Wahrscheinlich werden Historiker und Soziologen, Politiker und Journalisten noch lange über die subjektiven und objektiven Faktoren streiten, die letztlich bewirkt haben, dass Russland auch noch nach dreißig Jahren nicht zu einem organischen und integralen Bestandteil des „kollektiven Westens“ geworden ist. Ich halte den Rückzug des Kremls von seinem konsequenten „prowestlichen“ Kurs vom Anfang der 1990er Jahre für historisch unausweichlich.

Was möglich gewesen wäre

In vielen postsozialistischen Staaten Zentral- und Osteuropas, auch in denen, die sich mehr als erfolgreich in die euroatlantischen Sicherheits- und Entwicklungsmechanismen integrierten, verzeichnete man den Anstieg eines frustrierten Nationalismus, eine wachsende Skepsis gegenüber liberal-demokratischen Werten und wiederholt aufgeheizte Zwistigkeiten mit den Ländern des „alten Westens“. Was jedoch Russland betrifft, konnte man selbst in den besten Zeiten der Zusammenarbeit mit dem Westen schwerlich darauf hoffen, dass das Land ein vollwertiges und diszipliniertes Mitglied der Europäischen Union werden könnte oder sich vollständig in die militärischen Strukturen der Nordatlantikkonvention einfügen würde.

Nichtsdestotrotz war es zu einem bestimmten Zeitpunkt mit ein wenig Fantasie durchaus vorstellbar, dass Russland sich aktiv an der Arbeit der politischen Institutionen der NATO beteiligen würde, ohne zugleich zwangsläufig Teil der militärischen Strukturen des Blocks zu werden, ähnlich wie Frankreich in der Zeit zwischen 1966 und 2009. Desgleichen konnte man sich durchaus ein Russland vorstellen, das die Türkei bei der normativ-rechtlichen, der kulturellen und der politischen Annäherung an die Europäische Union sehr rasch ein- oder sogar überholte.

Man hätte sich Moskau in der Rolle Warschaus vorstellen können, das, wann immer es gerade passt, seine „Besonderheit“, seine „Andersartigkeit“ in Bezug auf das „alte“ Europa hervorkehrt, ohne sich die Gelegenheit entgehen zu lassen, sich in der Rolle des „ewigen Opfers“ des europäischen Egoismus und der Undankbarkeit darzustellen, nicht aber als Gegner der gemeinsamen Familie der europäischen Völker und Staaten. Das heißt, unter günstigen Bedingungen hätte Russland sehr wohl die Rolle eines „anderen Westens“ beanspruchen können, mit seiner einzigartigen Spezifik, mit seinem eigenen besonderen Platz im euroatlantischen Raum, mit einem komplexen Repertoire bilateraler Beziehungen zu den anderen westlichen Ländern, gleichwohl aber mit dem dezidierten Bewusstsein seiner Zugehörigkeit zur „westlichen Welt“.

Dazu hätte es von beiden Seiten während der letzten dreißig Jahre nur ein wenig mehr an Weisheit, Beharrlichkeit und Geduld bedurft sowie mehr Bereitschaft zu Kompromissen. Die Länder des Westens hätten sich bereit zeigen können, mehr politisches Kapital in gemeinsame europäische Institutionen zu investieren, statt sich nur auf die geographische



Als die west-östlichen Beziehungen noch intakt waren: Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte 1997 in Paris. Damals war allen Beteiligten noch bewusst, dass sie wichtige Fragen nur gemeinsam lösen können

Foto: pa

Erweiterung der eigenen exklusiven Strukturen zu fixieren, die ihnen aus der vergangenen Epoche des Kalten Kriegs geblieben waren.

Russland seinerseits hätte sich ernsthafter der historischen Aufgabe der Versöhnung mit seinen Nachbarn im Baltikum und Zentraleuropa widmen können, wodurch aus verbissenen Gegnern Moskaus zwar sicher nicht energische Lobbyisten der russischen Interessen in Brüssel geworden wären, aber wenigstens wohlwollende Beobachter der russischen Transformation. Die Chance auf die Bildung eines einheitlichen euroatlantischen Raums von Vancouver bis Wladiwostok würde jedenfalls unwiederbringlich verpasst.

Aus heutiger Sicht spielt es keine Rolle mehr, wann genau der strategische Bruch zwischen Russland und dem Westen unumkehrbar war – 2014, als die chronische ukrainische Krise in eine akute Phase eintrat, oder schon sechs Jahre davor während des bewaffneten Konflikts im Südkaukasus. Viel wichtiger ist es festzuhalten, dass der Westen, dass Russland, dass die Welt insgesamt nicht mehr dieselben sind wie vor dreißig, zwanzig oder auch nur zehn Jahren.

Ein Zurück in diese Zeit kann es schlicht nicht geben – das globale Kräfteverhältnis hat sich in den vergangenen Jahren radikal verändert, die ganze Agenda der Weltpolitik hat sich verändert, es hat schwerwiegende Verschiebungen in den nationalen Prioritäten sowohl in Moskau als auch in vielen westlichen Hauptstädten gegeben. Man kann die Geschichte nicht zurückspulen, beide Seiten müssen sich nach vorne bewegen, nicht rückwärts.

Es geht nicht nur um die Ukraine

Es gibt die Auffassung, das größte Hindernis auf dem Weg einer Versöhnung zwischen Russland und dem Westen sei das ungelöste Problem mit der Ukraine. Wenn es beiden Seiten plötzlich durch ein himmlisches Wunder gelingen sollte, die Situation vor 2014 wiederherzustellen, könnten alle übrigen Uneinigkeiten und Widersprüchlichkeiten zwischen den Seiten sowohl in Europa als auch in den anderen Regionen der Welt ziemlich schnell und relativ schmerzlos ausgeräumt werden.

Dem könnte man zum Teil zustimmen, denn immerhin ist die Ukraine jetzt seit fast schon acht Jahren der Hauptgegenstand des Zwists zwischen Moskau und den westlichen

Hauptstädten. Aber es geht eben, wie mir scheint, nicht nur um die Ukraine.

Zwischen Russland und dem „kollektiven Westen“ existieren, wie vor drei Jahrzehnten auch, gewichtige Unterschiede im Hinblick auf die geographische Lage, die historische Erfahrung, die tiefverwurzelten Traditionen und insbesondere im Hinblick auf die soziale Psychologie. 1991 glaubten viele, diese Unterschiede leicht überwinden zu können – mit dem nötigen politischen Willen und dem Bestreben zur Zusammenarbeit.

Fundamentale Divergenzen

Aber wie die vergangenen dreißig Jahre zeigten, haben uns diese Hoffnungen getrogen. Diese Unterschiede zwischen Russland und dem Westen prägen bis heute das allgemeine Weltbild und die politische Logik beider Seiten, was es so schwierig macht, bei vielen Problemen zu Kompromissen zu finden.

Zwischen Russland und dem Westen (das gilt zumindest für die Ebene der politischen Eliten, in gewissem Maße aber auch für die Gesellschaft im Allgemeinen) existieren grundsätzliche Divergenzen in Bezug auf die fundamentalsten Fragen der gegenwärtigen und künftigen Weltordnung. Was ist richtig und was falsch konstruiert in unserer Welt? Was ist gerecht und was ist ungerecht im internationalen System? Was ist legal und was illegal? Wie sollte die neue Weltordnung beschaffen sein, und wer sollte die Verantwortung für ihren Aufbau tragen?

Diese Divergenzen werden überlagert von beiderseitigen Vorstellungen von der fundamentalen und sich stetig vertiefenden Schwäche der anderen Seite: Im Westen wird man nicht müde, von der Fragilität und Primitivität der russischen Wirtschaft zu sprechen, von der technologischen Rückständigkeit Russlands in vielen Schlüsselbereichen, von der akuten demographischen Krise. In Russland lässt man sich keine Gelegenheit entgehen, festzustellen, dass viele Gesellschaften des Westens sich in einem Zustand der Spaltung oder der Fragmentierung befinden, dass das soziale Vertrauen gegenüber den staatlichen Institutionen sinkt, dass der Westen wirtschaftlich immer mehr hinter dem sich dynamisch entwickelnden China zurückbleibt.

Daher fühlen sich weder der Westen noch Russland veranlasst, den ersten Schritt auf

Die taktischen Siege einer der beiden Seiten überwiegen nie die strategischen Kosten, die durch eine allgemeine Destabilisierung des Weltsystems, den Zerfall der internationalen Organisationen, die Erosion des internationalen Rechts entstehen

● Andrej Kortunow ist Generaldirektor des Russian International Affairs Council (RIAC) in Moskau. Der Text erschien ursprünglich in geringfügig längerer Form auf „karenina.de“, dem Online-Portal des Petersburger Dialogs. www.karenina.de

den anderen zuzugehen. Beide gehen davon aus, dass die Zeit die andere Seite zwingt, Konzessionen zu machen. Weil das so ist, hat jede Hoffnung auf eine wie auch immer „endgültige“ Versöhnung zwischen Russland und dem Westen in absehbarer Zukunft kaum eine Grundlage. Erst die Geschichte wird zeigen, wessen Einschätzung der internationalen Beziehungen, der Welt im Ganzen und seiner Rolle in dieser Welt besser begründet ist.

Fokussierung auf das Mögliche

Bis dahin aber können Russland und seine westlichen Partner vor allem darüber zu einer Einigung kommen, wie man die Kosten so weit wie möglich senkt und die Risiken reduziert, die mit der aktuellen Konfrontation zusammenhängen. Was selbstverständlich eine Zusammenarbeit in Fragen nicht ausschließt, die die beiderseitigen Interessen betreffen.

Beide Seiten könnten sich auf Maßnahmen zur Stabilisierung der militärpolitischen Lage in Europa verständigen, einschließlich der Wiederaufnahme der abgebrochenen Kontakte zwischen den Militärs Russlands und der NATO auf unterschiedlichen Ebenen, der Eindämmung der Gefahr unbeabsichtigter Vorfälle zu Land, zu Wasser und in der Luft sowie der Bestätigung der sich aus der im Jahr 1997 unterzeichneten NATO-Russland-Grundakte ergebenden gegenseitigen Verpflichtungen. Große Bedeutung hätten auch ein beidseitiges Moratorium über die Stationierung von Raketen mittlerer und kurzer Reichweite in Europa sowie Maßnahmen beider Seiten zur Verringerung militärischer Aktivitäten entlang der Linie, an der sich Russland und NATO unmittelbar gegenüberstehen.

Die Stabilisierung der Lage in Europa ist nicht gleichbedeutend mit der Bildung eines Systems der kollektiven Sicherheit; Europa wird in politischer und militärischer Hinsicht noch sehr lange gespalten sein. Aber sogar ein gespaltenes Europa könnte ein sicherer und komfortablerer Ort für alle Europäer sein, wenn es gelänge, die „roten Linien“ abzusprechen, die beide Seiten nicht überschreiten dürfen. Stetige Förderung des Vertrauens zwischen dem Westen und dem Osten des Kontinents könnte dazu beitragen, sich sogar noch ambitioniertere Ziele zu setzen – zum Beispiel eine Reform und gleichzeitige Erhöhung des Status der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Wo Zusammenarbeit möglich ist

Möglich, mehr noch, dringend notwendig wäre zugleich eine Zusammenarbeit im Bereich der Energiewende, bei der Überwindung der Corona-Pandemie, bei der Prävention des politischen Extremismus und internationalen Terrorismus, bei der Steuerung von Migrationsprozessen, bei der Erschließung und beim Schutz der arktischen Region sowie anderer Bereiche, in denen sich die Interessen beider Seiten vollständig oder teilweise decken. Entscheidungen, die in Moskau und Berlin, in Washington und Brüssel getroffen werden, dürfen nicht nur von den politischen Kräfteverhältnissen in den jeweiligen Machtzentren oder den möglichen Reaktionen der öffentlichen Meinung auf diese Entscheidungen bestimmt werden.

Beide Seiten dürfen nicht nur die eigenen Interessen berücksichtigen, sondern müssen auch die Interessen des gesamten Systems der internationalen Beziehungen im Blick haben. Weil die Zerstörung dieses Systems im Endeffekt sowohl für Russland als auch für den Westen nichts Gutes zur Folge hat. Die taktischen Siege einer der beiden Seiten überwiegen nie die strategischen Kosten, die durch eine allgemeine Destabilisierung des Weltsystems, den Zerfall der internationalen Organisationen, die Erosion des internationalen Rechts entstehen, kurz, mit dem Übergang zu einem „Spiel ohne Regeln“ und einem Spiel „Jeder gegen Jeden“ in der Weltpolitik.

● MELDUNGEN

Viele wollen auswandern

Erfurt – Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA denken 16 Prozent der Erwachsenen in Deutschland ernsthaft ans Auswandern. Weitere 18 Prozent machten keine Angaben. Also möchten nur 66 Prozent definitiv in der Bundesrepublik verbleiben. Von den Befragten, die eher rechts der politischen Mitte stehen, sowie von denen in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen erwägt fast jeder Vierte zu emigrieren. In der Gruppe der Personen mit linken Ansichten liegt die Quote der potentiellen Auswanderer hingegen nur bei elf Prozent. Von den in der Bundesrepublik lebenden Menschen mit Immigrationshintergrund zieht jeder Fünfte einen Weggang in Betracht. Zu diesem Stimmungsbild passt, dass seit 2015 fast acht Millionen Personen Deutschland den Rücken gekehrt haben. W.K.

„Weiblichere“ Hymne?

Bautzen – Der Bund Lausitzer Sorben (Domowina) möchte, dass der Text der sorbischen Hymne „Rjana Lužica“/„Rědna Lužyca“ (schöne Lausitz) „weiblicher“ wird. Bislang heißt es in dem Text zum Sorben-Lied: „Mögen aus deinem Schoß Männer hervorgehen, würdig ewigen Gedenkens!“ Aus Sicht des Domowina-Verbandsvorsitzenden Dawid Statnik lässt der bisherige Text damit die Hälfte des sorbischen Volkes außen vor. Bereits zuvor hatte die Maćica Serbska (MS) zu einer öffentlichen Diskussion aufgerufen und vorgeschlagen, den Text der sorbischen Hymne „behutsam“ zu ändern. Die Vorsitzende der wissenschaftlichen Gesellschaft der Sorben, Anja Pohontsch, sagte, erste Reaktionen hätten gezeigt, dass es verschiedene Denkrichtungen gebe. Demnach reichen die Vorstellungen von der Schaffung einer völlig neuen Hymne bis hin zu der Meinung, den Liedtext unverändert zu lassen. In der Lausitz leben rund 60.000 Sorben. N.H.

Kritik an Korruption

Berlin – In Deutschland werde zu wenig gegen Korruption getan. Das verlautbarte die Nichtregierungsorganisation Transparency International (TI) anlässlich der Veröffentlichung ihres Korruptionswahrscheinlichkeitsindex für 2021. So erreichte die Bundesrepublik nur 80 von möglichen 100 Punkten bei der Korruptionsbekämpfung. Damit stehe sie hinter Dänemark, Finnland und Neuseeland mit jeweils 88 Punkten, Norwegen, Singapur und Schweden mit je 85 Punkten sowie der Schweiz, den Niederlanden und Luxemburg mit zwischen 84 und 81 Punkten auf Platz zehn der insgesamt untersuchten 180 Staaten. Die Deutschland fehlenden 20 Punkte resultierten unter anderem aus der Aserbaidschan-Affäre und den Maskendeals, in die auch Bundestagsabgeordnete verwickelt waren. Als Schlussfolgerung hieraus forderte der Vorsitzende von Transparency International Deutschland, Hartmut Bäumer, eine Verschärfung der deutschen Gesetzgebung. W.K.



„Abgrenzungsproblem zum Linksextremismus“: Nancy Faeser

Foto:imago images/Frank Ossenbrink

NANCY FAESER

Bundesinnenministerin im Antifa-Sumpf

SPD-Politikerin schrieb für die linksextreme VVN-BdA und erntet dafür scharfe Kritik

VON ROBERT MÜHLBAUER

Erst seit zwei Monaten ist die hessische SPD-Politikerin Nancy Faeser Bundesinnenministerin in der Ampel-Regierung, doch schon gibt es Rücktrittsforderungen. Grund dafür ist ein Gastbeitrag, den die 51-Jährige im Sommer 2021 in dem „Magazin für antifaschistische Politik und Kultur“ „antifa“ der linksradikalen Organisation VVN-BdA schrieb. Mit vollem Namen heißt sie „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“. Der marxistisch orientierte Verein wird von mehreren Verfassungsschutzbehörden als linksradikal eingestuft. Laut dem bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz ist die VVN-BdA die „größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“. Das hinderte Faeser nicht, dort einen Artikel über Drohschreiben des sogenannten „NSU 2.0“ zu veröffentlichen.

Die Opposition reagierte empört, als Faesers Gastspiel bei der linksradikalen „antifa“ bekannt wurde. Der frühere Innenstaatssekretär Stephan Mayer (CSU) nannte den Vorgang „in höchster Weise kritikwürdig und nicht akzeptabel“. Der CDU-Innenexperte Christoph de Fries kritisierte gegenüber der „Bild“-Zeitung, dass die Dienstherrin des Verfassungsschutzes „mit Verfassungsfeinden auf Tuchfühlung geht“. Er fügte hinzu: „Die SPD ist auf dem linken Auge weitgehend blind.“ Der AfD-Rechtspolitiker Stephan Brandner forderte die Entlassung Faesers. Eine Innenministerin, die Kontakte in die linksextreme verfassungsfeindliche Szene pflege, sei nicht tragbar.

Kritik von „Bild“, Union und AfD

Entdeckt hatten Faesers Gastbeitrag in der „antifa“ Redakteure der konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ („JF“), die den Vorgang schon Mitte vergangener Woche publik machten. Nachdem „Bild“ die Sache aufgegriffen und

Faeser ein „Abgrenzungsproblem zum Linksextremismus“ attestiert hatte, nahm die Kritik Fahrt auf.

Die SPD-Politikerin reagierte zunächst gar nicht. Am Sonntag schrieb sie auf Twitter, die Kritik sei „durchsichtig“. Sie stehe für „klare Kante gegen den Rechtsextremismus und alle Feinde der offenen Gesellschaft“, so Faeser. Kein Wort zum Linksextremismus oder zum Hintergrund der „antifa“. Für ihre trotzige Twitter-Nachricht gab es mehr als 30.000 Likes. Viele linke Unterstützer reagierten mit Wut darauf, dass die „JF“ als erste den Vorgang aufgedeckt hatte.

Unterstützung erhielt Faeser umgehend von Vertretern der Linkspartei, die der VVN-BdA ohnehin nahe stehen. Parteichefin Janine Wissler nannte die Kritik „absurd und gefährlich“. Einzelne riefen zum Eintritt in den Antifa-Verband auf. Aber auch der linksliberale FDP-Fraktionsvize Konstantin Kuhle stellte sich hinter Faeser. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil lobte, es sei „gut, dass wir jetzt

eine Innenministerin haben, die den Kampf gegen Rechts ernst nimmt“. Die VVN-BdA freute sich, dass sie neue Mitglieder gewonnen habe.

Gegründet wurde die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Ursprünglich hatte sie auch Bürgerliche in ihren Reihen, sogar Konrad Adenauer war kurzzeitig Mitglied. Als aber deutlich wurde, dass der Verband kommunistisch dominiert war, traten Christ- und Sozialdemokraten massenhaft aus. Die SPD fasste 1948 einen Unvereinbarkeitsbeschluss, der mehr als sechzig Jahre lang jede Zusammenarbeit mit der VVN-BdA verbot. 2010 hob die SPD den Beschluss auf.

Unterstützung von Kuhle (FDP)

Über Jahrzehnte galt die VVN-BdA als Vorfeldorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Bekannt ist, dass der Verband vom SED-Regime der DDR finanziell unterstützt wurde. Über die Jahre erhielt die DKP-Vorfeldorganisation Millionen aus Ost-Berlin. Ihr „Antifaschismus“ bestand oft genug darin, der Bundesrepublik „faschistische“ Tendenzen zu unterstellen.

Nach der friedlichen Revolution verlor der Verband an Bedeutung. Die stark überalterte VVN-BdA hat nach eigenen Angaben noch gut 8000 Mitglieder. Weiterhin ist die Nähe zur DKP offensichtlich. Laut bayerischem Verfassungsschutzbericht sandte der „Antifaschisten“-Bund noch 2020 eine Grußbotschaft an den Parteitag der Kommunisten.

Die SPD fällt nicht zum ersten Mal mit Abgrenzungsproblemen zu linksradikalen Antifa-Verbänden auf. Ihre Jugendorganisation, die Jusos, hat sich vor drei Jahren mit der linksextremen „Roten Hilfe“ solidarisiert. Dies ist ein Verein, der Prozesshilfen für Linke finanziert, etwa nach gewalttätigen Demonstrationen oder bei Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die „Rote Hilfe“ gilt aber auch als Unterstützerverein für RAF-Häftlinge. Kurz zuvor hatte diese per Vereinsblatt sogar noch flüchtigen RAF-Mitgliedern „viel Kraft und Lebensfreude“ gewünscht. Der damalige Juso-Chef Kevin Kühnert, heute SPD-Generalsekretär, stellte sich hinter die Unterstützung für die „Rote Hilfe“, die mehr als 10.000 Mitglieder hat.

Auch bei den Grünen gibt es zahlreiche Berührungspunkte zum Linksextremismus. Ein Landesverband der Grünen Jugend rief alle Anhänger zum Eintritt in die „Rote Hilfe“ auf. Bundestags- und Europaabgeordnete der Grünen wie Ska Keller und Jan Albrecht posierten mit schwarz-roten „Antifa“-Fahnen. Gerade in der Parteijugend von Grünen und SPD sind vielfältige Verbindungen zu Antifa-Organisationen auffällig. In diesem linksgrün-sozialdemokratischen Milieu wird Innenministerin Faeser jetzt regelrecht gefeiert.

STERBEHILFE

Streit um selbstbestimmtes Ableben

Eine Klage zur Herausgabe von Natrium-Pentobarbital zum Suizid wurde abgewiesen

Das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) in Bonn ist nicht verpflichtet, schwerkranken Menschen, die den Entschluss zum Suizid gefasst haben, hierfür den Erwerb des Betäubungsmittels Natrium-Pentobarbital zu erlauben“. So steht es in der Pressemitteilung des Oberverwaltungsgerichts Münster (OVG).

Geklagt hatten drei schwerkranke Personen, die die Herausgabe des Betäubungsmittels vom BfArM genehmigt haben wollen. Sie wollten sich selbstbestimmt das Leben nehmen, wenn sie den richtigen Augenblick für gekommen halten, aber keine assistierte Selbsttötung

und keinen festen Termin. Der Suizid, auch der assistierte, ist seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 26. Februar 2020 straffrei: „1.a) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) umfasst als Ausdruck persönlicher Autonomie ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben.“

„c) Die Freiheit, sich das Leben zu nehmen, umfasst auch die Freiheit, hierfür bei Dritten Hilfe zu suchen und Hilfe, soweit sie angeboten wird, in Anspruch zu nehmen.“ Der 2015 gefasste Paragraph 217 Abs. 1 des Strafgesetzbuches, das Verbot der „gewerbsmäßigen Förderung der Selbsttötung“, wurde mit diesem Urteil

aufgehoben. Eigentlich sollte dieser Paragraph sich vor allem gegen Sterbehilfevereine richten; der Verein „Sterbehilfe“ hat nach Angaben des WDR im ersten Jahr nach dem 2020er Urteil einen Überschuss von einer Million Euro erwirtschaftet. Verunsichert würden mit diesem Paragraphen vor allem aber Ärzte, die schwerkranken Menschen beispielsweise eine große Menge Morphinum verordnet haben, um deren Schmerzen zu lindern, dabei aber eine Verkürzung der Lebenszeit in Kauf genommen hätten.

Auf der einen Seite stehen schwerkranke Menschen, die ihr Leben selbstbestimmt, rasch und schmerzfrei beenden

möchten. Auf der anderen Seite steht der Schutz des Lebens, im Durchschnitt nehmen sich in Deutschland 25 Personen pro Tag das Leben. Einer der Kläger hat angekündigt, vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in Revision zu gehen.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) urteilte 2020 über das Karlsruher Urteil, es sei „die schlechteste der Kombinationen, die es gibt“, weil Sterbehilfe, abgesehen von aktiver Sterbehilfe, straffrei, Sterbehilfe aber „überhaupt nicht geregelt ist“. Es fehle vor allem an Suizidprävention, folgert eine wissenschaftliche Studie zur Suizidprävention in Deutschland. CRS

JUSTIZ

Hier knallhart, dort mit „großer Milde“

Ordnungswidrigkeiten werden unnachgiebig verfolgt, echte Straftäter dürfen mit Nachsicht rechnen

VON HERMANN MÜLLER

Der TV-Moderator Günther Jauch selbst war es, der in seiner Quizsendung „Wer wird Millionär?“ einmal schilderte, welche Folgen eine nichtbezahlte Geldbuße in Deutschland haben kann. „Ich bin in Bayern mal zu schnell gefahren“ so der Moderator im Jahr 2020. „Bußgeld: 15 Euro. Dann haben die mir das nach Hause geschickt. Ich war aber umgezogen. Die Adresse stimmt einfach nicht mehr.“

Wie Jauch weiter berichtete, führte ein Amtshilfeersuchen aus Bayern schließlich dazu, dass zwei Tage vor Ablauf der Verjährungsfrist plötzlich zwei Brandenburger Polizisten in der Bußgeldsache vor seiner Haustür in Potsdam standen. Die Hartnäckigkeit des Staates, die der Fernsehmacher als Folge einer Ordnungswidrigkeit erlebt hat, ist keineswegs eine Ausnahme. Geht es um Steuerangelegenheiten, Rundfunkgebühren oder Bußgelder, dann zeigt die deutsche Obrigkeit noch immer eine bemerkenswerte Effizienz.

„Ersatzhaft“ nimmt sprunghaft zu

Im Fall von Günther Jauch dürfte die Begleichung des Bußgeldes kein Problem gewesen sein. Schon seit zehn Jahren steigt allerdings bundesweit die Zahl von Menschen, die ihre Bußgelder nicht bezahlen können oder wollen. Diesen Personen droht dann sogar eine Erzwingungshaft. Im Fall von nicht bezahlten Geldstrafen wandern jährlich zehntausende Personen zu sogenannten Ersatzhaftstrafen ins Gefängnis. Deutschlandweit belegen Personen, die eigentlich wegen verhältnismäßig kleiner Vergehen Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, inzwischen etwa zehn Prozent der regulären Haftplätze.

Im Kontrast dazu steht das Bild, das der deutsche Rechtsstaat oftmals dann liefert, wenn es um deutlich schwerere Straftaten, etwa um schwere Eigentums- oder Gewaltdelikte geht.

In Berlin sorgten vor Kurzem Berichte für Aufsehen, denen zufolge der Rapper Patrick L. wegen eines ganzen Bündels an Tatvorwürfen erneut vor Gericht erscheinen soll. Der Musiker war erst im März 2021 zu einer noch nicht rechtskräftigen Haftstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Bei dem Prozess war es um Vorwürfe wie versuchte Nötigung, Beleidigungen und Fahren ohne Fahrerlaubnis gegangen.



Lange Liste von schweren Vergehen: Mitglieder des Remmo-Clans im Landgericht Berlin

Foto: imago images/Olaf Wagner

Dass sich die Richter im März vergangenen Jahres zu einer Bewährungsstrafe entschlossen, lag auch an einer günstigen Sozialprognose für den Rapper. Die Staatsanwaltschaft geht nun allerdings davon aus, dass L. bereits zwei Monate, nachdem er vergangenes Jahr vor Gericht stand, abermals straffällig wurde. Laut einem Bericht des Berliner „Tagesspiegels“ war er bereits in den Jahren 2005 bis 2018 in 13 Fällen strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Die Frage, wie der deutsche Rechtsstaat mit Personen umgeht, die in relativ kurzer Zeit mehrfach aktenkundig werden, wird sich Beobachtern möglicherweise auch in den kommenden Monaten bei dem Prozess zum Dresdner Juwelenraub stellen. Angeklagt sind in dem Verfahren sechs Personen, die dem Remmo-Clan zugerechnet werden. Die Dresdner Richter werden in den kommenden Monaten auch die Frage klären müssen, ob einer der Angeklagten, Wissam Remmo, eine Verhandlungspause in zwei anderen Prozessen genutzt hat, um sich am 25. November 2019 am Einbruch ins Grüne Gewölbe zu beteiligen. In Berlin stand er damals wegen seiner Beteiligung am Goldmünzen-Diebstahl aus dem Bode-Museum vor Gericht. Zudem verhandelte das Amtsgericht Erlangen im November 2019 gegen ihn wegen eines anderen Einbruchs. Im Zusammenhang mit diesem Prozess berichtete seinerzeit „Nordbayern“, dass Wissam Remmo seit 2012 bereits mehrfach vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten gestanden hatte.

Ampel hält am bisherigen Kurs fest
„Neun Einträge, meist Diebstahl und Einbruch, hat er bereits.“ Weiter hieß es: „Arrest ordneten die Berliner Richter nur in einem Fall an, alle übrigen Urteile zeugen

von großer Milde.“ Die starke Diskrepanz zwischen dem Vorgehen des Staates bei Ordnungswidrigkeiten und der oftmaligen Nachsicht bei schweren Straftaten ist keineswegs nur eine Berliner Besonderheit. In Schleswig-Holstein versagten Gerichte beispielsweise im Jahr 2020 nur bei 18 Prozent der zu Freiheitsstrafen verurteilten Gewalttäter eine Bewährung.

In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD, Grüne und FDP im Abschnitt zur Inneren Sicherheit und zur Justiz angekündigt, „das Sanktionensystem einschließlich Ersatzfreiheitsstrafen, Maßregelvollzug und Bewährungsaufgaben überarbeiten wir mit dem Ziel von Prävention und Resozialisierung“. Ohne in konkrete Details zu gehen, nennt die Ampel-Koalition auch eine Überprüfung und Modernisierung des Strafrechts als Ziel. Alle drei Parteien dürften dabei vermutlich eher eine weitere Liberalisierung und keine Verschärfung des Strafrechts im Sinn haben.

SICHERHEIT

Personalausfall belastet die Berliner Polizei

Corona plus Winterferien besonders heikel – Innenverwaltung bestreitet jedoch die Probleme

Die Berliner Polizei leidet unter Personalproblemen der ungewöhnlichen Art. Offiziell heißt es, man verzeichne eine Ausfallquote von 15 Prozent oder mehr – Corona-bedingt oder auch nicht. In der vergangenen Woche fehlten 1030 Beamte, davon waren 654 positiv getestet worden, der Rest befand sich in „vorsorglicher“ Quarantäne. In den Winterferien – also im laufenden Monat – rechnet die Polizeiführung sogar mit einer Ausfallquote von 30 bis 40 Prozent.

Angeblieh sind 80 Prozent der Beamten geimpft. Bürger müssen also damit rechnen, auf der Straße mit ungeimpften Polizisten in Kontakt zu kommen. Der Berliner GdP-Sprecher Benjamin Jendro forderte eine Einschränkung und Reduzierung der Einsätze gegen Corona-kritische „Spaziergänger“, um eine Überlastung seiner Kollegen zu vermeiden: „Wir betrachten die nächsten Wochen schon mit Sorge.“ Deswegen müsse man schauen, dass man die Einsätze der Polizei priorisiere. „Dazu gehört im Übrigen auch die sehr personalintensive Begleitung der Corona-Spaziergänger am Montag. Das sind keine angemeldeten Demonstrationen, und die Sicherheit muss gewährleistet werden ... Aber ob wir da immer mit einzelnen Hundertschaften dabei sein müssen, da stellt sich uns schon die Frage, ob das Infektionsrisiko nicht zu hoch ist. Weil wir müssen sehen, dass wir auch in vier, fünf, sechs Wochen handlungsfähig sind.“

Die vorgesetzten Dienststellen zeigen sich davon unbeeindruckt. Eine Sprecherin der Innenverwaltung wies Überlegungen, den Polizeieinsatz bei angeblich gewalttätigen Aufzügen von „teils Rechtsextremen“ einzuschränken, zurück. „Was die Versammlungslage betrifft, ist die Haltung ganz klar.“ Die Polizei werde weiterhin präsent sein, um frühzeitig reagieren zu können – etwa um Übergriffe zu unterbinden und eine Eskalation zu vermeiden. „Wir werden auch bei den sogenannten Spaziergängen weiterhin mit hohem Kräfteinsatz präsent sein.“

Keine Gnade für „Spaziergänger“
Teilnehmer an den „Spaziergängen“ berichten von ihren Erfahrungen mit der Polizei. Diese zeige einerseits zunehmende Gewaltbereitschaft und andererseits auch Anzeichen von Demotivation. Derweil trat die Stufe I des „Rahmenplans Pandemie“ ein. Dies ist der Fall, wenn 15 bis 30 Prozent des Personals krankheitsbedingt ausfallen. Ziel ist die Aufrechterhaltung

Keine Gnade für „Spaziergänger“

der Leistungsfähigkeit der Polizei Berlin. Wo die Schwerpunkte gesetzt werden, kann den Zuschauerzuschriften des Senders rbb entnommen werden. Dort beklagt sich ein Zuschauer: „Dafür sieht man vermehrt die von der Fahrradstaffel, immer an der frischen Luft, beim Knöllchenschreiben des ruhenden Verkehrs.“ Ein anderer weiß zu berichten: „Solange die Polizei genug Personal hat, um, wie gestern in Charlottenburg, ca. 80 gemeingefährliche Spaziergänger mit sechs (!) Mannschaftswagen, sechs (!) Funkwagen und einem Lautsprecherwagen zwei Stunden lang einzukesseln, kann die Personaldecke nicht so furchtbar dünn sein.“ Da die staatlichen Medien kritische Zuschriften oft nicht veröffentlichen, scheint die Empörung über die Berliner Zustände groß zu sein. Frank Bückler

KOLUMNE

Im Krieg?

VON THEO MAASS

61.616 Autos ließen Berlins Ordnungsämter und Verkehrsverwaltung im vergangenen Jahr „umsetzen“ – im Volksmund abschleppen genannt. Im Jahr davor waren es rund 12.000 weniger. Nachdem die jüngsten Wahlen eine Fülle von grünen Bezirksbürgermeistern und zuständigen Stadträten in die Ämter gespült haben, sollen es noch mehr werden.

Jedes Jahr fallen mehrere tausend Parkplätze weg, und nachdem die Wahlen gelaufen sind, wird die SPD ihren bisherigen halbherzigen Widerstand wohl aufgeben. Die Rechnung ist einfach. Autofahrer werden kriminalisiert, weil trotz steigender Zulassungszahlen Abstellmöglichkeiten verringert werden. Die Ordnungsämter haben Konjunktur und die Mitarbeiter können sich des Wohlwollens ihrer Vorgesetzten sicher sein. An mehreren Tagen terrorisierten „Aktivisten“ auf den Autobahnen teilweise mit Blockaden den Berufsverkehr. Die Polizei benötigte aufreizend lange, um die Hindernisse zu räumen.

Bei den nachrichtendienstlichen Möglichkeiten der staatlichen Organe mutet es seltsam an, dass die „Aktivisten“ ihr Vorhaben überhaupt ausführen konnten. Die Nerven der Kraftfahrer, die stundenlang sinnlos im Stau standen, lagen blank. In der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün-Rot steht unter anderem, man wolle die Bundesautobahnen A 103 und A 104 schrittweise zurückbauen. Verkehrsministerin Bettina Jarasch (Grüne) will auf Hauptstraßen „mehr Tempo 30 wagen“ und plädiert für „autofreie Oasen“ in den Kiezen. Ist Berlin im Krieg? Ist es ein Krieg der mitregierenden Grünen zur Erschaffung eines „neuen Menschen“? Des Homo Velozipedus? Dabei hatte SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey im Wahlkampf versprochen, Autofahrer nicht zu benachteiligen. Damals war sie noch die beliebteste Persönlichkeit der Berliner Politik. Inzwischen sind nach einer Umfrage 46 Prozent der Berliner mit ihr unzufrieden. Auf 1000 Einwohner kommen 335 Halter eines Autos. Die Zahl ist in den jüngsten Jahren gestiegen.

MELDUNG

Corona: Berlin verschärft

Berlin – Das Land Berlin verschärft seine Corona-Maßnahmen. Für Friseur und Kosmetikstudios gilt statt der sogenannten 2G-Regel nunmehr die 2G+-Regel für Geimpfte ohne Booster. Gesundheitssenatorin Ulrike Gote (Grüne) freut sich: „Damit ist dieser Bereich künftig der Gastronomie gleichgestellt.“ Während andere Bundesländer 2G im Einzelhandel freiwillig abschaffen oder gerichtlich dazu gezwungen wurden, sieht Berlins Umweltsenatorin Bettina Jarasch (Grüne), die die Regierende Bürgermeisterin während deren Urlaub vertritt, dazu keinen Anlass: „Angesichts der Tatsache, dass wir den Scheitelpunkt der jetzigen Welle noch nicht erreicht haben, glauben wir nicht, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Öffnungsdebatte ist.“ Der Handelsverband Berlin-Brandenburg fordert hingegen, die Regelung abzuschaffen, insbesondere mit Blick auf andere Bundesländer. F.B.

● MELDUNGEN

US-Uni warnt vor freier Rede

Fort Collins/Colorado – Die Colorado State University hat auf ihrem Campus eine Informationstafel aufgestellt, die Studenten auf Hilfsangebote hinweist, wenn diese sich von einem „free speech event“, einer Veranstaltung mit freier Meinungsäußerung, auf dem Universitätsgelände betroffen fühlen. Die 17 Hilfsangebote reichen vom Büro für Chancengleichheit bis hin zu mehreren multikulturellen Zentren und Diversity-Programmen der Universität. Über einen Instagram-Kanal hatte die konservative Organisation „Turning Point Action“ zuerst die Öffentlichkeit auf die Informationstafel aufmerksam gemacht. Unterstützer dieser studentischen Organisation sind nach eigenen Angaben in den vergangenen Monaten mehrfach auf dem Universitätsgelände beschimpft und auch körperlich angegriffen worden. N.H.

Geheime US-Bio-Labore?

Sofia – Für die bulgarische Enthüllungsjournalistin Dilyana Gaytandzhieva steht fest, dass das Militär der Vereinigten Staaten von Amerika geheime biologische Forschungslabore in der Ukraine und Georgien unterhält. Nach den ihr zugespielten Dokumenten seien die Regierungen dieser beiden Länder zudem bereit gewesen, 4500 beziehungsweise 1000 Soldaten für Experimente zur Verfügung zu stellen, bei denen es um „Resistenzen“ gegen 14 lebensgefährliche Krankheiten gehe, darunter Typhus, Milzbrand und das Ebola-ähnliche Krim-Kongo-Hämorrhagische-Fieber. Für eine gewisse Gefährlichkeit der Versuche spreche die Forderung der US-Militärwissenschaftler, über eventuelle Todesfälle unter den „Studienteilnehmern“ binnen 48 Stunden unterrichtet zu werden. Wie die bulgarische Journalistin weiter herausgefunden haben will, soll das nächste derartige Forschungsprojekt im Frühjahr in ihrem Heimatland starten. W.K.

Wiederwahl löst Krise aus

Rom – Die Wiederwahl des italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella hat eine tiefe Krise in Italiens Mitte-Rechts-Bündnis ausgelöst. Hintergrund ist die Tatsache, dass sich die Allparteienkoalition unter Ministerpräsident Mario Draghi, der auch die rechte Lega sowie die konservative Forza Italia angehören, nach sieben erfolglosen Wahlgängen dazu entschlossen hatte, dem 80-jährigen bisherigen Präsidenten eine erneute Kandidatur anzutragen. Mit Mattarellas Bestätigung dürften Neuwahlen erst einmal in weiter Ferne stehen, sehr zum Verdruss von Giorgia Meloni, Vorsitzende der rechtsnationalen, souveränistischen Partei Fratelli d'Italia, denn ihre Partei liegt nach den Umfragen inzwischen vorne. Meloni fordert eine Führungsrolle für sich. Währenddessen möchte Matteo Salvini nun aus seiner Lega und aus Silvio Berlusconi liberal-konservativer Forza Italia eine republikanische Partei nach US-amerikanischem Vorbild formen und dient sich Draghi als treuer Koalitionspartner an. P.E.

KANADA

Der „Feigling-19“ von Ottawa

Nach seiner Flucht vor impfkritischen Lkw-Fahrern muss Premier Trudeau viel Spott ertragen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Liste der Staaten, in denen die Bürger gegen die Maßnahmen zur „Eindämmung“ der SARS-CoV-2-Pandemie beziehungsweise eine bereits existierende oder drohende Impfpflicht protestierten oder weiterhin auf die Straße gehen, wird ständig länger. Dabei kam es auch schon zu dramatischen Gewaltausbrüchen, wie in Bulgarien, wo wütende Demonstranten versuchten, das Parlament zu stürmen.

Oftmals entwickelten sich aber neue, unkonventionelle und zugleich friedliche Formen des Protestes. Hierzu zählen die immer häufiger zu beobachtenden „Spaziergänge“ in vielerlei Orten Deutschlands sowie die „World Wide Rally for Freedom“, in deren Rahmen gleichzeitig

129 dezentrale Veranstaltungen rund um den Globus stattfanden. Oder die Trucker-Proteste in Kanada.

Letztere wurden durch ein bilaterales Abkommen zwischen den USA und Kanada ausgelöst, dem zufolge alle „essential workers“ (unverzichtbare Arbeitskräfte), zu denen auch die Lkw-Fahrer zählen, ab dem 15. Januar beim Grenzübergang eine Corona-Impfung nachweisen oder für 14 Tage in Quarantäne müssen. Das läuft auf faktische Arbeitsverbote für die etwa 26.000 ungeimpften kanadischen Trucker hinaus.

Daraufhin formierte sich am 22. Januar in der westkanadischen Kleinstadt Prince Rupert ein nach und nach auf bis zu 70 Kilometer Länge anwachsender Protestzug aus mehreren tausend Trucks und kleineren Fahrzeugen, welche Kurs

auf die 4400 Kilometer entfernte kanadische Hauptstadt Ottawa nahmen. Deren Ankunft dort erfolgte am 29. Januar – woraufhin Premierminister Justin Trudeau mitsamt seiner Familie „aus Sicherheitsgründen an einen unbekanntem Ort“ flüchtete. Das trug dem Regierungschef jede Menge Spott ein. So schwenkten die Lastfahrer Bilder des Politikers mitsamt dem Vermerk, er sei mit der neuen Corona-Variante „Coward-19“ (Feigling-19) infiziert.

Notstand in Ottawa ausgerufen

Während der dergestalt gedemütigte Sohn des langjährigen früheren kanadischen Premiers Pierre Trudeau das Narrativ beschwor, dass es sich bei den Protestierenden lediglich um eine „kleine Randminderheit“ handele, welche „nicht die

Ansichten der Kanadier“ vertrete, erhielten die Lkw-Fahrer sehr viel Zuspruch aus dem Volk sowie auch von mehreren Parlamentsabgeordneten und dem Ministerpräsidenten der Provinz Saskatchewan, Scott Moe. Darüber hinaus bekundete der Tesla-Chef Elon Musk, der unter anderem die kanadische Staatsbürgerschaft besitzt, seine Solidarität und schrieb: „Wenn man den Menschen genügend Angst macht, sind sie bereit, auf ihre Freiheit zu verzichten. Das ebnet den Weg in die Tyrannei.“

Nach dem Vorbild der kanadischen Trucker organisieren sich nunmehr auch viele maßnahmen- und impfkritische Lkw-Fahrer in den USA und Europa. Die ersteren planen einen Protest-Konvoi, der von Kalifornien in die US-Bundeshauptstadt Washington rollen soll. Dahingegen ist das Ziel des European Freedom Convoy 2022 der EU-Hauptsitz Brüssel. Dort wollen Trucker aus verschiedenen europäischen Ländern am 14. Februar mit ihren Fahrzeugen anrücken und auf ein Ende der Freiheitsbeschränkungen drängen.

Die Lastwagenkonvois könnten sich zum Zünglein an der Waage entwickeln und noch zögerliche Regierungen zur Aufhebung aller Corona-Restriktionen und zur Abkehr von Impfpflicht-Plänen veranlassen. Dafür sprechen drei Gründe. Zum Ersten ist die Polizei außerstande, die Massen von Trucks aufzuhalten, wenn sie erst einmal unterwegs sind, dann helfen weder Gummiknüppel und Pfefferspray noch Hundestaffeln und Wasserwerfer.

Zum Zweiten agieren die Fahrer im Rahmen einer kritischen Infrastruktur. Sollten sie angesichts staatlicher Schikanen in den Streik treten, droht die Versorgung der Bevölkerung zusammenzuberechen. Und zum Dritten eignen sich Lkw-Kolonnen bestens dazu, den Verkehr und damit sämtliche Lieferketten und zentrale Regierungseinrichtungen zu blockieren. Das Resultat sieht man jetzt in Kanada: Weil die Situation „völlig außer Kontrolle“ sei, hat der Bürgermeister von Ottawa inzwischen sogar den Notstand ausgerufen. Darüber hinaus hat ein Richter den Truckern wegen Lärmbelästigung nun zehn Tage lang das Hupen untersagt.



Willkommene Truckerfahrer: Während sich Premierminister Justin Trudeau versteckt hielt, stießen die kanadischen Lkw-Fahrer im Volk auf viel Sympathie für ihren Protestzug zugunsten der Freiheitsrechte Foto: imago images/ZUMA Press

FRANKREICH

„Union der Rechten“ statt Spaltung

Marine Le Pen geht bei den Präsidentschaftswahlen die Luft aus – Widersacher Zemmour im Aufwind

Bislang galt Marine Le Pen als aussichtsreiche Kandidatin ihrer rechtskonservativen Partei Rassemblement National (RN) für die französische Präsidentschaftswahl im April. Aber ihr Wahlkampf wirkt nach zwei Niederlagen bei den vergangenen Wahlen wie erschläfft. Deshalb setzen sich immer mehr Schwergewichte ihrer Partei von ihr ab und schließen sich Eric Zemmour an, der neuen Schwung ins rechte Lager gebracht hat und jetzt eine „Union der Rechten“ fordert.

Im Vorjahr hatte sogar die Nichte von Le Pen, Marion Maréchal, Zemmour nach Budapest zu einem Treffen der europäischen Rechten begleitet. Mit Maréchal im Hintergrund, die bislang noch keine Präferenz zwischen ihrer Tante und Zemmour geäußert hat, würde sich sogar der Familienclan der Le Pens spalten. Bereits vor zwei Wochen konnte Zemmour den Überläufer Guillaume Peltier, Vizepräsident der gaullistischen Republikaner, begrüßen. Peltier wurde zum Vizepräsidenten

von Zemmours Partei Reconquête, Deutsch: „Rückeroberung“, ernannt und zu dessen Kampagnensprecher befördert. Die republikanische Präsidentschaftskandidatin Valérie Pécresse ließ Peltier umgehend aus der Partei ausschließen.

Inzwischen haben sich auch der Europaabgeordnete des RN, Jérôme Rivière, und das ehemalige führende Mitglied der rechten Bewegung Génération identitaire, Damien Rieu, die beide Maréchal nahe stehen, der „Union der Rechten“ angeschlossen. Beide beschwören mit Zemmour und Peltier die katholische Identität Frankreichs. Rieu war zuletzt parlamentarischer Mitarbeiter von Le Pens Schwager Philippe Olivier, dem Organisator ihrer Wahlkampagne. Deshalb wird Le Pen der Verlust von Rieu besonders schmerzen, da er ihre Wahlkampfstrategie kennt und dieses Wissen gegen sie einsetzen kann.

Rieu begründete seinen Wechsel damit, dass Le Pen sich weigere, die Theorie der „Umvolkung“ anzuerkennen und da-

mit das Ausmaß der Masseneinwanderung herunterspiele. Der jüdische Algerienfranzose Zemmour wohnt Frankreich, wie der Schriftsteller Houellebecq in seinem Roman „die Unterwerfung“, vor der Herausforderung einer muslimischen Machtübernahme und fordert die Vertreibung oder die Assimilierung der Muslime.

Einheit oder Niederlage

Ein zweiter EU-Abgeordneter der RN, Gilbert Collard, trat kürzlich in Cannes werbewirksam zu Zemmour über mit dem Kommentar: „Der Wagemut, die Tapferkeit, die Vitalität ist heute auf der Seite Zemmours.“ Dann prophezeite er: „Der Tag wird kommen, da wird Marine Le Pen sich Eric Zemmour anschließen.“ Vor ihm hatte bereits Philippe de Villiers, eine der bekanntesten Gestalten der französischen Rechten, Zemmour als unerschrockenen Vorkämpfer für einen Zusammenschluss der „Patrioten“ gelobt. Derzeit liegt die Kandidatin des RN in Meinungs-

umfragen immer noch knapp vor Zemmour, beide führen jedoch mittlerweile ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit Pécresse. Sie alle liegen in Umfragen zwischen 13 und 18 Prozent der Stimmen und damit weit hinter Amtsinhaber Emmanuel Macron, der auf 25 Prozent kommt.

Über Le Pen gab es in letzter Zeit viel Unmut in ihrer Partei. Zum einen deshalb, weil sie Verwandte zu hohen Posten verholfen hatte, und zum anderen, weil sie den Frauenanteil in der Führungsspitze erhöhen will. Der Unmut darüber äußert sich jetzt in Parteiwechsellern. Zudem ist die Partei hochverschuldet, im Gegensatz zu Zemmour, hinter dem finanzstarke Gönner stehen wie der Milliardär Vincent Bollore. Um sicher in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen zu kommen, das wissen Zemmour und Le Pen, bedarf es der Einheit rechter Protestparteien, sonst könnte die Gaullistin Pécresse die lachende Dritte werden und gegen Macron in die Endrunde einziehen. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

Mit der Berufung zur neuen Chefin der Bundesagentur für Arbeit hat Andrea Nahles die Rückkehr in die Spitzenpolitik geschafft. Die 51-Jährige wird sich allerdings darauf fassen müssen, dass ihr Name in den kommenden Jahren auch immer wieder im Zusammenhang mit der Krise des Systems der betrieblichen Altersvorsorge genannt wird.

Als Bundesarbeitsministerin hatte Nahles im Juni 2017 ein „Betriebsrentenstärkungsgesetz“ auf den Weg gebracht, mit dem sie diese Form der Zusatzversorgung attraktiver machen wollte. Eingeführt hatte die Große Koalition mit dem seit Anfang 2018 geltenden Gesetz unter anderem eine Pflicht für Unternehmen, sich an der betrieblichen Altersvorsorge ihrer Arbeitnehmer zu beteiligen. Im Bundestag hatte die SPD-Politikerin ihren Gesetzentwurf seinerzeit als „neue und attraktive Möglichkeiten für die zusätzliche Altersvorsorge, vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringerem Einkommen und in kleinen und mittelständischen Betrieben“ angepriesen.



Erlebt derzeit ein Comeback als Chefin der Bundesagentur für Arbeit: Die ehemalige Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles

Rücklagen in der Zinsfalle

Inzwischen rutscht das System der Betriebsrenten in Deutschland immer tiefer in die Krise. Durch das Niedrigzinsumfeld wird es für eine Reihe von Pensionskassen immer schwieriger, die früher gegebenen Garantieverprechen noch einzuhalten. Verschärft haben das Problem strengere Regeln für die Kapitalanlage. Beide Faktoren haben dazu geführt, dass ein großer Teil des Kapitals, mit dem Pensionskassen Rendite erwirtschaften können, in Zinspapieren steckt, die derzeit nur wenig Ertrag abwerfen.

Aus Sicht von Frank Grund, dem Chef der Versicherungs- und Pensionsfonds-aufsicht bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), haben es die Pensionskassen in dieser Situation sogar noch schwerer als Lebensversicherer. Anders als diese können die Pensionskassen nämlich nicht auf andere Produkte ausweichen; zudem bieten sie ausschließlich lebenslange Garantien an.

Strenge Regeln für die Kapitalanlage

Als Folge dieser besonderen Lage stehen mittlerweile fast vierzig der rund 135 hiezulande aktiven Pensionskassen unter einer verschärften Beobachtung durch die Finanzaufsichtsbehörde. Kommentatoren in der Wirtschaftspresse sprechen sogar schon vor einem „Sterben der betrieblichen Altersvorsorgeeinrichtungen“.

Letztes Opfer dieser Entwicklung ist die Deutsche Steuerberater-Versicherung, die Pensionskasse der steuerberatenden Berufe. Die BaFin hatte der Pensionskasse bereits Anfang 2020 die Geschäftserlaubnis entzogen, weil sie die Mindestkapitalanforderungen für das Versicherungsgeschäft nicht erfüllt sah. Der Vorstand der Kasse hatte dagegen zunächst Widerspruch eingelegt und geklagt, allerdings später die Klage nicht weiterverfolgt.

Damit befindet sich die Pensionskasse in Abwicklung. Sie darf noch bestehende Versicherungsverträge fortführen, allerdings keine neuen Verträge mehr abschließen.

Ebenfalls im Jahr 2020 hatte die BaFin der Kölner Pensionskasse sowie der Pensionskasse der Caritas die Erlaubnis zum Betrieb des Versicherungsgeschäfts entzogen. Außer dieser sehr einschneiden-

den Maßnahme kann die BaFin Pensionskassen auch kürzere Berichtspflichten auferlegen oder aber Sanierungs- und Finanzierungspläne oder Leistungskürzungen in Bestandstarifen fordern. Nach Grund's Angaben ist eine ganze Reihe von Trägerunternehmen bereit, Geld in die Pensionskassen nachzuschießen, um Kürzungen der Betriebsrenten für ihre Mitarbeiter zu vermeiden.

Risiken auf Arbeitnehmer abgewälzt

Ausdrücklich nicht vorgesehen sind solche Nachschüsse bei einem Betriebsrentenmodell, das erst vor wenigen Jahren mit dem „Betriebsrentenstärkungsgesetz“ neu in Deutschland eingeführt worden ist. Nahles hatte bei ihrer Reform den bis dahin existierenden Betriebsrentenmodellen wie etwa Pensionsfonds und Pensionskassen ein weiteres hinzugefügt,

das sie als „Sozialpartnermodell“ bezeichnete. Unter dem Motto „pay and forget“ (zahle und vergiss) sieht dieses Modell bis auf die reine Beitragszusage eine vollständige Enthaltung des Arbeitgebers vor. Die Arbeitnehmer erhalten wiederum keine Garantie auf eine Rentenleistung; zugesagt wird ihnen lediglich, dass die eingezahlten Beiträge zu Rentenbeginn noch voll vorhanden sind.

Bereits vor der Einführung des „Sozialpartnermodells“ war auch aus der Branche selbst Kritik zu hören gewesen. Als Vorstandsvorsitzer der Dresdener Pensionskasse hatte beispielsweise Frank Oliver Paschen 2016 gewarnt: „Ein Novum ist sicherlich, dass mit Frau Nahles ausgerechnet eine Sozialdemokratin durch das Zielrentensystem bewährte Garantien für Arbeitnehmer abschafft und so sämtliche Risiken auf diese überwälzt.“

ALTERSSICHERUNG

Das Sterben der Pensionskassen

Warum sich für Deutschlands Arbeitnehmer Andrea Nahles' sogenanntes Sozialpartnermodell als besonders tückisch erweist

WEHRWIRTSCHAFT

Deutsche Rüstungsexporte auf Rekordniveau

Von 2020 auf 2021 stieg das Volumen um 61 Prozent auf 9,349 Milliarden Euro

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der mit Abstand größte Rüstungsexporteur der Welt. In den Jahren von 2015 bis 2020 zeichneten sie für 37 Prozent der globalen Waffenverkäufe verantwortlich. Auf Platz 2 und 3 folgten Russland und Frankreich mit 20 beziehungsweise 8,2 Prozent. Danach kam Deutschland mit 5,5 Prozent, gefolgt von China, Großbritannien, Spanien und Israel. Der deutsche Anteil war damit um ein gutes Fünftel größer als in dem vorausgegangenen Fünfjahreszeitraum. Von 2020 zu 2021 nahm das Volumen der deutschen Rüstungsexporte dann noch einmal sprunghaft um 61 Prozent auf 9,349 Milliarden Euro zu.

Für Lieferungen im Umfang von 9,04 Milliarden Euro lagen noch Genehmi-

gungen vonseiten der alten Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD vor. Noch in den letzten neun Tagen vor der Übertragung der Regierungsgeschäfte an die Ampel-Koalition gab der dafür zuständige Bundessicherheitsrat, dem auch der damalige Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) angehörte, grünes Licht für Exporte im Wert von 4,91 Milliarden. Das ist umso bemerkenswerter, als die CDU/CSU-SPD-Regierung zu diesem Zeitpunkt nur noch geschäftsführend im Amt war, was eine Regierung normalerweise auf weitreichende politische Entscheidungen verzichten lässt.

An der Spitze der Empfängerländer stand Ägypten. Der nordafrikanische Nachbar Israels, der wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen und seiner

Rolle in den militärischen Konflikten in Libyen und dem Jemen international kritisiert wird, erhielt Rüstungsgüter wie Kriegsschiffe und Luftabwehrsysteme im Wert von 4,34 Milliarden Euro. Danach kamen mit großem Abstand die USA mit einem Exportvolumen von 1,01 Milliarden, sowie die ungleich bevölkerungsschwächeren Staaten Niederlande mit 821 Millionen, Singapur mit 630 Millionen und Australien mit 264 Millionen Euro. Insgesamt stieg der Anteil der Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der Europäischen Union von 50,1 auf 63,3 Prozent.

Ob Scholz seine heutigen Koalitionspartner in die damaligen Last-Minute-Entscheidungen einbezogen hat, ist fraglich. Der jetzt ebenfalls im Bundessicherheitsrat sitzende Vizekanzler Robert Habeck von

den Grünen meinte hierzu nur kryptisch, die alte Bundesregierung trage die „vollständige Verantwortung“ für alles, was zu ihrer Zeit passiert sei.

Andererseits genehmigte die Ampel-Koalition in den wenigen Wochen zwischen ihrer Amtsübernahme am 8. Dezember 2021 und dem Jahresende ebenfalls nicht unerhebliche Waffenexporte. Diese haben einen Umfang von 309 Millionen Euro. Deshalb kritisierte die Linken-Außenpolitikerin Sevim Dağdelen, dass die von Scholz mit zu verantwortenden Rekordzahlen von 2021 ebenso wie die ersten Entscheidungen der neuen Bundesregierung „keine Wende in der Rüstungsexportpolitik ... erkennen“ ließen. Somit drohe „das angekündigte Rüstungsexportkontrollgesetz der Ampel ... zu einer reinen Nebelkerze zu werden“. W. K.

MELDUNGEN

Tankstellen in Not

Berlin – In Deutschland ist die „CO₂-Bepreisung“ für Benzin wirksam geworden. Die hohen deutschen Abgaben auf Benzin und die Verbilligung des Treibstoffs in Polen gefährden die Existenz zahlreicher deutscher Tankstellen. Etwa 300 von ihnen gibt es in Berlin und den neuen Bundesländern. 65 Cent und teilweise noch mehr beträgt die Preisdifferenz zu Polen. Daher lohnt sich für Autofahrer in Deutschland auch eine längere Anreise. Hans-Joachim Rühlemann, Vorsitzender des Verbandes des Garagen- und Tankstellengewerbes Nord-Ost, beklagt das Wegbleiben von 70 Prozent der Kunden. Die Bundesregierung reagiert darauf mit dem Warnhinweis, dass der Bundesgrenzschutz angewiesen sei, das Verbot, mehr als 20 Liter Sprit im Reservekanister nach Deutschland einzuführen, durchzusetzen. F.B.

Goldnachfrage gestiegen

London – Die weltweite Nachfrage nach Gold stieg von 2020 bis 2021 um rund zehn Prozent von 3658 auf 4021 Tonnen. Das geht aus einer Mitteilung der Branchenorganisation World Gold Council (WGC) hervor. Besonders auffällig ist die Zunahme der Goldkäufe durch die Schmuckhersteller um 67 Prozent auf 2220 Tonnen. Die Nachfrage nach Goldbarren und -münzen nahm um 31 Prozent auf 1180 Tonnen zu. Von denen entfielen 161 auf deutsche Privatanleger. Die Zentralbanken erwarben Gold im Umfang von 463 Tonnen. Weniger stark war das Interesse am Ankauf von Gold seitens der Industrie. Das soll sich aber nach Einschätzung des WGC infolge der wirtschaftlichen Erholung im Jahre 2022 ändern. Angesichts der anhaltenden Inflation wird auch fürderhin mit einer hohen Nachfrage nach Anlagegold gerechnet. Diese würde wohl nur dann schwächer ausfallen, wenn es zu deutlichen Zinssteigerungen käme. W.K.

BGA-Warnung vor Störungen

Berlin – Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) warnt angesichts der steigenden Infektionszahlen durch die Omikron-Welle vor massiven Störungen der Lieferketten. Nach Angaben des BGA-Präsidenten Dirk Jandura ist durch den eher milden Verlauf bei Infektionen mit der Omikron-Virusvariante ein lang anhaltender Zusammenbruch der Lieferketten zwar unwahrscheinlich. Durch die schnellere Verbreitung der Omikron-Variante kann es nach Ansicht Janduras im schlimmsten Fall aber zu weitreichenden Unterbrechungen im globalen Liefernetzwerk kommen. Laut Jandura haben viele Großhändler ihre Lieferketten zwar mittlerweile flexibilisiert, doch sei es nicht möglich, sich gegen eine „weltweit zuschlagende Pandemie“ völlig abzusichern. Mit Blick auf die Politik sagte er, zur Entlastung der Wirtschaft seien weiterhin unbürokratische Hilfen sowie niedrigere Strom- und Energiepreise nötig. N.H.

KOMMENTARE

Vorteil „Frau“?

MANUEL RUOFF

Entsprechend der herrschenden Gender-Lehre soll bei der Geschlechtszuordnung den biologischen Geschlechtsmerkmalen weniger und stattdessen dem Selbstverständnis der betreffenden Person mehr Bedeutung beigemessen werden. Diese Ideologie hat weder vor dem Sport noch vor der Schweiz Halt gemacht. So ist die Frauendefinition im Leistungssport über den Testosteronspiegel schon seit Längerem unter starkem Beschuss. Und seit diesem Jahr können in der Schweiz Personen für 75 Franken das im Personenstandsregister eingetragene Geschlecht ändern.

In beiden Fällen wird vor dem „Missbrauch“ gewarnt, dass Menschen sich als Frauen bezeichnen, um im Frauensport in Wettkämpfen Plätze und Medaillen zu erringen, die sie mit derselben Leistung im Männersport nie erringen würden, beziehungsweise um in der Schweiz der Wehrpflicht zu entgehen und früher in Rente gehen zu dürfen. Interessanterweise ist kein umgekehrter Fall bekannt, dass die Sorge bestünde,

Menschen könnten sich als Männer bezeichnen, um in den Genuss von Männerprivilegien zu geraten. Das wirft die Frage auf, welches Geschlecht in unserem Kulturkreis wirklich privilegiert ist.

Doch ist es überhaupt angebracht, diesem befürchteten „Missbrauch“ durch Menschen, die sich aus Gründen der Opportunität als Frauen ausgeben, entgegenzuwirken? Sollte man nicht vielmehr die Diskriminierung abstellen, die fürchten lässt, dass Menschen ihr Geschlecht verleugnen, um der Diskriminierung wegen ihres Geschlechts zu entgehen?

Solange diese geschlechterbedingte Ungleichbehandlung nicht abgestellt ist, sollte man dem befürchteten „Missbrauch“ als jemand, der Gleichberechtigung wirklich will, lieber Tür und Tor öffnen, statt ihn zu bekämpfen. Denn wenn alle Menschen im Sport, in der Schweiz oder wo auch immer frei das offizielle Geschlecht für sich wählen dürften, von dem sie glauben, das es am privilegiertesten ist, wäre das ein entscheidender Schritt in Richtung Geschlechtergerechtigkeit.

Unseliger Medienkrieg

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Genau das hat Deutschland getan, als es dem russischen Sender RT.de die Ausstrahlung in deutscher Sprache verweigerte mit der Begründung, das Portal betreibe Staatspropaganda, um sich dann über die Gegenreaktion – das Verbot der Deutschen Welle (DW) in Russland – zu empören.

Die DW ist ein mit deutschen Steuergeldern finanzierter Auslandssender, dessen gesetzlicher Auftrag lautet, deutsche und europäische Sichtweisen zu verbreiten. Zwar sind in Deutschland Staatssender verboten und die Staatsferne von Medien im Grundgesetz verankert, doch eine Umfrage unter Volontären des Ersten von 2020 ergab, dass 92 Prozent sich dem linksgrünen Spektrum zugehörig fühlen. Die Dominanz ideologischer Sichtweisen in deutschen Leitmedien, vor allem den öffentlich-rechtlichen, hat in den vergangenen

Jahren spürbar zugenommen. Es sei nur an die einseitige Berichterstattung über die Corona-Pandemie erinnert, die jeden, der nicht der Regierungslinie entsprach, stigmatisierte, selbst wenn es sich um anerkannte Virologen handelte.

Die DW und alle Kritiker an der russischen Retourkutsche sollten sich die Frage gefallen lassen, wozu solch ein unseliger Medienkrieg dienlich sei. Eine Angriffsfläche bot DW-Intendant Peter Limbourg bereits zu Beginn der Ukraine-Krise 2014, als er seine Absicht erklärte, die DW zu einem „Anti-Putin-Sender“ aufbauen zu wollen. Ein offeneres Bekenntnis zur Propaganda kann man sich kaum vorstellen.

Sicher ist die Reaktion des Kreml mit einem praktischen Berufsverbot für DW-Journalisten in Moskau ungleich härter als die deutsche Verfügung. Wer auf RT als Informationsquelle nicht verzichten will, kann die englischsprachige Seite aufrufen und dort eine deutsche Version anklicken.



Noch immer als Kanzler zu wenig wahrnehmbar: Olaf Scholz

Foto: imago images/Chris Emil Janßen

LEITARTIKEL

Ursache eines Fehlstarts

RENÉ NEHRING

Kann es sein, dass Olaf Scholz' Start als Bundeskanzler deshalb so misslungen ist, weil er selbst nie damit gerechnet hat, die Wahl zu gewinnen? Wer sich dieser Tage fragt, warum die neue Bundesregierung und insbesondere ihr Kanzler so gar nicht „aus den Puscheln“ kommen, sollte sich noch einmal daran erinnern, wie Olaf Scholz zu seinem Amt kam.

Als die SPD im Sommer 2020 – rund ein Jahr vor der Bundestagswahl – Scholz zum Kanzlerkandidaten ausrief, hatten nicht nur politische Gegner der Sozialdemokraten geunnt, ob die älteste Partei im Lande überhaupt noch einen offiziellen Bewerber für das wichtigste Amt im Staat aufstellen sollte. Zu groß war der Rückstand zur führenden Union und zu schwach das Auftreten der Genossen. Insofern war Scholz' Bewerbung kaum mehr als das Anmelden des Führungsanspruchs innerhalb der SPD, die den damaligen Bundesfinanzminister zuvor als Parteivorsitzenden nicht haben wollte und ihm sogar die Nobodys Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans vorzog.

Auch als die drei vor einem Jahr das Wahlprogramm ihrer Partei für die Bundestagswahl vorstellten, war nicht zu er-

kennen, dass sie ernsthaft an einen Sieg glaubten. Zwar nuschelte Scholz gegen jeden Spott, dass er tatsächlich Kanzler werden wolle, doch verriet schon der Name des präsentierten Dokuments, dass sich die Genossen, die auf keinen Fall eine Fortsetzung der Großen Koalition mit der Union wollten, eher auf die Opposition vorbereiteten: Auf gerade einmal 65 Seiten fassten sie die Thesen ihres „Zukunftsprogramms“ zusammen, in deren Mittelpunkt das Wort „Respekt“ stand. Vier Jahre zuvor waren es noch 113 Seiten gewesen, die zudem als „Regierungsprogramm“ überschrieben waren.

Unverhofft ins Amt gekommen

Nicht zuletzt darf in diesem Kontext nicht vergessen werden, dass noch bis Mitte Juli 2021 – also ungefähr acht Wochen vor der Wahl – die Union in allen Umfragen scheinbar uneinholbar vorn lag. Selbst auf der linken Seite des Parteienspektrums lag die SPD lange Zeit hinter den Grünen nur an zweiter Stelle. Erst die Enthüllungen über die zahlreichen Unstimmigkeiten im Lebenslauf der grünen Kanzlerkandidatin Baerbock und dann der desaströse Auftritt des CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet im Katastrophengebiet an der Ahr, der beim Feixen über einen Witz gefilmt wurde, hievten Olaf Scholz

an die Spitze der Umfragen – und kurz darauf ins Kanzleramt.

Es spricht also manches dafür, dass selbst Scholz bis kurz vor der Wahl nicht damit rechnete, tatsächlich Kanzler zu werden – und die Nation führen zu müssen. Diese Annahme würde auch erklären, warum er mit Nancy Faeser und Klara Geywitz zwei bundespolitisch nahezu unbekannte Frauen in Schlüsselressorts briefte sowie mit Christine Lambrecht und Svenja Schulze zwei bisherige Ministerinnen erneut ernannte, obwohl diese zuvor in ihren Ämtern kaum überzeugen konnten. Offenkundig hatte Scholz keinen Plan dafür, wie er die vielen der SPD zugefallenen Posten (neben den Ministern mussten auch noch etliche Staatssekretäre ernannt werden), adäquat besetzen sollte.

Dessen ungeachtet ist Olaf Scholz gewählt. Und da er die Wahl angenommen hat, hat er nun auch die Pflicht, das Land zu führen. Das politisch bedeutsamste Land der Europäischen Union und die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt können sich keinen Kanzler leisten, der wochenlang abtaucht, der in einer friedensgefährdenden Krise schweigt oder – siehe die Debatte um die Corona-Impfpflicht – der grundsätzliche, das Verfassungsrecht berührende Fragen einfach an Abgeordnetengruppen überträgt.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE33XXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Faxredaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Obsoleter Herr der Waffen

Die NATO muss sich gegenwärtig nicht nur mit Russland herumschlagen, sie muss auch innerhalb der Organisation ein Führungsproblem lösen. Ihr Generalsekretär **Jens Stoltenberg** macht sich inmitten der Spannungen im Russland-/Ukraine-Konflikt einfach aus dem Staub, weil er lieber Notenbankchef werden will.

Der norwegische Sozialdemokrat wird Ende des Jahres Chef der Norges Bank, der Zentralbank seines Landes. Der NATO wird Stoltenberg bis zum Ablauf seiner Amtszeit Ende September noch erhalten bleiben. Er wird dann mit acht Jahren als Generalsekretär den Deutschen Manfred Wörner überholt haben, der von 1988 bis zu seinem Tod im Jahr 1994 im Amt war.

Fraglich ist, ob Stoltenberg freiwillig geht. Es gibt Gerüchte, wonach man die Spitze der NATO 73 Jahre nach ihrer Gründung erstmals mit einer Frau oder einem Osteuropäer besetzen will. Die Na-

men der früheren britischen Premierministerin Theresa May und des rumänischen Präsidenten Klaus Johannis kursieren schon länger als Nachfolger. Auch störten sich viele an Stoltenbergs Rhetorik im Konflikt mit Russland, die an einen Kriegstreiber erinnerte. Das war schon erstaunlich bei dem 62-Jährigen, der als Student noch für den Austritt Norwegens aus der NATO demonstriert hatte und sich

später als NATO-Chef von der Friedensstaube zum willfährigen Falken ganz im Sinne der von den USA beherrschten Verteidigungsorganisation mauserte. Als „obsolet“ bezeichnete Donald Trump einst die NATO, dennoch sorgte Stoltenberg dafür, dass Trump die Drohung zurückzog, aus der Organisation auszutreten.

Als Zentralbankchef kehrt Stoltenberg nun zu seinen Wurzeln zurück. Der studierte Volkswirt, der zweimal ein Regierungskabinet als norwegischer Ministerpräsident anführte, versteht von Geld mehr als von Waffen. Trösten wird er sich damit, dass er die Aufsicht über den norwegischen Staatsfonds hat, der mit 1,2 Billionen Euro der weltweit größte ist. Und wenn Theresa May nicht seine Nachfolgerin in Brüssel wird, stünde mit Ex-Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer möglicherweise schon eine deutsche Frau Gewehr bei Fuß. H. Tews



Bald NATO-Aus: Jens Stoltenberg

Aus dem Schatten herausgetreten

Novi Sad, Kaunas und Esch an der Alzette sind dieses Jahr europäische Kulturhauptstädte – Alle drei sind nur die Nummer zwei im Land

VON ANDREAS GUBALLA

Die Corona-Pandemie hat einiges durcheinandergewirbelt. Ursprünglich sollte Novi Sad mit den Städten Temeswar in Rumänien und Eleusis in Griechenland schon 2021 Kulturhauptstadt Europas werden. Während Temeswar und Eleusis auf 2023 verschoben wurden, teilt sich Novi Sad dieses Jahr den Titel mit Kaunas in Litauen und Esch an der Alzette in Luxemburg. Alle drei haben immerhin etwas gemeinsam: Sie sind jeweils die zweitgrößten Städte ihres Landes und stehen damit im Schatten der Hauptstädte Belgrad, Wilna und Luxemburg.

Novi Sad – Stadt der Brücken

Die Stadt an der Donau mit ihren 340.000 Einwohnern bietet kulturelle Vielfalt und gilt als Schmelztiegel der Kulturen und Religionen. Seit Jahrhunderten herrscht ein friedliches Miteinander zwischen Anhängern der serbisch-orthodoxen und katholischen Kirchen sowie Moslems und Juden. Das Motto der Kulturhauptstadt lautet dementsprechend „Kaleidoskop der Kulturen“.

Bis 1918 war Novi Sad, deutsch auch Neusatz genannt, Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Architektur ist bis heute davon geprägt. Doch auch andere Folgen der Geschichte sind sichtbar: die kommunistischen Zeiten im ehemaligen Jugoslawien, die Balkankriege und schließlich die Zerstörung aller Brücken durch das NATO-Bombardement in den 1990er-Jahren. Die Brücken sind wiederaufgebaut, sie stehen auch für das Verbindende.

Apromos Brücken: Sie spielen im Programm der Kulturhauptstadt eine wichtige Rolle. Das Motto „Vier neue Brücken“ spielt auf Programm-Brücken an, die unter anderem für „Liebe, Hoffnung, Regen-



„Weißer Schwan“ aus Stein: Blick auf das Zentrum von Kaunas mit dem Rathaus in der Mitte

Foto: Mauritius

bogen, Migration und Zukunft Europas“ stehen. Ein vielfältiges Publikum soll damit angesprochen werden. Neben der Kultur hat Novi Sad viele andere Attraktionen zu bieten: eine lebendige Fußgängerzone, eine Mischung aus Galerien, Geschäften und Cafés. Bekannt ist die Stadt auch für ihre Festivals. Jedes Jahr finden mehr als 200 Veranstaltungen statt, darunter das bekannte Musikfestival EXIT.

Kaunas – das Herz Litauens

Kaunas liegt im Zentrum Litauens am Zusammenfluss von Neris und Memel. Ihre 315.000 Einwohner bezeichnen ihre Stadt daher auch als „Herz Litauens“. Durch seine geographische Lage und gute Ver-

kehrsanbindung hat sich Kaunas, das nach Wilna 2009 als zweite Stadt in Litauen den Titel Kulturhauptstadt Europas trägt, mit der Zeit zu einem wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Drehkreuz für Litauen entwickelt.

Die historische Altstadt ist das Herz von Kaunas. Im Stadtkern ist ihr Wahrzeichen zu finden: das Rathaus. Es wurde von 1542 bis 1562 erbaut. Durch seine hohe und weiße Gestalt wird es umgangssprachlich auch „Weißer Schwan“ genannt. Gotik und Barock haben in Kaunas ihre Spuren hinterlassen. Aber auch die einzigartige modernistische Architektur fällt auf. Sie entstand, als Kaunas von 1920 bis 1940 die Hauptstadt Litauens war.

6000 Gebäude wurden in dieser Zeit errichtet – in kaum einer anderen ähnlich großen Stadt der Welt gibt es so viele Bauten aus dieser Epoche.

Kaunas steht aber auch für die Traumata des 20. Jahrhunderts: Sowjetherrschaft und deutsche Besatzung. 30.000 litauische Juden wurden Opfer des Holocaust. Auch diese Themen will die Kulturhauptstadt rund 30 Jahre nach der wiedererlangten Unabhängigkeit Litauens aufgreifen. Dafür bietet man ein Großaufgebot von 4000 Künstlern an, darunter sind auch bekannte Namen wie die serbische Performance-Künstlerin Marina Abramović oder die John-Lennon-Witwe Yoko Ono.

Esch an der Alzette – Herz Europas

Der Süden Luxemburgs ist geprägt durch eine hohe kulturelle Diversität, da sich hier viele Einwanderer angesiedelt haben. Mit der Entdeckung von Eisenerzvorkommen begann für Esch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der industrielle Aufschwung. Menschen aus anderen Ländern, vor allem Italien, kamen in die Region, um in der Eisen- und Stahlindustrie zu arbeiten.

Ab Mitte der 1970er-Jahre wurde Esch wie die anderen Städte in der Region von der Stahlkrise hart getroffen. Die Bergwerke sowie die meisten Hütten mussten schließen. Dank des Strukturwandels entwickelte sich Esch an der Alzette zu einer modernen Stadt. Besonders sichtbar wird das im ehemaligen Industriegebiet Belval: In dem Viertel wurden in den vergangenen zehn Jahren die Hochöfen restauriert und in ein modernes Stadtviertel integriert. Dort finden sich heute Start-up-Unternehmen, neue Wohnanlagen und die Universität.

Esch-Belval bildet das Zentrum der Kulturhauptstadt. Das Programm der mit knapp 36.000 Einwohnern zweitgrößten Stadt Luxemburgs steht unter dem Motto „Remix Culture“, das die Geschichte einer Region erzählen will – von der Stahlindustrie bis ins digitale Zeitalter. Im Angebot enthalten sind Theater- und Tanzaufführungen, Ausstellungen, Performances, Workshops und digitale Kunst. Und das sogar grenzübergreifend: Von den 19 Gemeinden beteiligen sich elf in Luxemburg und acht in Frankreich. Damit will die Stadt den Mix aus Kulturen in der Region präsentieren, aber auch die alte Industriekultur mit Neuem verbinden.

● Internetauftritte Kaunas: www.kaunas2022.eu/en/ (auf Englisch), Novi Sad: www.novisad2022.rs/en/ (auf Englisch), Esch: www.esch2022.lu/de/ (auf Deutsch)

AUSSTELLUNG

Aus der Balance geraten

Im noch geschlossenen Atelierhaus Barlachs soll Ende Februar wieder neues Ausstellungsleben stattfinden

Seit 2006 schmückt sich Güstrow als „Barlachstadt“ mit dem Namen des berühmten Bildhauers, Graphikers und Schriftstellers. Ernst Barlach selbst hatte immer wieder geschwankt, Berlin den Rücken zu kehren. Zwar irritierte ihn die Stadt, „wo man überall angesprochen und angedredet werden kann“. Er sah aber auch: „Der Norden scheint die Gefahr zu haben, dass man statt tief einmal grundlos wird.“ Später sagte er, mit Güstrow gehe es ihm „wie dem berühmten Esel zwischen zwei Heuhaufen – hier passe ich nicht mehr her, und anderswo anzufangen habe ich kein Vertrauen ... In den Heidbergen stampfe ich so manches Mal im Stockdunkeln herum und hole mir für den Abend eine erfrischende Ermüdung ...“

Barlachs Ankunft in Güstrow war keine Sentimentalität, sie hatte familiäre Gründe. 1906 war er Vater geworden. Die Mutter, die Näherin Rosa Schwab, hatte ihm Modell gestanden. Geheiratet hatte er sie nicht. Die Beziehung war nur von kurzer Dauer, Barlach erstritt das Sorgerecht und adoptierte seinen Sohn. Als der Deutsche Künstlerbund ihm für 1909 das Villa-Romana-Stipendium in Florenz zusprach, musste er ihn versorgt wissen. In

Güstrow lebte Bruder Niko zusammen mit der Mutter, die ihm den Haushalt besorgte. Beiden brachte er den Filius zur Betreuung.

Italien hatte ihn nicht umgeworfen. Als er im November 1909 zum zweiten Mal nach Güstrow reiste, um zu sehen, wie sich das Kind in der neuen Umgebung eingelebt hatte, meinte er am 27. November: „Güstrow kann sich sehr wohl neben eine toskanische Stadt stellen.“ Und am

24. Dezember schrieb er schließlich: „Es ließe sich schon leben an diesem Ort.“ Ab 1910 wurde „dieser Ort“ sein zweiter Wohnsitz, bis er gegen 1913 sein Berliner Atelier ganz aufgab, um bis zu seinem Tod 1938 dauerhaft in Güstrow zu bleiben.

60-jährig entschloss er sich, Platz für monumentale Aufträge zu schaffen und auf Kreditbasis das Waldgrundstück Heidberg 15 am Inselfee zu kaufen, um darauf von dem Güstrower Architekten

Adolf Kegebein ein geräumiges Atelierhaus bauen zu lassen. Der Zeitgeist aber war gegen ihn und so fehlten schließlich die Mittel, den Neubau abzubezahlen. Nur das Atelier konnte er dauerhaft nutzen. Das Wohnhaus musste er schon bald an seinen Assistenten und Kunsthändler Bernhard Böhmer vermieten.

Die Sonderausstellung mit einer Fotodokumentation zur Geschichte des Atelierhauses ist Corona-bedingt momentan geschlossen. Aber für den Besuch der nachfolgenden Sonderausstellung „Balance. Susanne Rast“ (27. Februar bis 12. Juni) besteht Hoffnung. Menschliche Situationen, die von verschiedenen Varianten des Andersseins erzählen, bilden das Grundthema der Holzskulpturen, Bronzegüsse und grafischen Arbeiten der gebürtigen Rostockerin (*1962). Für August/September ist zudem die Wiedereröffnung der neu gestalteten Dauerausstellung zu Leben und Werk Ernst Barlachs geplant.

Helga Schnehagen



Kann man trotz Corona besuchen: Barlachs „Der Schwebende“ im Güstrower Dom

● MELDUNGEN

Seltene Werke über Dante

Berlin – Anlässlich des 700. Todestags von Dante Alighieri im September 2021 widmet sich das Kupferstichkabinett am Matthäikirchplatz vom 12. Februar bis 8. Mai mit „Höllenschwarz und Sternenlicht“ unterschiedlichen Formen der künstlerischen Auseinandersetzung mit Dantes „Göttlicher Komödie“. Dabei sind teils selten gezeigte Arbeiten über Dante von Sandro Botticelli, Arnold Böcklin oder Wilhelm Lehmbruck zu sehen. *tws*

Dada-Ikone Hannah Höch

Berlin – Vom 16. Februar bis 15. Mai läuft im Bröhan Museum, Schloßstraße 1a, die Ausstellung „Abermillionen Anschauungen“ über die Berliner Dada-Ikone Hannah Höch. Im Zentrum stehen über 120 Arbeiten aus allen Schaffensbereichen und -perioden, die zum Teil seit Längerem nicht oder sogar noch nie gezeigt wurden. Internet: www.broehan-museum.de *tws*

● Barlach-Museen Güstrow: Atelierhaus, Heidberg 15, Gertrudenkapelle, Gertrudenplatz, beide zurzeit noch geschlossen. Aktuelles: www.guestrow-tourismus.de

Weichenstellung zum totalen Krieg

Vor 80 Jahren gab das britische Luftfahrtministerium die Area Bombing Directive heraus. Danach ging die Royal Air Force endgültig zum Flächenbombardement über

VON BJÖRN SCHUMACHER

Zentrales Dokument des Luftkriegs ab 1940 ist die britische „Area Bombing Directive“ (Anweisung zum Flächenbombardement) vom 14. Februar 1942, exakt drei Jahre vor dem vernichtenden Doppelangriff auf Dresden. Charles Portal, Stabschef der Royal Air Force (RAF), wies sein strategisches Bomberkommando an, die Durchhalte-moral der deutschen Zivilbevölkerung, vor allem der Industriearbeiter, ins Visier zu nehmen („operations should now be focussed on the morale of the enemy civilian population and in particular, the industrial workers“).

In einem gewundenen Gedankengang ergänzte er: „Ich nehme an, es ist klar, dass die Zielpunkte die Wohngebiete sein sollen und beispielsweise nicht die Werften oder Flugzeugfabriken. Das muss ganz deutlich gemacht werden, falls es noch nicht verstanden worden ist.“

Im November 1942 lieferte Portal, auf welcher Modellrechnung auch immer, die dazu passenden Erfolgsprognosen. Durch Flächenangriffe sollten 25 Millionen Deutsche obdachlos, 900.000 getötet und eine Million verwundet werden. Wie sich später herausstellte, hatte vor allem die Todesopferzahl einen markanten Realitätsbezug.

Mit Lübeck ging es los

Dabei konnte Portal nicht einmal auf die Erfahrungen des US-Militärs mit „German Village“ in Dugway/Utah zurückgreifen. Dort wurden 1943 Berliner Mietskasernen mit originalgetreuer Einrichtung nachgebaut – nur um ihre Brandeigenschaften zu studieren. Das Ergebnis ernüchterte die Amerikaner: In Berlin „würde es schwieriger ablaufen als in den meisten anderen deutschen Städten. [...] Die Bauqualität ist höher, und die einzelnen Blocks sind besser voneinander getrennt“, führte Brandbombenexperte Horatio Bond vor dem nationalen Ausschuss für Rüstungsforschung aus.

In kongenialer Ergänzung der Area Bombing Directive wurde Hardliner Arthur Travis Harris am 22. Februar 1942 zum Chef des Bomberkommandos ernannt. 1921 und 1922 Befehlshaber auf heute zum Irak gehörenden Stützpunkten, hatte er die Erfahrungen gequälter Kolonialvölker mitleidlos und mit unterschwelligem Rassismus beschrieben: „Araber und Kurden lernen nun, dass innerhalb von 45 Minuten ein ganzes Dorf ausgelöscht und ein Drittel der Bewohner getötet oder verwundet werden kann.“

Der Rubikon zum totalen Luftkrieg gegen Zivilisten war nun endgültig überschritten, obwohl die Tauglichkeit des Demoralisierungskonzepts von Anfang an umstritten war. Bereits der erste Luftschlag nach der Area Bombing Directive lieferte kaum Hinweise auf den Erfolg der britischen Strategie. Zwar erlitt das mit Bedacht ausgesuchte, militärisch fast bedeutungslose Lübeck – trotz Backsteinbauweise mit leicht brennbarem Altstadt-kern – in den Nacht vom 28. zum 29. März 1942 schwere Schäden und verlor 320 Einwohner. Relevante Entmutigungseffekte blieben aber aus.

Sie konnten auch nicht in Rostock (23.–27. April 1942, 216 Tote) und Köln (30./31. Mai 1942, Operation Millennium, 486 Tote) erzielt werden. Neue viermotorige Bomber, verbesserte Zielgeräte und die Zunahme des Brand- im Vergleich zum Sprengbombenanteil änderten daran wenig. Area Bombing war schon vor den heftigen Luftschlägen gegen Wuppertal-



Beim Abwurf von Brandbomben: Ein viermotoriges Bomberflugzeug der Royal Air Force

Foto: action press

Marshals of the RAF



Charles Portal, 1. Viscount Portal of Hungerford war 1940 bis 1946 als Chief of the Air Staff (CAS) Oberbefehlshaber der britischen Luftstreitkräfte.

Arthur Travers Harris, 1. Baronet, auch „Bomber-Harris“ und „Butcher“ genannt, war von 1942 bis 1945 Oberbefehlshaber des RAF Bomber Command.

Der „Father of the RAF“ **Hugh Trenchard**, 1. Viscount Trenchard war der erste und mit knapp einem Dutzend Amtsjahren der am längsten amtierende CAS.

Barmen (29./30. Mai 1943, 3400 Tote) und wiederum Köln (28./29. Juni 1943, „Peter- und-Paul-Angriff“, 4377 Tote) moralisch und völkerrechtlich, aber auch als strategisches Instrument zum raschen, siegreichen Kriegsende diskreditiert. Statt sich auf militärische Objekte zu konzentrieren, stieß das Bomber Command in neue Dimensionen des Terrors vor.

Neue Dimension des Terrors

Die alpträumerhaften Attacken gegen Hamburg Ende Juli 1943 (Operation Gomorrha), darunter der Feuersturmangriff vom 27./28. Juli (35.000 Tote), gerieten zum Zivilisationsbruch. Mitnichten ging es den Briten nur ums Demoralisieren. Kreuzzugsmentalität traf auf Deutschenhass. In einem Schreiben ans Luftfahrtministerium geriet Harris in einen Blut- rausch: „Ergänzend zur Feuerhölle wollen wir das Mauerwerk auf den Kopf des Scheißdeutschen („Boche“) krachen lassen, wollen wir den Scheißdeutschen töten und in Panik versetzen.“

Ausgerechnet in der deutschen Reichshauptstadt, Hauptangriffsziel der Bomberflotten, funktionierte das kaum. Über 360 Angriffe auf Berlin mit geschätzten 20.000 bis 50.000 Toten ließen die Moral deutscher Zivilisten und

Soldaten nicht kippen. Der schottische Autor Robin Neillands hob hervor: „Die Schlacht um Berlin bedeutete für die Royal Air Force eine Niederlage, zugleich das Ende des ‚Bombertraums‘. Harris versuchte, dies abzustreiten – ohne Erfolg. Berlin wurde nur teilweise, keineswegs total zerstört, die Deutschen erhoben sich nicht gegen Hitler.“

Bei alledem bleibt festzuhalten, dass der totale (Luft-)Krieg keine Erfindung von Adolf Hitler, Winston Churchill oder Franklin D. Roosevelt war. Als wichtiger Theoretiker des entgrenzten, nicht nur unter feindlichen Heeren geführten Kriegs gilt der italienische General Giulio Douhet. 1921 fand er sein militärisches Credo: „Wer auf Leben und Tod kämpft – und anders kann man heute nicht mehr kämpfen – hat das heilige Recht, alle vorhandenen Mittel zu benutzen, um nicht selber zugrunde zu gehen.“

Der militärische Erfolg blieb aus

Tatsächlich gab es Bombenabwürfe durch Zeppelin-Luftschiffe und meist zweimotorige Flieger bereits im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Luftoffensive gegen „allgemeine militärische Anlagen“ englischer Städte tötete 1414 Menschen. Die britischen Streitkräfte bombardierten unter

anderem die Zeppelinhallen in Düsseldorf und Friedrichshafen. Ein französischer Terrorangriff auf Karlsruhe forderte 120 Menschenleben, darunter viele Kinder, die eine Zirkusvorstellung besuchten (22. Juni 1916).

Aufgrund ihrer Insellage befassten sich die Briten früh mit strategischen Luftschlägen. Ihnen ging es zunächst um engräumige Militärlziele wie Kasernen, Rüstungsfabriken, Flugplätze, Verkehrswege und Raffinerien, was freilich Navigationsprobleme aufwarf. Auch deshalb schmiedete der damalige Rüstungsminister Winston Churchill Pläne zu einem großflächigen „Tausend-Bomber-Angriff“ auf Berlin im Jahre 1919 (falls der Weltkrieg so lange dauern sollte), der zu einem Massensterben von Zivilisten hätte führen können.

Zivilisationsbruch Gomorrha

1925 schwelgte Churchill, selbsternannter „Soldier of Christ“, in Armageddon-Visionen: „Die Schrecken von 1919 bleiben in den Archiven vergraben, aber ihre Idee lebt weiter. Der Tod steht in Bereitschaft, gehorsam, abwartend, die Menschen in Massen hinwegzumähen, bereit, wenn man ihn ruft, die Zivilisation ohne Hoffnung auf Wiederaufbau zu Staub zu zerstampfen. Er wartet nur auf den Einsatzbefehl. Vielleicht wird es sich darum handeln, Frauen und Kinder oder die Zivilbevölkerung überhaupt zu töten, und die Siegesgöttin wird sich zuletzt voll Entsetzen jenem vermählen, der dies in gewaltigstem Ausmaß zu organisieren versteht.“

Zwischen Churchills Tausend-Bomber-Vision von 1918 und der Area Bombing Directive von 1942 gibt es ein strategisches Bindeglied. Hugh Trenchard, RAF-Stabschef zwischen 1918 und 1930, folgte aus wirtschaftlich-industriellen Verflechtungen, dass zwischen zivilen und militärischen Zielen kaum mehr unterschieden und die Arbeiter der Rüstungsindustrie in ihren Wohnvierteln attackiert werden dürften (Trenchard-

Doktrin). Churchill, am 10. Mai 1940 zum Premierminister ernannt, veranlasste sofort, „Ziele in Deutschland anzugreifen, ehe die Deutschen das in England taten. Wir brachten London zum Opfer dar; denn die Vergeltung war gewiss“, so James M. Spaight, britischer Völkerrechtler und Ministerialdirektor.

Bei alledem konzentrierte sich die Luftwaffe in London (Mitte 1940 bis Anfang 1941, 35.000 Tote) und Coventry, einem Zentrum der Flugmotorenindustrie (14. November 1940, 568 Tote), auf klassische Militärlziele. Brigadeoffizier Paul E. Crook hob hervor: „Das Demoralisierungsbomben gewann ganz sicher nicht in Deutschland die Oberhand im militärischen Denken.“

Tausend-Bomber-Vision von 1918

Unzureichende Navigation, dichte Wolkendecken und unerfahrene Fliegerbesatzungen reduzierten aber die Treffergenauigkeit. Die daraus resultierenden Kollateralschäden der „Battle of England“ ließen sich propagandistisch als deutscher Luftterror ausschlagen. „Zur Vergeltung“ flogen die Briten am 16. und 17. Dezember 1940 einen Flächenangriff auf die Mannheimer Innenstadt, der mit 34 getöteten Menschen misslang.

1943 nahm die Zerstörungskraft des Bomber Command dramatisch zu, ohne dass die „Morale Bombing“-Doktrin Wirkung zeigte. Die – unvollständig informierte – britische Öffentlichkeit reagierte gespalten; Zustimmung wechselte mit Kritik. George Bell, Bischof der Church of England, stellte sich frontal gegen Politik und Militärs. Schockiert über die Feuerstürme von Hamburg und Kassel (22./23. Oktober 1943, 7.000 bis 10.000 Tote), rief er in einer tumultartigen Sitzung des Oberhauses aus:

„Ich bin mir darüber völlig im Klaren, dass bei Angriffen auf Zentren der Kriegsindustrie und des Transportwesens die Tötung von Zivilisten unvermeidlich ist. Aber hier muss eine Verhältnismäßigkeit zwischen den eingesetzten Mitteln und dem erreichten Zweck bestehen. Eine ganze Stadt auszulöschen, nur weil sich in einigen Gegenden militärische und industrielle Einrichtungen befinden, negiert die Verhältnismäßigkeit. [...] Die Alliierten repräsentieren etwas Größeres als Macht. Das Schlüsselwort auf unserem Banner heißt ‚Recht‘.“

Moralische Argumente konnten Churchill und Harris ebenso wenig stoppen wie völkerrechtliche. In enger Abstimmung mit den United States Army Air Forces (USAAF) wurden im letzten Kriegsjahr besonders heftige Angriffe (Operation Thunderclap) auf deutsche Städte geflogen. Hervorgehoben seien Darmstadt (11./12. September 1944, 12.000 Tote), Magdeburg (16./17. Januar 1945, 4000 bis 16.000 Tote), Pforzheim (23./24. Februar, 18.000 Tote) und Swinemünde (USAAF, 12. März 1945, 4.500 bis 23.000 Tote).

Symbol eines militärisch sinnlosen, menschenverachtenden Luftkriegs wurde das am 13. und 14. Februar 1945 von Aber-tausend Flüchtlingen bevölkerte Dresden. „Höchstens 25.000“ (Historikerkommission Dresden 1945), nach seriösen Schätzungen aber weitaus mehr Personen erstickten, verbrannten oder wurden von herabfallendem Gestein erschlagen, weil der britische Premier der heranrückenden Sowjetarmee die Schlagkraft seiner Bomberflotten demonstrieren wollte.

● Björn Schumacher ist Jurist und Publizist mit den Schwerpunkten Völkerrecht, neuere Geschichte sowie Rechts- und Staatsphilosophie.

VON HEIDRUN BUDDE

In der DDR war allgemein bekannt, dass es die Staatssicherheit gab, aber der Öffentlichkeit blieb weitestgehend verborgen, wie dieser Unterdrückungsapparat funktionierte. Mitbürger verschwanden spurlos über Nacht und kamen gar nicht oder als gebrochene Menschen mit einer Schweigeverpflichtung aus den Gefängnissen und Psychiatrien. Fragen waren nicht erlaubt.

Diese Unberechenbarkeit des Geheimdienstes führte zu einer diffusen Angst und zu einem Kadavergehorsam in der Bevölkerung. Im Oktober 1983 starb beispielsweise die Mutter von Frau S. in der Bundesrepublik. Sie stellte einen Reiseantrag, um an der Beisetzung teilnehmen zu können. Der Direktor der Schule, in der sie arbeitete, gab dazu diese Stellungnahme ab: „Die Mutter unserer Kollegin S., Reinigungskraft, ist verstorben. Kollegin S. teilte es mir heute (Montag, 24.10.83) mit. Zuvor hatte mich der ABV und eine weitere Institution angerufen. Wir einigten uns auf Ablehnung.“

„Eine weitere Institution“

Der Vorgesetzte dieser Frau hatte nicht einmal den Mut, das Wort „Staatssicherheit“ zu benutzen. Die „weitere Institution“ war der Auffassung, dass die Frau nicht an der Beisetzung der Mutter teilzunehmen hatte, und niemand wagte zu widersprechen.

Als der SED-Staat zusammenbrach und sich der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, vor der Volkskammer rechtfertigen musste, waren die Bürger über die Peinlichkeit seines Auftritts entsetzt. „Ich liebe doch alle Menschen“, stotterte dieser einst allmächtige Mann unter dem Gelächter der anwesenden Abgeordneten. Der Garant für eine brutale Unterdrückung anderer politischer Auffassungen stürzte vom Sockel, und die Bürger, insbesondere die Opfer des SED-Staates, hatten große Hoffnungen, dass die Täter des Systems nun eine gerechte Strafe bekommen würden.

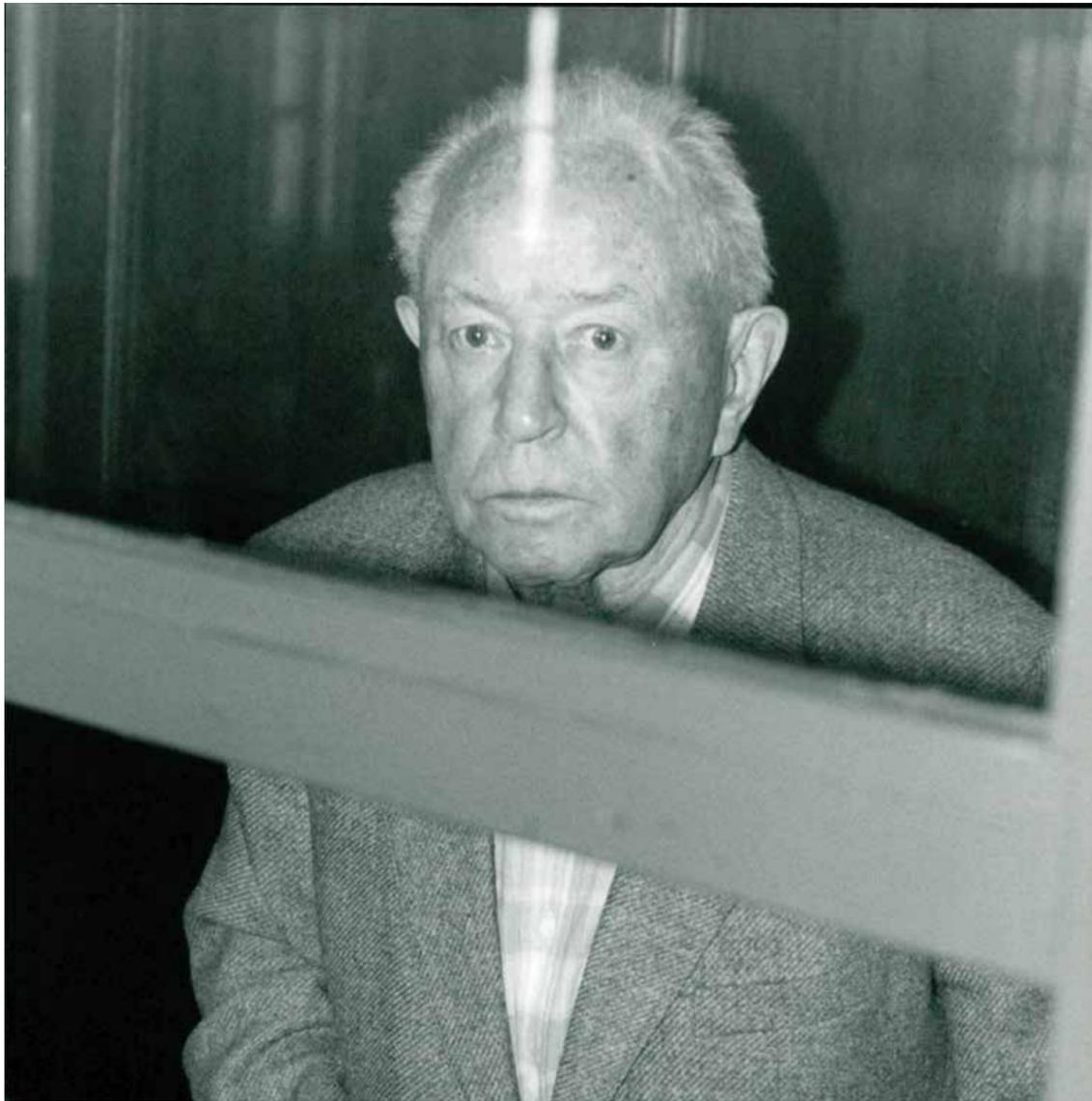
Diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. Eine strafrechtliche Verurteilung setzte eine gründliche Sachverhaltsaufklärung voraus. Doch 1989 herrschte das Chaos des Umbruchs. Rechtssicherheit, wie mit den Hinterlassenschaften des Geheimdienstes umzugehen war, wurde erst mit dem Stasiunterlagengesetz vom 29. Dezember 1991 geschaffen. Berge von Akten waren noch unerschlossen.

Am 7. Dezember 1989 wurde Mielke das erste Mal wegen des Verdachts der „Schädigung der Volkswirtschaft“ und des „Hochverrats durch verfassungsfeindliche Aktionen“ in Untersuchungshaft genommen. Nachdem er zunächst wegen gesundheitlicher Probleme entlassen worden war, kam er im Juli 1990 erneut wegen des Verdachts der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Rechtsbeugung“ in Untersuchungshaft.

Am 4. Oktober 1990 legte sein Anwalt Beschwerde wegen der schlechten Haftbedingungen in Ost-Berlin-Rummelsburg und Plötzensee ein. Mielke wurde in die Justizvollzugsanstalt (JVA) nach Moabit verlegt. Zu diesem Zeitpunkt wäre es angebracht gewesen, den vormaligen Minister für Staatssicherheit an die Haftbedingungen in DDR-Gefängnissen zu erinnern, die er wesentlich mitzuverantworten hatte. Doch damals war das Ausmaß der Verlogenheit noch nicht bekannt.

Streng geheim wurde ein ganz anderer Umgang mit Strafgefangenen „organisiert“, als das in den veröffentlichten Gesetzen zu lesen war. Die politische Einstellung zum SED-Staat bestimmte wesentlich über die Bedingungen im Strafvollzug.

Am 3. Juni 1985 erließ Mielke die Dienstweisung Nr. 5/85 „zur politisch-operativen Arbeit im Organ Strafvollzug des Mdl“ (Geheime Verschlusssache GVS -0008-11/85) mit der Anweisung einer „Abwehrarbeit unter solchen Strafgefangenen, die eine verfestigte feindliche Ein-



Auf der Anklagebank des Landgerichts Berlin: Erich Mielke

Foto: action press

VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

Mit sechs Jahren Haft kam der ehemalige Stasichef davon

Rechtskräftig verurteilt wurde Erich Mielke nur wegen eines Doppelmordes aus der Weimarer Zeit. Vor 30 Jahren begann der Prozess vor dem Landgericht Berlin

stellung besitzen bzw. im Blickpunkt des Gegners stehen.“

Hoffnungen blieben unerfüllt

Besonderen Schikanen waren DDR-Bürger ausgesetzt, die aus politischen Gründen inhaftiert waren. 1988 wurde Brigitte B. wegen „Versuchter landesverräterischen Nachrichtenübermittlung“ zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt, weil sie sich wegen ihres Ausreiseantrages an die bundesdeutsche Organisation „Hilferuf von Drüben e. V.“ gewandt hatte. Sie berichtete über ihre Haft:

„Während der gesamten Zeit der U-Haft bei der Stasi wurde alle paar Minuten durch den Spion in die Zelle gesehen, auch nachts. Das war das Nervenauflösendste an den Kontrollen, da jedes Mal das Licht angeschaltet wurde. An Einschlafen war nicht zu denken und ich hatte das Gefühl, total zermürbt zu werden ... Drei Monate verbrachte ich auf Hohen-eck und das waren die schlimmsten Monate in meinem Leben. Die Bedingungen in diesem Zuchthaus sind derart katastrophal, dass das Ziel ‚Erziehung‘ wie ein Hohn klingt. In einer Zelle von 32 Quadratmetern wurden zehn Frauen in fünf Doppelstockbetten untergebracht. Für die Zelle standen drei Waschbecken und eine Toilette zur Verfügung. In der uralten, zerfressenen Dielung hielten sich Unmengen von Kakerlaken auf.“

Die Akten belegen heute, dass es zwischen dem Ministerium für Staatssicher-

heit (MfS) und dem des Inneren eine enge Zusammenarbeit gab. Die Staatssicherheit führte dem Innenminister bei der Ausarbeitung seiner Vorschriften zum Strafvollzug die Hand, denn der Leiter der Hauptabteilung VII des MfS war für die „Wahrnehmung der Federführung bei der Gewährleistung der einheitlichen Organisation der politisch-operativen Arbeit im Organ Strafvollzug“ verantwortlich.

Ein Ergebnis dieses „politisch-operativen Zusammenwirkens“ war die am 12. Januar 1981 streng geheim erlassene „1. Grundsatzentscheidung zur Ordnung Nr. 107/77 – Teil A – des Innenministers (Vertrauliche Verschlusssache I 080 125). Strafgefangene konnten in die Kategorie „besonders gefährliche Straftäter“ eingeordnet werden, ohne dass sie davon wussten oder sich dagegen wehren konnten. Das waren Strafgefangene, „die aus einer verfestigten negativen politischen Einstellung gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung“ Straftaten begangen hatten und die dafür eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und mehr erhielten. Diese „besonders gefährlichen Straftäter“ waren „wirksam zur sozialistischen Staatsdisziplin und zum verantwortungsbewussten Verhalten im gesellschaftlichen und persönlichen Leben zu erziehen.“

Reue hat der Mann nie gezeigt

„Erziehung“ bedeutete hier, ein „Aufenthalt in ständig verschlossenen Verwahr-räumen“, die „persönlichen Verbindungen sind streng zu überwachen“ und eine

„Überweisung vom allgemeinen in den erleichterten Vollzug ist nicht vorzusehen“. Weiter wörtlich: „Der Außenarbeits-einsatz dieser Strafgefangenen ... ist nicht statthaft. Sie sind entsprechend den Möglichkeiten vorwiegend zu körperlich schwerer Arbeit einzusetzen.“ Bleibende Gesundheitsschäden durch „körperlich schwere Arbeiten“ wurden nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern bewusst herbeigeführt.

Mielke blieb ein solcher Strafvollzug erspart. Einen Tag nach der deutschen Einheit verlangte er vom einstigen „Klassenfeind“ eine menschliche Behandlung, und er bekam sie auch. Weder Mielke noch Friedrich Dickel mussten sich für den menschenverachtenden Umgang mit Strafgefangenen verantworten.

Zur Verantwortung gezogen wurde Mielke nur für eine vor der Existenz von DDR und Staatssicherheit begangene Missetat, den mit Erich Ziemer am 9. August 1931 begangenen Mord an den Polizeioffizieren Paul Anlauf und Franz Lenck auf dem Bülowplatz in Berlin. Vor 30 Jahren, am 10. Februar 1992, begann die Verhandlung im Landgericht Berlin. Am 26. Oktober 1993 wurde Mielke wegen Mordes zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Ende 1995 konnte er das Gefängnis als freier Mann verlassen. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er gut umsorgt in einem Pflegeheim in Berlin Neuhohenschönhausen. Am 21. Mai 2000 starb Erich Mielke. Reue hat dieser Mann nie gezeigt.

HAYDNS KAISERLIED

Gegenstück zur Marseillaise

„Ich spiele das Lied an jedem Morgen, und oft habe ich Trost und Ergehung daraus genommen in den Tagen der Unruhe. Mir ist herzlich wohl, wenn ich es spiele, und noch eine Weile nachher.“ Der Mann, der diese Worte sprach, war Joseph Haydn, und die von ihm komponierte Melodie, die er zu seiner Freude und Erbauung auf seinem Klavier spielte, wenn ihn Krankheit und Gebrechlichkeit des Alters quälten, war die des Deutschlandliedes. Als Haydn diese Melodie 1796/97 schuf, war der Texter des Deutschlandliedes, August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, noch nicht einmal auf der Welt.

Die Haydn-Melodie war eine Auftragsarbeit für den römisch-deutschen Kaiser Franz II. Nachdem der Nationalkonvent des revolutionären Frankreich 1795 die Marseillaise zum „französischen Nationalgesang“ (chant national) erklärt hatte, wünschte der Habsburger eine sogenannte Volkshymne. Mit dem Text wurde der österreichische Lyriker Lorenz Leopold Haschka betraut. Zwischen dem Oktober 1796 und dem Januar 1797 vertonte Haydn den Text auf Vorschlag des österreichischen Politikers, Kaiserberaters und Grafen Franz Josef von Saurau.

Das Ergebnis der Arbeit von Haschka und Haydn stellte nicht nur eine Entsprechung der Marseillaise als erhabenes Staatssymbol dar, sondern auch einen Gegenpol. Das gilt zum einen für den Text, den Haschka 1796 verfasste. Sein „Gott! erhalte Franz, den Kaiser“, so der Titel seiner Hymne, stellte den Monarchen und die Anhänglichkeit seines Volkes in den Mittelpunkt.

Es gilt aber auch für die Melodie. Wie der Text stellte auch sie einen Kontrapunkt zur Marseillaise dar. Ist die von Claude Joseph Rouget de Lisle komponierte Melodie schmissig und aufwühlend, so ist die Haydn-Hymne getragen und ruhig. In dieser Zeit schuf Haydn sechs Streichquartette, die er dem Grafen Erdödy widmete und die 1799 veröffentlicht wurden. Eines dieser Quartette enthält im zweiten Satz vier Cantus-firmus-Variationen über die Melodie von „Gott! erhalte Franz, den Kaiser“. Sie gaben dem Quartett seinen Namen: Kaiserquartett.

Vor 125 Jahren, am 12. Februar 1797, dem 29. Geburtstag des Kaisers, hatte „Gott erhalte Franz, den Kaiser“ ganz große Premiere. In allen Wiener Theatern wurde die Hymne gesungen, im Burgtheater sogar in Anwesenheit des Herrschers. Letzterer war angetan. Er schenkte Haydn eine Dose mit seinem Bildnis.

Die Melodie von Haydn ist zeitlos. Der Text von Haschka war es nicht. 1826 wurde das sogenannte Kaiserlied offizielle Kaiserhymne des Kaisertums Österreich, allerdings mit einem von unbekannter Hand variierten Text. Im Gegensatz zur Melodie erlebte der Text der Hymne noch manche Veränderung, was auch daran lag, dass der Name des Kaisers sich bis Karl I. dreimal änderte.

1918 war mit dem Kaisertum und damit auch mit der Kaiserhymne Schluss. Inzwischen war die Melodie der Kaiserhymne mit dem Text Hoffmann von Fallerslebens auch im Deutschen Reich populär geworden. So wurde die Haydn-Melodie zu einem verbindenden Element von Deutschen in Österreich und dem Reich. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am späten Abend des 20. Dezember 1954 versammelte sich eine Gruppe von rund zwölf Personen im Wohnzimmer des Hauses von Dorothy Martin in der Cuyler Avenue im Chicagoer Vorort Oak Park und wartete mit zunehmender Spannung darauf, dass die Uhr im Raum Mitternacht schlug. Als dies dann der Fall war, herrschte entsetztes Schweigen. Denn eigentlich hätte die Fliegende Untertasse vom Planeten Clarion allerspätstens jetzt gelandet sein müssen, um die Anwesenden zu retten. Schließlich sollte am 21. Dezember eine verheerende Sintflut über die Vereinigten Staaten, Kanada, Mittelamerika und Europa hereinbrechen und Millionen von Menschen töten. Das wollte die Hausfrau Martin von Sananda, der aktuellen Manifestation von Jesus, erfahren haben – ergänzt um das Versprechen, dass die „Wächter“ vom Clarion rechtzeitig einträfen, um Martin und deren Anhänger auszufliegen, weil es sich bei diesen um „Auserwählte“ handele.

Allerdings waren unter den Wartenden nicht nur fanatische Mitglieder der Weltuntergangssekte The Seekers, sondern auch die Sozialpsychologen Leon Festinger, Stanley Schachter und Henry Riecken. Diese erforschten schon seit Jahren die mentalen Auswirkungen des Nichteintretens von Prophezeiungen auf Gläubige und hatten durch Zufall von dem Kreis um Martin gehört, dem sie sich inkognito anschlossen. Für die drei Wissenschaftler war es natürlich von größtem Interesse, was passierte, nachdem es weder zur angekündigten Apokalypse noch zur Abholung durch ein UFO kam.

Die Katastrophe blieb einfach aus

Um 4 Uhr morgens brach Martin in lautes anhaltendes Weinen aus, das dann aber abrupt wieder endete, weil angeblich eine weitere Nachricht vom Clarion eingetroffen war: „Unsere Gemeinschaft, welche so viel Licht verbreitet, hat Gott dazu bewogen, auf die Zerstörung der Welt zu verzichten.“ Daraufhin reagierte die Anhängerschaft der „Prophetin“ auf zweierlei Weise: Ein Teil der „Suchenden“ verließ die Gruppierung und kehrte verdrossen ins bürgerliche Leben zurück. Die übrigen verdoppelten ihre Anstrengungen, sich als „würdig“ zu erweisen, und starteten eine groß angelegte Kampagne, um weitere Anhänger zu gewinnen. Dieses Ergebnis der verdeckten Beobachtungsstudie veranlasste Festinger, Schachter und Riecken zur Formulierung der Theorie von der Kognitiven Dissonanz, welche das Trio in dem bahnbrechenden Werk „When Prophecy Fails“ (Wenn Prophezeiung fehlschlägt) von 1956 der Fachwelt vorstellte.

Als Kognitive Dissonanz bezeichneten Festinger und dessen Kollegen einen als unangenehm empfundenen Gefühlszustand, der daraus resultiert, dass der Mensch Gedanken, Wahrnehmungen und Wünsche hat, welche irgendwie nicht zusammenpassen. So wie bei den Angehörigen der Chicagoer Sekte, die hinnehmen mussten, dass Martins Vorhersagen falsch waren, aber deswegen trotzdem um keinen Preis als leichtgläubige Tölpel dastehen wollten. Eine Quelle von Kognitiven Dissonanzen ist also das Treffen von eigentlich zu bereuenden Fehlentscheidungen. Ein anderer Auslöser kann die Erkenntnis sein, dass in Angriff genommene Aktivitäten sehr viel anstrengender beziehungsweise unangenehmer ausfallen als ursprünglich angenommen. Oder jemand hat sich extrem für eine Sache ins Zeug gelegt, um dann plötzlich festzustellen, wie wenig das Ergebnis seinen Erwartungen entspricht.

Vielerei Auswege

Hierdurch verursachte dissonante Zustände erschüttern das positive Selbstkonzept eines Menschen, was starke innere Spannungen zur Folge hat, die nach Auflösung drängen. Dabei kommen vor



Und wieder ist alles offen: Menschen reagieren ganz unterschiedlich auf die Erschütterung ihrer bisherigen Wahrheit

Foto: ddp images

PSYCHOLOGIE

Wenn falsche Gewissheiten unverhofft zerplatzen

Das Phänomen der „Kognitiven Dissonanz“ fasziniert Wissenschaftler seit Jahrzehnten. Im Zeitalter der Corona-Pandemie könnte es Millionen von Menschen befallen haben

allem die beiden unterschiedlichen Strategien zum Einsatz, die Festinger und dessen Kollegen schon im Dezember 1954 beobachten konnten. Manche lösen das Problem, indem sie eine neue Sichtweise einnehmen – gleich dem Fuchs, der sein Scheitern beim Erreichen der für ihn viel zu hoch hängenden Trauben dadurch kompensiert, dass er erklärt, die Trauben seien ihm ohnehin zu sauer. Oder wie die „Suchenden“ aus Oak Park, welche das Ausbleiben des angekündigten Weltuntergangs nicht als Blamage, sondern als persönlichen Verdienst werteten und daraufhin weiter hoch erhobenen Hauptes durchs Leben schritten.

Auch als Verkaufstrick genutzt

Die andere Möglichkeit zur Bewältigung einer Kognitiven Dissonanz besteht darin, die Situation, welche zu dem Spannungszustand geführt hat, nicht schönzureden, sondern zu ändern. Das aber erfordert zwei Voraussetzungen: Entsprechende Handlungskompetenzen und genügend Intelligenz, um die alternativen Optionen überhaupt zu erkennen. Beides fehlte Martin möglicherweise, da sie bis zu ihrem Tode im Jahre 1992 als „Botschafterin“ von Sananda auftrat, obwohl sie zwischenzeitlich sogar Probleme mit der Justiz bekam.

Im weiteren Verlauf fand das Konzept der Kognitiven Dissonanz vielfältige praktische Anwendung, darunter auch in der Verkaufspsychologie, welche nach Methoden sucht, um Menschen dazu zu bringen, sich für bestimmte Produkte zu entscheiden. In diesem Zusammenhang wurden die Low-Ball-Taktik und die Foot-in-the-Door-Technik entwickelt. Im ersten Fall geht es darum, „den Ball zunächst flach zu halten“ und ein scheinbar günstiges Angebot zu machen, um erst nach der Kaufentscheidung die Rede auf die eigentli-

chen Kosten zu bringen. Nun springt der Kunde nämlich meist nicht mehr ab, um eine drohende Kognitive Dissonanz zu vermeiden, und sucht nach Gründen dafür, dass er alles richtig gemacht hat. Im zweiten Fall („Fuß in der Tür“) werden nach dem ersten Produkt schrittweise immer neue hierzu passende Zusatzartikel angeboten, welche der Kunde ebenfalls erwirbt, weil er sonst an seiner Anfangsentscheidung zweifeln müsste. Des Weiteren soll der Kunde ein Produkt natürlich auch dann noch positiv bewerten, wenn der tatsächliche Nutzen weit unter den Erwartungen bleibt, was normalerweise zum Bereuen des Kaufes führt.

In Anbetracht all dessen besitzt das psychologische Konzept der Kognitiven Dissonanz eine hohe praktische Relevanz, wenn es um die Akzeptanz von Maßnahmen zur „Eindämmung“ der Corona-Pandemie und die „Immunisierung“ gegen SARS-CoV-2 vermittels Impfung geht.

Das falsche Freiheitsversprechen

So erschienen sowohl die Vakziningaben als auch die Lockdowns, Corona-Regeln, Tätigkeitsverbote und sonstigen Schritte vonseiten der Regierenden zunächst als etwas, das effektiv und in seinen Auswirkungen beherrschbar ist. Denn kaum jemand wagte es, die wahren wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Versuche, die Pandemie in den Griff zu bekommen, zu benennen, was zu einem anfänglich hohen Maß an Akzeptanz führte. Und nun, wo es vielen Menschen doch langsam dämmert, dass sie mit der Duldung der obrigkeitlichen Freiheitseinschränkungen und des „Pikses“, der angeblich die Freiheit zurückbringen soll, wohl einen Fehler begangen haben, ist es zu spät. Jetzt müssen sie den Kopf in den Sand stecken, um keine Kognitive Dissonanz zu erleben. Was aber Konflikte mit jenen he-

raufbeschwört, die anders reagieren. Das gehört zu den Hauptursachen der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft.

Ebenfalls eine Rolle spielte die Foot-in-the-Door-Technik – man könnte hier synonym von Salamatik sprechen. Zunächst hielten sich die Forderungen an die Bürger noch einigermaßen im Rahmen: Alltagsmaske, Abstand, Händewaschen, Kontakte vermeiden. Wer diese zustimmend verinnerlicht hatte, reagierte in der Folgezeit dann jedoch auch deutlich weniger ablehnend auf die ständigen „Nachschärfungen“ bis hin zu dem aktuell ausufernden Regelwerk und der drohenden Impfpflicht, weil jegliche Änderung der Sichtweise gleichermaßen mit einer Kognitiven Dissonanz verbunden gewesen wäre – ausgelöst durch Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung, sich nicht gleich von Anbeginn an gegen die staatlichen Zumutungen gewehrt zu haben. Darüber hinaus wird nun zum Problem, dass der erhoffte Nutzen der Maßnahmen und Impfungen ausbleibt. Die Inzidenzen sind weiter hoch und die Einschränkungen gelten vielfach auch für Geimpfte.

Um jeden Preis recht behalten

Das führt logischerweise zu wachsender Enttäuschung. Und zu Reaktionen, wie sie Festinger, Schachter und Riecken schon 1954 beobachten konnten. Manche der einstigen Befürworter eines strengen Vorgehens, die erkannt haben, dass dieses nicht die versprochenen Effekte zeitigt, gehen jetzt innerlich und äußerlich auf Distanz. Das heißt, sie verändern ihr Verhalten genau wie diejenigen Mitglieder der Weltuntergangssekte, welche dieser desillusioniert den Rücken kehrten.

Andere Maßnahmen- und Impfbefürworter justieren dahingegen ihre Einstellung nach: Auch wenn nach wie vor kein vollkommener „Sieg“ über das Virus er-

rungen worden sei, so hätte die Regierung mit ihrem konsequenten Handeln doch viele Menschenleben gerettet. Auch wenn man trotz einer, zweier oder dreier Impfungen immer noch schwer an Covid-19 erkranken oder gar sterben könne, sei die Wahrscheinlichkeit dafür doch viel geringer und der Nutzen der Spritze somit erwiesen. Auch wenn andere Länder jetzt alle Maßnahmen aufheben und auf jegliche Impfpflicht verzichten, gehe die Bundesrepublik doch den besseren Weg.

Keine Diskussion mit „Renegaten“

Um die Kognitive Dissonanz auf solcherlei Weise aufzuheben, bedarf es zweier Dinge: Zum Ersten müssen alle, deren Argumente sich als störend erweisen, wenn es um die Neuinterpretation der frustrierenden Situation geht, mundtot gemacht oder zumindest vollkommen ignoriert werden. Denn diese lästigen „Schwurbler“ gefährden die Ich-Stabilität derer, welche nicht wahrhaben wollen, dass sie wahrscheinlich aufs falsche Pferd gesetzt haben. So verzichteten die verbliebenen Anhänger von Martin nach der frustrierenden Erfahrung des 21. Dezember 1954 auf jegliche Diskussionen mit den „Renegaten“, die in ihr normales Leben zurückkehrten.

Zum Zweiten ist es hilfreich, wenn eine Leitfigur die Umbewertung initiiert – genau wie die „Prophetin“ Martin das seinerzeit tat. Diese Rolle hat hierzulande der nunmehrige Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach übernommen, der in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche krasse Positionswechsel vollzog, aber dabei stets an der Spitze der Warner vor einer Corona-Apokalypse stand – und das mit einem Sendungsbewusstsein, welches für Psychologen ebenfalls von größtem wissenschaftlichen Interesse sein dürfte.



ALLENSTEIN

Ostpreußens Schönheit in Aquarellen

„Wanderungen durch Ermland“ – Die Malerin Melania Olędzka stellte ihr neues Album vor

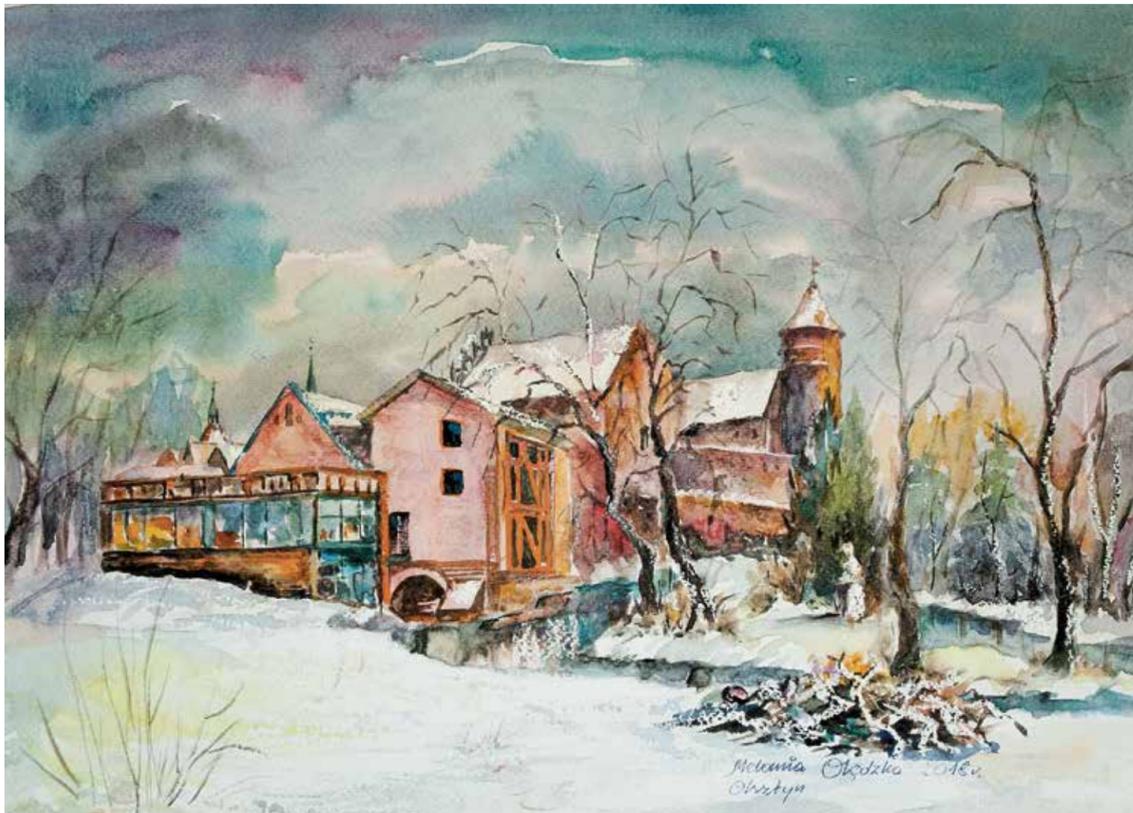
VON DAWID KAZANSKI

Mit ihrem im vergangenen Jahr herausgegebenen Album „Wanderungen durch Ermland“ bietet Melania Olędzka, eine bekannte regionale Malerin, Einblicke in die Schönheit des südlichen Ostpreußen.

Die ausgebildete Künstlerin und Lehrerin widmete ihr ganzes Leben der Malkunst; ihre Werke und Ausstellungen wurden bereits an vielen Orten der Region gezeigt. Ihr künstlerisches Talent nutzte Olędzka auch für die Bedürfnisse behinderter Kinder, mit denen sie in Schulen für Gehörlose arbeitet und eine speziell erarbeitete Kunsttherapie für Rehabilitationszwecke anwandte. Für ihre langjährige Arbeit und besondere Leistungen wurde die Malerin mit unterschiedlichen Preisen ausgezeichnet.

Das Interesse an der reichen Geschichte der Region sowie ihrer Schönheit hat bei der Künstlerin bewirkt, dass sie am häufigsten Themen aufgreift, welche die Natur und vom Menschen beeinflusste Bereiche Allensteins und dessen Umgebung betreffen. Ob Öl-, Pastell- oder Aquarellmalerei – in jeder dieser Maltechniken schafft Olędzka außergewöhnliche Werke. So ist es auch mit dem Album „Wanderungen durch Ermland“, in dem Kunstliebhaber die einzigartigen Darstellungen von Guttstadt, Heilsberg, Wormditt, Wartenburg oder Dietrichswalde bewundern können.

Auf ihren Aquarellbildern, die zum Wandern durch Ostpreußen anregen und durch warme Farben, leichte Pinselstriche und künstlerischen Geschmack sowie Sensibilität hervorstechen, unterstreicht die Malerin die Außergewöhnlichkeit der wunderschönen ostpreußischen Naturwelt, indem sie Wälder, Flüsse oder Seen wiedergibt. Die Inspiration schöpft sie nicht nur aus der Natur, sondern auch aus den von den ostpreußischen Vorfahren erschaffenen Bauwerken. Auf den Seiten ihres Buchs präsentiert sie Darstellungen historischer Kir-



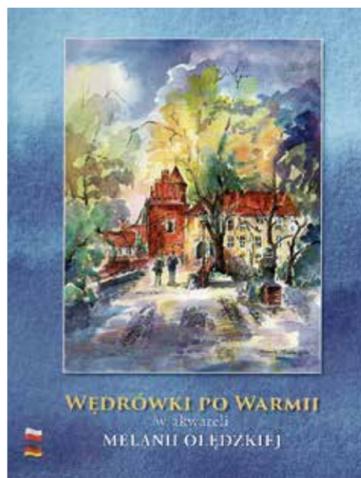
Ein Zeugnis der Vergangenheit: Brauerei Ermland in Allenstein

Foto: D.K.

chen und prächtiger Gebäude weltlicher Architektur.

Schaut man die Albumblätter an, fühlt man sich wie mitgenommen auf eine Reise durch beeindruckende Landschaften, Naturszenarien zu allen Jahreszeiten und man genießt den besonderen Charme der abgebildeten Sehenswürdigkeiten. Die Reise durch das Ermland wird manchmal auch zu einer Zeitreise, denn an ausgewählten Orten greift Olędzka auf die Vergangenheit zurück, sodass der Betrachter auf eine Zusammenstellung von Bildern aus vergangenen Epochen und der Gegenwart stößt.

Die reichhaltige Sammlung von Gemälden wird durch stimmungsvolle Texte begleitet, die das Album in verschiedene



Kapitel gliedern und so die Kunstrezeption erleichtern. Die präsentierten Werke enthalten eine spürbare Aussagekraft. Sie verdeutlichen die jeweiligen Perspektiven, aus denen die Malerin die sie umgebende Region wahrnimmt.

Das Besondere an der vorgestellten Publikation ist die Tatsache, dass die Veröffentlichung zweisprachig – auf Deutsch und Polnisch – herausgegeben wurde, was für Interessierte, die ihre Wurzeln in Ostpreußen haben, aber nun in der Bundesrepublik leben, sicher von Bedeutung ist.

Bestellungen des Buchs „Wanderungen in Ermland“ sind direkt bei der Albumautorin möglich per E-Mail: mtoledzcy@wp.pl

MELDUNGEN

Umfassende Sanierung

Tilsit – In diesem Jahr sollen in Tilsit 24 Mehrfamilienhäuser mit Mitteln des regionalen Sanierungsfonds repariert werden, von denen vier den Status eines Objekts des Kulturerbes haben. An zwei Häusern in der Oberst-Hoffmann-Straße [ul. Szkolnoj, 7] und in der Landwehrstraße [ul. Lu-natscharskogo, 5] werden die Dächer erneuert. Bei dem historischen Gebäude in der Packhofstraße [ul. Gerzyna, 1] sollen das Dach und die Fassade saniert werden. Die Sanierungen sollen auch die Außenbeleuchtung beinhalten. Ein Großprogramm für die Fassadenerneuerung im alten Teil Tilsits hat bereits im Jahr 2020 begonnen. Dafür wurden umgerechnet mehr als zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Bisher wurden bei vielen Häusern die Fassaden gereinigt und in freundlichen Farbtönen angemalt sowie die Ziegeldächer erneuert. Außerdem wurden baufällige Balkone repariert, schmiedeeiserne Gitter gestrichen und die Hauseingangstüren restauriert. MRK

Erhalt einzigartiger Häuser

Kaukehmen – Die Gebietsbehörden haben umgerechnet rund 140.000 Euro für die Sanierung historischer Gebäude in Kaukehmen, Kreis Gerdauen, zur Verfügung gestellt. Wie in Gerdauen bereits geschehen, sollen auch in Kaukehmen leerstehende Häuser wieder bewohnbar gemacht werden. Laut Gouverneur Anton Alichanow sollen die Behörden vor Ort notfalls dazu gezwungen werden, sich um den Erhalt der alten Bausubstanz zu kümmern. Gebäude, deren Eigentümer nicht ermittelt werden können, sollen an den Staat fallen. In dem ehemaligen Kurort leben heute noch etwa 1000 Einwohner. Im Ort sind einzigartige Gebäude aus der Zeit Ende 19./Anfang 20. Jahrhundert erhalten. MRK

TILSIT

Neues Leben in der Tilsiter Actien Brauerei

Neueröffnung unter dem Markennamen „TILSITKRONE“ steht bevor – Umsetzung erfolgte dank eines staatlichen Förderprogramms

Zu den Tilsiter Dominanten zählte zweifellos auch der hochaufragende rote Backsteinturm der Tilsiter Actien Brauerei. Gelegen am Memelufer, sandte er mit seiner markanten Wetterfahne einen Gruß an alle, die mit dem Schiff auf dem Memelstrom oder mit dem Pferdegespann über die Luisenbrücke nach Tilsit kamen.

Baubeginn im Jahr 1827

Im Jahre 1827 errichtete Louis Geiger an der Ragniterstraße, Ecke Fleischerstraße eine Brauerei, die als Vorläufer der Tilsiter Actien Brauerei (TAB) gilt. 1871 erfolgte auf dem 1,5 Hektar großen Firmengelände der Bau einer modernen Brauerei mit Sudhaus, Abfüll- und Reinigungsanlagen für Fässer und Flaschen sowie geräumigen Stallungen. 30 schwere Brauereipferde belieferten die Gaststätten in Tilsit und Umgebung, mehrere Lastautos kamen später dazu. In den 1930er Jahren

wurde die stattliche Menge von 2,2 Millionen Liter Bier pro Jahr erzeugt. 1945 war Schluss mit der TAB. Das Firmengelände

wurde zum Gewerbegebiet. Eine Brotfabrik, eine Bootswerft und ein Baustoffhandel siedelten sich an. Von der Vergan-

genheit kündete nur der Brauereiturm aus gebrannten Backsteinen mit seiner Wetterfahne und den neugotischen Schmuckelementen. Er wurde zwar zum regionalen Kulturerbe erklärt, doch dabei blieb es vorerst.

Vorbereitungen im alten Sudhaus

Doch nun ist neues Leben in die Gemäuer eingezogen. Im Rahmen des „regionalen Programms zur Unterstützung des Unternehmertums“ baut ein junges Team unter der Leitung von Rinat Scharafutdinow die Fabrik TILSITKRONE auf. Im historischen Sudhaus sind alle Vorbereitungen für den baldigen Fertigungsbeginn getroffen. Tankbehälter und Brauereiausrüstung wurden aus heimischer Produktion von einem Betrieb im Ural geliefert. Lieferverträge mit bayerischen Lieferanten sorgen für Hopfen und Malz, Hefe kommt aus Belgien.

Unter dem Logo TILSITKRONE werden mit traditionellen Technologien fermentierte Getränke gebraut, vor allem das in Russland beliebte Kwas, das durch die Gärung aus Brot hergestellt wird und einem dunklen Bier ähnlich ist.

Das Projekt, welches mit einem zinslosen Darlehen gefördert wird, sieht auch die Gestaltung eines „Kwasnaja Platz“ vor. Unter diesem Namen entstehen auf dem Firmengelände ein Freiluftrestaurant, Ladenzeilen und ein Springbrunnen. Sie sind als touristische Attraktion gedacht und warten auf Besucher, für die Betriebsbesichtigungen und Getränkeverkostungen angeboten werden. Eine Ausstellung vermittelt einen Rückblick auf die Zeit, als vor 200 Jahren alles begann. Die Betreiber wollen an die historische Vergangenheit der Tilsiter Braukunst anknüpfen und die Tradition der TAB in die Zukunft führen. Hans Dzieran



Soll wiederbelebt werden: Die ehemalige Tilsiter Actien Brauerei Foto: J. Rosenblum

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Jendrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 14. Februar

Lelewell, Herta, geb. **Preuß**, aus Lyck, Morgenstraße 33, am 13. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Grondowski, Helmut, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Krause, Gerhard, aus Mohrunen, am 14. Februar

Ravn, Elfriede, geb. **Kuczinski**, aus Auglitten, Kreis Lyck und aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 11. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Banz, Heinrich, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 16. Februar

Jestrzowski, Hildegard, aus Lyck, am 12. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gathmann, Elfriede, geb. **Pruß**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Februar

Kleszewski, Erich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Rautenberg, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar
Saathoff, Frieda, geb. **Festerling**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 14. Februar

Stralla, Johann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borowy, Siegfried, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 16. Februar

Dreier, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar

Hellwich, Roland, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

Redmer, Elfriede, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 11. Februar
Springer, Erich, aus Romau, Kreis Wehlau, am 11. Februar

Weiss, Ernst, aus Lötzen, am 13. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ackermann, Gertrud, geb. **Folger**, aus Prägsden, Kreis Mohrunen, am 5. Februar

Baranski, Ingeburg, geb. **Winkler**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 11, am 13. Februar

Fehrle, Hildegard, geb. **Schrubba**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar

Gerlach, Marie-Anne, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Februar

Kieselbach, Erika, geb. **Budzinski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 16. Februar

Lüneberg, Dr. Hartmut, aus Lyck, Yorkstraße 24, am 11. Februar

Melzer, Ruth, geb. **Thierenbach**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. Februar

Olschewski, Walter, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 11. Februar

Ponzelar, Ruth, geb. **Mrohs**, aus Binien, Kreis Lyck, am 12. Februar

Schwiderrek, Kurt, aus Wittlingen, Kreis Lyck, am 17. Februar

Staat, Ernst, aus Wackelsdorf, Kreis Mohrunen, am 6. Februar

Wolgast, Hildegard, geb. **Matschuck**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Beister, Ilse, geb. **Berger**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 11. Februar

Höhn, Gerda, geb. **Ölsner**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 14. Februar

Joneleit, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 37, am 12. Februar

Jorzik, Irmgard, aus Uleschen, Kreis Neidenburg, am 14. Februar

Knapp, Klara, geb. **Bendzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 15. Februar

Sawischlewski, Gertrud, geb. **Bergholz**, aus Skrpien, Kreis Neidenburg, am 14. Februar

Schmidt, Erika, geb. **Liedtke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. Februar

Schwidrich, Urte, aus Herzogswalde, Kreis Mohrunen, am 4. Februar

Wachsmuth, Herta, geb. **Brozio**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 16. Februar

Weigelt, Hildegard, geb. **Wiesner**, aus Treuburg, am 12. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beckmann, Lieselotte, geb. **Potrafke**, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 15. Februar

Burdinski, Heinrich, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 15. Februar

Dannowitz, Inge, aus Sentken, Kreis Lyck, am 13. Februar

Görich, Hedwig, geb. **Dubies**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 17. Februar

Jedamcik, Christel, geb. **Cittrich**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. Februar

Lojewski, Gisela, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. Februar

Luszek, Günter, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 16. Februar

Meson, Helmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Februar

Präkel, Klara, geb. **Wenzlawski**, aus Skudayen, Kreis Neidenburg, am 11. Februar

Rutkowski, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. Februar

Tölke, Ursula, geb. **Kupzik**, aus Quellbruch, Kreis Ebenrode, am 14. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Böttcher-Pannwitz, Hildegard, geb. **Przygodda**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Februar

Bubienko, Hildegard, geb. **Czypull**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 11. Februar

Fabricius, Irmgard, geb. **Kurowski**, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 13. Februar

Günther, Horst, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 11. Februar

Meynert, Erna, geb. **Seidlitz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 16. Februar

Okuniek, Heinz, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. Februar

Riedzewski, Edeltraut, geb. **Nowotsch**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 14. Februar

Sander, Eva, geb. **Heyer**, aus Treuburg, am 16. Februar

Schönfeld, Elfriede, geb. **Druba**, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 13. Februar

Schwarz, Heinz, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 11. Februar

Worgull, Heinz, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 17. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Busgen, Irmgard, geb. **Hahn**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. Februar

Frömel, Erika, geb. **Stramm**, aus Ihlhnicken, Kreis Fischhausen, am 14. Februar

Gronau, Gertrud, geb. **Blümel**, aus Wehlau, am 12. Februar

Hetkamp, Edith, geb. **Wilks**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 12. Februar

Hufnbach, Helene, geb. **Bumann**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 13. Februar

Kudritzki, Gerhard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 17. Februar

Marquardt, Gisela, geb. **Kropeit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Februar

Peise, Hildegard, geb. **Przykopp**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 17. Februar

Rutkowski, Helmut, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 17. Februar

Schulz, Lucie, geb. **Neumann**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 14. Februar

Subkus, Helmut, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 17. Februar

Teller, Günter, aus Wehlau, am 12. Februar

Kulturzentrum Ostpreußen



Noch bis zum 24. April ist im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen die Sonderausstellung „Bedeutende Ostpreußen jüdischen Glaubens“ zu sehen.

Diese Dokumentation im Gedenkjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland präsentiert zahlreiche illustrierte Lebensläufe bekannter Personen jüdischen Glaubens, die aus Ostpreußen stammen oder

dort wirkungsvoll tätig waren. Sie symbolisieren die Bedeutung dieser Bevölkerungsgruppe für die deutsche und europäische Geschichte und Kultur.

Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 12 und 13 bis 17 Uhr (April–September), 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr (Oktober–März).

Tiburczy, Edith, geb. **Raudies**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 17. Februar

Zander, Heinz Gerhard, aus Kobbubude, Kreis Fischhausen, am 11. Februar

Zepik, Paul, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 14. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albat, Ilse, geb. **Demgen**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 14. Februar

Chomantowski, Ursula, geb. **Resenberg**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 17. Februar

Gehrke, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Februar

Kremp, Dr. Werner, aus Ebenrode, am 12. Februar

Purwien, Heinz, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 13. Februar

Scholl, Bruno, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 17. Februar

Skarzynska, Hildegard, geb. **Plaga**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Stahlberg, Elfriede, geb. **Rattay**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 13. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG
Augustin, Horst, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 15. Februar

Babst, Werner, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 15. Februar

Becker, Helga, geb. **Freudmann**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 11. Februar

Briechele, Elfriede, geb. **Döhring**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 15. Februar

Fax, Edeltraut, geb. **Lesser**, aus Lyck, am 13. Februar

Heinze, Ursula, geb. **Dömpke**, aus Wehlau, am 17. Februar

Kendelbacher, Erich, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 16. Februar

Kowalzik, Max, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 12. Februar

Nowicki, Edeltraud, geb. **Stuhrmann**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 13. Februar

Schlechte, Margarete, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 16. Februar

Sendtko, Ulrich, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Schulz, Maria, geb. **Lippke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beutling, Wolfgang, aus Preußwalde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Februar

Breitmeier, Dieter, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 14. Februar

Fischer, Christa, geb. **Kottowski**, aus Lyck, Hindenburgstraße 4, am 14. Februar

Gollnow, Erika, geb. **Froese**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 12. Februar

Pein, Monika, geb. **Noruschat**, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 16. Februar

Schemionek, Ulrich, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 15. Februar

Schmidt, Rita, geb. **Karuhn**, aus Hagenau, Kreis Mohrunen, am 8. Februar

Seelig, Herma, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 11. Februar

Stock, Regina, geb. **Mertsch**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 11. Februar

Willamowius, Karl, aus Pojerstitten, Kreis Fischhausen, am 13. Februar

Zipplies, Dieter, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 14. Februar

Zwengelberg, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 8/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 8/2022 (Erstverkaufstag 25. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 15. Februar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt

23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg

25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)

1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Heilsberg

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

6. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Heimatinachmittag

Bielefeld – Montag, 14. Februar, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: erster Heimatinachmittag der Gruppe der Ost- und Westpreußen Bielefeld bei Kaffee und Kuchen.

Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder, Bekannte und Freunde Ostpreußens. Anfahr mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“, Haltestelle „Bültmannshof“. Es gilt die 2-G Regel.

Bitte Voranmeldung bei Barbara Dörr unter Telefon (0521) 82026, oder bei Gertrud Riede, unter Telefon (05202) 5584.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Preußentag

Kiel – Zu einem diesjährigen Preußentag am 23. Januar konnte der Landesvorsitzende Edmund Ferner rund 30 Teilnehmer im „Haus der Heimat“ in Kiel unter Einhaltung der Coronaregeln begrüßen und verweist dabei auf ein kleines Gastgeschenk: Die Vorsitzende der OG Neumünster, Brigitte Profé

(91 Jahre), eine begnadete Keramikünstlerin, hatte zu diesem Anlass für alle Teilnehmer einen kleinen Elch, sogar mit einem Auge aus Bernstein modelliert, der mit großem Dank entgegengenommen wurde. Leider konnte Profé selbst nicht dabei sein.

Als Vertreter der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) überbrachte der Vorsitzende der OMV Kreisgruppe OH, Manfred Lietzow, die Grüße der Vereinigung und wünschte einen erfolgreichen Preußentag.

Sodann brachte Ferner in Erinnerung, dass das Datum des Preußentages jedes Jahr im Zusammenhang von zwei historischen Ereignissen gewählt wird:

Zum einen wurde am 18. Januar 1701 der Kurfürst Friedrich der III., Preußenherzog von Brandenburg/Preußen mit Zustimmung des deutschen Kaisers aufgrund seiner Souveränität im Königsberger Schloss zum König in Preußen gekrönt. Er nannte sich fortan Friedrich der Erste, König von Preußen. Eine neue Ära brach an, und eine neue Staatsidee wurde geboren.

Zum zweiten wurde der 18. Januar gewählt. 1871 dokumentierte Bismarck die Kontinuität von Preußen mit dem entstehenden Reich. Nach dem Sieg über Frankreich 1870/71 hatten die deutschen Fürsten bewusst die Kaiserproklamation in den Spiegelsaal von Versailles gelegt, um zu zeigen, dass Deutschland eine starke Nation ist, wenn die einzelnen deutschen Staaten in einem Reich zusammengeschlossen sind.

Ferner, auch Landeskulturreferent der LO, ging weiter auf die Geschichte Ostpreußens ein und zitiert aus einer Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Karl Carstens anlässlich des 30. Jahrestages der Verabschiedung der Charta der Heimatvertriebenen:

„Die großen kulturellen Leistungen im deutschen Osten sind unvergänglich. Es ist unsere Aufgabe, sie im Bewusstsein der Menschen lebendig zu halten. Wenn

wir die Erinnerung an diese Leistungen lebendig erhalten, dann hat dies nichts mit Revanchismus zu tun, sondern es ist der Ausdruck geschichtlichen Bewusstseins eines Volkes, das sich mit seiner Vergangenheit identifiziert.“

Mit einem historischen Rückblick auf seine Heimatstadt Königsberg, erinnerte Ferner insbesondere auf die letzten zerstörerischen Kriegstage und Bombennächte und verwies dazu auf Professor Wladimir Gilmanov, der 1955 in Königsberg geboren wurde, Mitglied der Baltischen Föderalen Immanuel-Kant-Universität ist und die Tragödie eine „Apokalypse durch menschliche Hand“ nennt. In einer Ansprache „Zwischen Verzweiflung und Hoffnung“ in Königsberg und auch in seiner Festrede bei der LO Landesgruppe NRW mit dem Titel „Ostpreußens Beitrag zur abendländischen Geistesgeschichte und zum Weltfrieden“ führt er noch mehr solcher Tragödien auf und betont darin „Menschen sind zu solchen Tragödien fähig, unabhängig von Nationalität, Staatsform und ethnischer Zugehörigkeit, so als habe die menschliche Gattung einen unheilvollen Trieb zu Zerstörung und Selbsterstörung.“ Doch Hoffnung ergebe sich aus dem Geiste der Stadt Königsberg, der nicht zerstört werden könne.

Dann ging Ferner auf die Bundestagung der LO in Wuppertal vom 6. bis 7. November 2021 ein, an der er mit dem Vorstandsmitglied H.-A. Eckloff teilgenommen hat, und stellte heraus, dass die LO Schleswig-Holstein die drittstärkste Landesgruppe auf Bundesebene ist. Neben den üblichen Regularien nahm der Vortrag mit Bildmaterial von Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung, die in Berlin am 21. Juli 2021 ihre Dauerausstellung eröffnet hat, über diese Einrichtung einen breiten Raum ein. Ein wichtiges Dokumentationszentrum zur Erinnerungserhaltung der vielen menschlichen Schicksale des Zweiten Weltkrieges.



In Kiel: (v. l.) Hinkelmann, Ferner mit einem Gastgeschenk und sitzend Jochen Gawehns – Vorsitzender der LO OG Fehmarn
 Foto: Hans-A. Eckloff

Der stellvertretende Vorsitzende Dieter Wenskat hielt nun seinen Vortrag zum Thema Glaube und Bekennerkirche. Als beratender Ingenieur hatte Wenskat enge Beziehungen zu Kirchenbauten in Schleswig-Holstein und damit zu Pastoren als deren Bauherr. Sein Thema entstand so durch viele Diskussionen mit den Theologen.

Was ist denn Glauben? Mit dieser Frage stieg Wenskat in das Thema ein und beantwortete sich die Frage: Glauben ist dem Wortsinn nach nicht Wissen oder kann ich glauben, ohne zu wissen, was ich weiß. – Nein, es hat einen tieferen Sinn. Warum haben wir in der Welt so viele Religionen wie das Christentum, Judentum, den Islam, Buddhismus, chinesischen Universalismus und dann die vielen Glaubensrichtungen und Sekten sowie die staatlich verordneten Glauben am Nationalismus oder Kommunismus und so weiter. Er entzündete seine Gedanken immer mehr an dem, was man glauben kann oder sollte oder auch wissen sollte,

doch dann bräuchte er aber nicht mehr glauben, weil er es wisse.

Der Mensch könne ohne Glauben nicht leben, sagte der Pastor aus Sparrieshoop zu Wenskat, dessen guter Freund er ist. Nun wieder die Frage: „Ich weiß es nicht, aber woher weiß ich es?“ So pendelten die Gedanken des Vortragenden hin und her, bis er schließlich einen sichtlichen roten Faden zur Bekennerkirche fand, die keine Widerstandsorganisation seinerzeit gegen den Nationalsozialismus war, aber sie richtete sich gegen die 1933 in Thüringen gegründete Kirchenpartei der Christen, die die Gleichschaltung im Hitler-Staat mit dem Protestantismus umsetzen wollte, und nannte die Namen Dietrich Bonhoeffer, Martin Niemöller, Friedrich Weißler und viele mehr in diesem Zusammenhang, die mit den Widerstandskämpfern gleichzusetzen sind und mit ihren Anhängern 1933 den Pfarrernotbund gegründet haben, aus dem letztlich die Bekennerkirche mit 7000 Pfarrern

hervorging, die letztlich auf der Bekenntnissynode 1934 durch die Barmer Theologischen Erklärung die Spaltung der Kirche mit sich brachte. Mit dem Stuttgarter Schuldbekennnis bekannten sich die evangelischen Christen einer Mitschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus.

Zum Schluss stellte er fest: Glaube ist eine starke innere Überzeugung.

Bis zur Mittagspause trug der Vorsitzende der LO Fehmarn, Jochen Gawehns, in launiger Manier ein paar humorvolle ostpreußische Gedichte und Späßchen wie „Frommer Wunsch“, „Meschkines“, „Der Hanschke“ alle von A. Lau sowie „Großmütter“ und „Männer“ vor.

Mittagspause – Es gab Rinderbraten mit Rotkohl.

Und bis zum nachfolgenden Vortrag wurde noch ausgiebig plachandert.

Fortsetzung auf Seite 17

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Es folgt ein Vortrag von Christoph Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Hier ist er bereits seit 29 Jahren als wissenschaftlicher Berater tätig und damit prädestiniert, uns von der „Faszination der Kurischen Nehrung“ mit einem ausgesuchten historischen Bildmaterial zu begeistern.

Die 98 Kilometer lange und bis zu 4,5 Kilometer breite Landzunge ist auch heute noch eine einmalige Naturlandschaft, auf der 1901 die Vogelwarte Rossitten und erste ornithologische Forschungsstation der Welt eingerichtet wurde, 1923 die erste Segelflugschule entstand und sich die Künstlerkolonie Nidden erschloss.

Mit seinem fundierten Wissen zeigte Hinkelmann mit seinen ersten Bildern die wichtigsten Orte der Nehrung, und mit einem technischen Querschnitt durch die Nehrung im Bereich einer Wanderdüne erklärte er die sich stetig einstellenden Veränderungen in der Landschaft. Im Bereich von Rossitten wiederum, wo der im Untergrund anstehende Kalkmergel bis zur Oberfläche ansteht, bleibt die Landschaft unverändert. Bilder von der Vogelwarte in Rossitten und auch der Grabstätte von dem Begründer der Vogelwarte Johannes Thienemann, die weiterhin gepflegt wird, bekamen wir zu sehen. Wir erfuhren einiges über die Kurenkähne und Kurenwimpel – Kurenkähne sind Fischerboote und auch Lastkähne. Jeder Kahn musste nach einer preußischen Verordnung von 1844 einen Kurenwimpel als ein weit sichtbares Erkennungszeichen haben, wobei die Farbe des Wimpels den Herkunftsort anzeigte. Es gab Bilder vom Krähenfang – eine Eigenart der Bewohner der Nehrung. Nebelkrähen, die hier ihre Zugstraße haben, wurden mit einem Schlagnetz gefangen und mit einem Biss in den Kopf getötet. Sie galt als Delikatesse. Weitere Kapitel seiner Bilder sind die Bernsteinbaggerung, insbesondere im Bereich von Palmnick, sowie Bernsteineinzelstücke mit wundervollen Inklusionen, die Segelflugschule oder Aufnahmen von den tanzenden Kiefern, bei denen unklar ist, wie diese Verdrehungen zustande kommen. Hinkelmann zeigte auch Bilder von

Künstlern, die die Schönheiten der Nehrung eingefangen haben, und von dem Künstlerort Nidden, in dem auch Thomas Mann ein Sommerhaus hatte.

Mit großem Beifall der Teilnehmer und einer kleinen Aufmerksamkeit durch den Vorsitzenden fand der Vortrag von Hinkelmann seine volle Anerkennung.

Durch den Vortrag ergaben sich noch einige Beiträge von den Teilnehmern, und es entstand eine anheimelnde ostpreußische Stimmung, in der sich unser Vorsitzender es nicht nehmen ließ, von Agnes Miegel „Die Frauen von Nidden“ frei, in einer herzergründenden Weise, vorzutragen.

Hans –Albert Eckloff



Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag–Freitag von 8 bis 12 Uhr

Nachruf

Die Kreisgemeinschaft Johannsburg trauert um Eva Klischewski, die am 15. Dezember 2021 in Hamburg verstorben ist.

Am 16. April 1928 in Johannsburg geboren, war sie seit unserer Gründung eine verdienstvolle Mitarbeiterin und bis zuletzt ihrer Heimat verbunden. Nach der Grundschule wechselte Eva auf die Oberschule der Stadt, von wo aus sie mit ihrer ganzen Klasse samt Lehrern während des Krieges ins sächsische Hartha evakuiert wurde. Ihr Klassenkamerad Klaus Beyer sollte später einer der Mitbegründer unserer Kreisgemeinschaft werden, und diese Freundschaft blieb ein Leben lang bestehen.

Die Familie fand sich nach dem Krieg in Kellinghusen zusammen. Evas Berufswunsch war Krankenschwester. Seit der Ausbildung blieb sie dem Hamburger Unfallkrankenhaus Eppendorf treu, bis sie als geachtete und geschätzte Oberin in den Ruhestand trat.

Hamburg war stets ihr Wohnort, von dem aus sie alle ihre Aktivitäten in unserer Kreisgemeinschaft ausführte: In den Anfängen als Beiers „rechte Hand“, versah sie auch bei verschiedensten Treffen den Standdienst. Sie bearbeitete Zugschriften unserer Mitglieder und begann, die verstreuten Johannsburg Graf-York-Oberschüler zu „sammeln“ und später lange Jahre die Treffen der „Ehemaligen“ im Kloster Wennigsen zu organisieren.

Im entstandenen Heimatbrief führte sie laufend das Ortsregister; „Was brachten die Heimatbriefe?“ Ihr Aufruf im Heimatbrief 1992 „Für unsere Nachwelt“ zeugt von ihrem tiefen Wunsch, durch Nachlässe, alte Postkarten, Briefe, Fotos, Urkunden so viel wie möglich aus der Heimat zu bewahren.

Umfangreich war ihr Beitrag zum Bildarchiv sowie ihre Initiative, über die Straßen und Menschen ihrer Heimatstadt Johannsburg zu forschen und so unbewusst den Beginn für den Johannsburg Stadtplan und das Werk „Johannsburg in Ostpreußen“ von Ulf Wöbcke unter ihrer und Werner Schukas Mitarbeit zu schaffen.

Bei den Hauptkreistreffen erlebten wir sie als Sprecherin der Totenehrung zu Beginn der Veranstaltung. Im Kreistag vertrat sie Johannsburg-Land.

Als sich der „Verein ROSCH“ als Vertretung der Deutschen Minderheit in Johannsburg 1991 gegründet hatte, hat Eva sich bei zahlreichen Betreuungsfahrten (zeitweilig 215 bis 375 Familien) eingebracht und dabei viel zur Erhaltung der Verbindung zu unseren Landsleuten und Verständigung in der Bevölkerung beigetragen.

Viele Jahre hat sie in der Heimatbrief-Redaktion mitgearbeitet und den Buchversand übernommen. 2005 wurde sie vom damaligen ersten Vorsitzenden Willi Reck mit großem Dank für ihre unermüdete Mitarbeit verabschiedet.

Schon 1990 hatte sie die Verdienstmedaille in Silber der Landsmannschaft Ostpreußen erhalten und wurde später mit der Ehrenspange mit Urkunde von der Kreisgemeinschaft Johannsburg geehrt.

Wir alle haben ihr viel zu verdanken und werden sie in ehrenvoller Erinnerung behalten.

Eva Klischewski hat sich um die Heimat verdient gemacht.

Sieglinde Falkenstein
Ulf Wöbcke



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de

Stellvertreterin: Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Busreise nach Lötzen + Rhein

Vom 9. bis 16. Juni – Sonderreise für die Kreisgemeinschaft Lötzen, Gruppe Dieter Milewski.

Am Donnerstag, 9. Juni: Anreise nach Posen, Fahrt ab Lehrte (mit Möglichkeit, die PKW auf unserem Betriebshof abzustellen) und ZOB Hannover und weiter mit Zustiegsmöglichkeiten nach Absprache entlang der Autobahn und am Bahnhof Berlin-Schönefeld. Am Nachmittag erreichen Sie Posen, wo Sie im zentral gelegenen „Novotel Centrum“ Ihre Zimmer beziehen. Anschließend unternehmen Sie eine Stadtführung durch Posen. Der zentrale Altmarkt wird geprägt durch das sehenswerte Renaissance-Rathaus, an dessen Uhr jeden Tag um zwölf Uhr die Figuren zweier Ziegenböcke, das Wappen von Posen, erscheinen. Gerahmt wird der Platz von sehr schönen Bürgerhäusern. Der älteste Teil Posens, dessen Entstehung auf etwa das 9. Jahrhundert zurückgeht, ist jedoch die Dominsel mit dem St.-Peter-und-Pauls-Dom, der hier bereits um das Jahr 1000 als romanische Basilika errichtet und im 14. Jahrhundert zu einer gotischen Kirche umgestaltet wurde. Hier befindet sich in der Goldenen Kapelle das Grabmal der ersten Herrscher Polens – Mieszko I. und Boleslaw des Tapferen. Heute ist Posen ein bedeutendes Wirtschaftszentrum, alljährlich finden hier die wichtigsten Messen in Polen statt. Abendessen und Übernachtung in Posen.

Am Freitag steht das Kloster Lichen auf dem Programm und die Ankunft in Lötzen. Nach dem Frühstück Weiterreise nach Osten. Bei Konin verlassen Sie die Autobahn zum Besuch der Klosteranlage in Stary Lichen – auch für Nichtkatholiken ein Erlebnis. Die Basilika in Lichen ist die größte Kirche der Republik Polen und eine der größten Europas. Die Klosteranlage wird jährlich von etwa 1,5 Millionen Pilgern und Touristen besucht und ist nach Tschenschou die wichtigste Pilgerstätte in der Republik Polen. Anschließend geht es weiter Richtung Masuren, am späten Nachmittag können Sie Ihr Quartier für die nächsten fünf Nächte im Lötzen Hotel „Wodnik“ beziehen.

Am Sonnabend, 11. Juni, erfolgt eine Zusammenkunft zur Vorbesprechung der feierlichen Zeremonie der Jubiläums-Konfirmation am morgigen Sonntag in Lötzen. Ansonsten steht Ihnen der Tag für individuelle Unternehmungen in Lötzen und Rhein zur Verfügung. Für den Nachmittag ist ein Treffen mit der Deutschen Minderheit in Lötzen zum Kaffeetrinken geplant. Für alle Teilnehmer aus Rhein, die

an dieser Reise teilnehmen, um an der dortigen Jubiläums-Konfirmation teilzunehmen, fährt der Bus am Vormittag nach Rhein und holt sie am Nachmittag dort wieder ab.

Am Sonntag nehmen Sie an den Gottesdiensten und Feiern zur Jubiläums-Konfirmation in Lötzen und Rhein teil.

Eine Masurenrundfahrt steht für den Montag auf dem Programm. Nach einem Besichtigungsstopp in Rastenburg erreichen Sie Heilige Linde und besuchen die imposante barocke Klosterkirche mit ihrer berühmten Orgel, die Sie in einem Anspiel erleben. Dabei ist das Orgelspiel nicht nur akustisch interessant, sondern aufgrund der vielen beweglichen Figuren an dem großen Instrument auch sehenswert. Am Nachmittag erreichen Sie Nikolaiken mit dem berühmten Stinthenst. Nach einem geführten Ortsrundgang bleibt Freizeit für einen Bummel über die hübsche Seeuferpromenade. Viele Straßencafés laden zur Einkehr ein. Gegen Abend geht es zurück nach Lötzen.

Am Dienstag geht es per Schiff über mehrere masurische Seen, die untereinander durch Kanäle verbunden sind. Dabei führt die Route auch über die größten Seen – den Dargainensee und den Mauersee. Von Angerburg geht es dann per Bus weiter zunächst auf die Jägerhöhe, von dieser Anhöhe aus hat man eine wunderbare Aussicht über die masurische Seenlandschaft. Anschließend statten Sie mit Ihrer Reiseleitung noch Goldap einen Besuch ab, und in Lyck werden Sie am Wasserturm von

den Mitgliedern der Gemeinschaft der Deutschen Minderheit zum Kaffeetrinken erwartet. Dabei geht es immer sehr gemütlich zu, und ein kleiner Bärenfang darf dabei auch nicht fehlen. Gut gelaunt erreichen Sie am späten Nachmittag wieder Ihr Hotel in Lötzen.

Am Mittwoch nehmen Sie Abschied von Lötzen und treten die erste Etappe der Heimreise an. Ein besonderer Höhepunkt erwartet Sie dabei südlich von Elbing. Eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts. Hier überwinden die Schiffe auf der Strecke zwischen Buchwalde und Elbing den Höhenunterschied zwischen dem Ermland und dem Oberland durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge. Danach Weiterfahrt nach Westen zur letzten Zwischenübernachtung in der Nähe von Landsberg an der Warthe. Das Hotel im Ferienörtchen Plugie heißt ebenfalls „Wodnik“ und wird von der deutsch-polnischen Familie Zabel sehr familiär geführt. Es liegt male- risch oberhalb eines Sees.

Nach dem Frühstück am Donnerstag treten Sie die Heimreise an, Ausstieg an den verschiedenen Zustiegsstellen der Hinreise.

Programmänderungen vorbehalten.

Informationen und Reiseanmeldung über die Kreisgemeinschaft Lötzen, Dieter Arno Milewski, Telefon (05424) 4553, E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de oder über Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940, E-Mail: info@Partner-Reisen.com

ANZEIGEN

Wir wollen nicht trauern darüber, dass wir ihn verloren haben, sondern wollen dankbar dafür sein, dass wir ihn gehabt haben.
- Hieronymus -

Manfred-Walter Kautz

* 11. Dezember 1928

† 24. Januar 2022

in Königsberg
Adlig Klarheim

in Bergisch Gladbach



Ein bewegtes Leben ist zu Ende.
In Dankbarkeit und Liebe nehmen wir Abschied.

Susanne Kautz
Traudl Böttcher
und Verwandte

Traueranschrift: Susanne Kautz, Rapunzelweg 19, 51789 Lindlar

Mit vielen schönen Erinnerungen und tiefer Trauer
in unseren Herzen nehmen wir Abschied von



Gerd Lau

* 25. September 1936 in Pr. Rosengart/Westpr.

† 29. Januar 2022 in Tornesch

Wir werden Dich sehr vermissen.
Im Namen aller, die ihn lieb hatten

Birgit und Juri
Torsten
Anni

Die Trauerfeier findet am Dienstag, den 15. Februar 2022,
um 13.00 Uhr in der Friedenskapelle des Tornescher Friedhofs,
Friedensallee statt.

Es gilt die 2 G-Regel mit Nachweispflicht.

Statt freundlich zugedachter Kranz- oder Blumenspenden
bitten wir um eine Spende zugunsten des Kinder-Hospiz
Sternenbrücke, Hamburger Volksbank,
IBAN: DE65 2019 0003 0019 0991 00; Stichwort Gerd Lau.
Kondolenzadresse: Trauerfall G. Lau c/o Hinrich Bestattungen,
Reuterstraße 88a, 25436 Uetersen

Ostpreußisches Landesmuseum

Dienstag, 15. Februar, 14.30 Uhr, regulärer Museumseintritt zusätzlich 1,50 Euro, in der Reihe „Museum erleben“: **Ein Buch verändert die Welt – Kants „Kritik der reinen Vernunft“**, Vortrag mit Tim Kunze.

Kants wichtigstes Werk, die „Kritik der reinen Vernunft“ gilt als so etwas wie die Mona Lisa der Philosophie. Es ist eines der berühmtesten Bücher der Weltgeschichte und prägt bis heute unseren Blick auf unser Denken und Handeln. Was macht Kants Gedanken so umwälzend und so aktuell?

Mittwoch, 16. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt: 5 Euro: **Von Bienen, Wachs und Honig – Zeidler**

und Imker (nicht nur) in Ostpreußen, Vortrag von Museumsdirektor Joachim Mähnert.

Heute sind Bienenwachs und Honig für Jedermann billig und nahezu unbegrenzt zugänglich, in früheren Jahrhunderten waren sie eine wertvolle Kostbarkeit, die nur dem Fleiß der Honigbiene zu

verdanken war. Die Wälder Ostpreußens waren ein Zentrum von Imkern und Zeidlern, und schon in der Hansezeit wurden große Mengen Wachs und Honig exportiert. Mähnert berichtet über das faszinierende Leben und Wirken einer Honigbiene sowie die Kulturgeschichte der Imkerei (nicht nur) im Osten.

Für diese Veranstaltungen gilt voraussichtlich die 2G-Plus-Regel. Geboosterte Personen sind dann von der Testpflicht ausgenommen. FFP2-Masken müssen in den Innenräumen und auch am Sitzplatz getragen werden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-g.de erforderlich.



Imkerschule in Korschen



FLUCHT UND VERTREIBUNG

Hessen geht mit gutem Beispiel voran

Das Bundesland hat den Auftrag zur Einrichtung eines Lehrstuhls zur Erforschung des Themas Vertriebene und Aussiedler erteilt

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Der Hessische Landtag hat bekannt gegeben, dass ein Haushaltsantrag der hessischen Regierungskoalition verabschiedet wurde, in dem die Regierungsparteien sich für die Schaffung eines Lehrstuhls zur Erforschung der Geschichte und Kultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ausgesprochen haben. Der Auftrag für die Schaffung eines solchen Forschungsbereichs wurde mit dem Haushaltsplan 2022 verabschiedet.

Das Land Hessen hebt diesen Themenbereich damit auf eine neue Stufe und trägt der Tatsache Rechnung, dass etwa 30 Prozent der hessischen Bürger über ihre Familien von Flucht und Vertreibung oder Aussiedlung betroffen sind. Da die Zahl der Zeitzeugen immer geringer wird, haben die Politiker offenbar erkannt, dass es höchste Zeit für die Erforschung der Geschichte der Vertriebenen und Spätaussiedler ist.

Höchste Zeit

Dem trägt der aktuelle Koalitionsvertrag Rechnung: „Hessens Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg ist in weiten Teilen auch geprägt von der Leistung der Heimatvertriebenen. Um Kultur und Geschichte der Vertriebenen und Spätaussiedler wissenschaftlich aufzuarbeiten, wollen wir einen Lehrstuhl an einer hessischen Universität einrichten und sie in



Er wird den neuen Lehrstuhl einnehmen: Der Historiker Professor Peter Haslinger

Foto: Goesseln

einer vom Land getragenen Dauerausstellung darstellen.“

An der Justus-Liebig-Universität Gießen soll der Schwerpunktbereich „Historische Erinnerung und kulturelles Erbe – Vertriebene und Spätaussiedler seit 1945“ eingerichtet werden. Die Leitung einer

Arbeitsgruppe aus vier Personen des Fachbereichs soll Peter Haslinger, ein österreichischer Osteuropahistoriker, übernehmen. Das Thema Flucht und Vertreibung ist eines der Spezialgebiete des Professors. Die Forschungen in Gießen sollen in Kooperation mit dem Herder-Institut

für historische Ostmitteleuropafor-schung der Leibniz-Gemeinschaft erfolgen. Von 2022 bis 2026 stellt das Land Hessen jährlich 300.000 Euro zur Verfügung.

Die Universität wird in Zukunft Lehrveranstaltungen und Vorlesungen zur

Thematik anbieten können. „Bislang gibt es im gesamten Bundesgebiet zwar Forschungsaufträge für gewisse Teilgebiete im Kontext von Flucht und Vertreibung, aber keinen Lehrstuhl für die Gesamthematik“, sagte die Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf. „Insofern freue ich mich sehr, dass Hessen hier einen entscheidenden Schritt vorangeht und damit auch einer lang gehegten, wichtigen Forderung der Vertriebenenverbände nachkommt. Ich bin überzeugt, dass durch die Einrichtung des Forschungsbereichs zu Geschichte und Kultur von Vertriebenen und Spätaussiedlern unsere wichtige Arbeit für die Be-

300.000

Euro jährlich stellt die hessische Landesregierung von 2022 bis 2026 für die Erforschung des Themas zur Verfügung

wahrung der Kultur der Vertreibungsgebiete erheblich aufgewertet, unterstützt und bestärkt wird“, so die Landesbeauftragte.

Hessen ist das erste Bundesland, das sich der wissenschaftlichen Aufarbeitung Themen Flucht, Vertreibung und Spätaussiedlung widmet.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Der Stern Europas soll stärker leuchten

Edith-Stein-Gedenken 2022 anlässlich des 100. Jahrestages ihrer Taufe

Es gibt Orte in Breslau, der Geburtsstadt der Philosophin und Frauenrechtlerin Edith Steins, an denen die Erinnerung an sie wachgehalten wird. Dazu gehört die St. Michaeliskirche im Stadtteil Elbing [Olbin], in dem Stein besonders gerne die Frühmessen besuchte. Heute erinnert dort die Edith-Stein-Kapelle mit einem Altar an die Denkerin, den die Erzdiözese Köln gestiftet hat. Dieses Gotteshaus ist nur wenige Meter vom Haus der späteren Karmelitin Theresia Benedikta vom Kreuz entfernt. So wurde Anfang des Jahres dort das Edith-Stein-Jahr eingeläutet.

Vom Papst zur Schutzpatronin Europas ernannt

2022 jährt sich zum 130. Mal der Jahrestag ihrer Geburt und zum 80. Mal der ihres Todes. Vor 100 Jahren wurde die Jüdin katholisch getauft. Sie ist von Papst Johannes Paul II. zur Schutzpatronin Europas ernannt worden.

Ende Januar wurde das Programm des Edith-Stein-Jahres bekannt gegeben. „Wir wollen diese Breslauerin den heutigen Bewohnern näherbringen. Wir möchten damit ihr Werk und ihre Haltung popularisieren und dabei auch zeigen, wie offen unsere Stadt gegenüber ihrer Vergangenheit ist. Wir schätzen unser Erbe und unsere Helden“, sagte Marek Mutor. Er ist Leiter des „Zentrums Erinnerung und Zukunft“ (Ośrodek Pamięć i Przyszłość) das zusammen mit der Breslauer Edith-Stein-Gesellschaft das Gedenkjahr organisiert.

Das Programm des Edith-Stein-Jahres wurde im Sitz der Edith-Stein-Gesellschaft vorgestellt, im sogenannten

Edith-Stein-Haus, in dem die Philosophin seit ihrem 19. Lebensjahr mit ihrer jüdischen Familie lebte. Von dort aus führte sie der Weg unter anderem an die Universität Breslau.

„Hier traf sie die Entscheidung, in Göttingen weiter zu studieren. In dieses Haus kam sie aus Freiburg im Breisgau zurück, nachdem sie die Assistenz bei Professor Edmund Husserl abgesagt hatte. Hier im Salon im ersten Stock führte sie ihre eigenen philosophischen Seminare durch. Und eben auch hier im Hause informierte sie ihre Mutter und die Familie, über die Entscheidung, sich taufen zu lassen und in das Karmelitenkloster in Köln zu gehen, um nicht wieder zurückzukehren“, so der Geistliche und Vorsitzende der Edith-Stein-Gesellschaft, Jerzy Witek. Er ist stolz, die neue Dauerausstellung „Edith Stein. Breslauerin, Philosophin, Heilige und die Patronin Europas“, im Hause präsentieren zu können.

Erinnerung an Auschwitz am 9. August

Der Mitorganisator der Feierlichkeiten Mutor bat, sich den 9. August im Kalender rot anzustreichen. „Am 9. August gedenken wir des tragischen Todes Steins im Vernichtungslager Auschwitz. Wir wollen sowohl hier als auch in Auschwitz daran erinnern. Geplant ist eine Konzertreihe unter dem Titel ‚Der Stern Europas‘, die unter anderem hier im Nationalen Breslauer Musikforum (NFM) stattfinden wird“, berichtet Mutor. In Breslau wird es bereits am 8. August im Hauptbahnhof ein Konzert gegeben. Der Grund: Edith Stein fuhr vor 80 Jahren im Transport nach



Vor dem Rathaus: Ausstellungstafel

Foto: Wagner

Auschwitz noch einmal durch den Breslauer Bahnhof.

Auch in den oberschlesischen Städten Gleiwitz [Gliwice] und Lublinitz [Lubliniec], zu denen Stein eine besondere Beziehung hatte, wird ihrer in Konzerten gedacht. „Edith Stein war sehr musikalisch, im Hause Stein gehörte das Musizieren zum Alltag, im übrigen war es im Bildungsbürgertum Standard, eine musikalische und kulturelle Bildung zu besitzen“, erklärte der Leiter des NFM, Andrzej Kosendiak. Und auch wenn die philosophischen Gedanken Steins nicht jedem verständlich sein mögen, so sollen „durch Musik Emotionen geweckt werden. Kunst ist ein guter Leiter für Emotionen und Symbole“, sagte er.

Internationale Konferenz im Oktober

Um den 12. Oktober wird eine internationale Konferenzwoche durchgeführt. Witek freut sich auf zehn Veranstaltungen in seinem Haus in der ulica Nowowjejska 38. Breslaubesucher können sich im August auf Freilichtausstellungen zu Edith Stein freuen, und im Mai beginnen Stadtführungen auf den Spuren der Philosophin.

Auf www.wroclaw.pl wird ab März eine Veranstaltungsübersicht auch in Deutsch veröffentlicht und ein Wettbewerb zu Edith Steins Gedankenwelt ausgeschrieben. „Und wer eigene Ideen zum Stein-Jahr loswerden möchte, sei dazu eingeladen“, versicherte Mutor.

Diese könne man via E-Mail an sein Zentrum: rokedytstein@zajezdnia.org oder an die Edith-Stein-Gesellschaft: biuro@edytastein.org.pl senden.

Chris W. Wagner

WIRTSCHAFT

Pläne für den Werftstandort Stralsund

Stralsunds Oberbürgermeister Alexander Badrow äußert sich zu aktuellen Zukunftsfragen der MV-Werften

Der bedeutende Werftstandort in der Hansestadt Stralsund ist durch die Insolvenz des Genting-Konzerns arg ins Wanken geraten. Als der malaysische Genting-Konzern noch nicht ganz bankrott war, wollten dessen Bosse die MV-Werften mit den Standorten Wismar, Rostock und Stralsund bereits loswerden. Es war Anfang 2021, als Genting-Oberboss Lim Kok Thay noch das Gegenteil behauptete. Am 10. Januar dieses Jahres meldete die Geschäftsführung der MV-Werften GmbH mit Hauptsitz in Wismar Insolvenz an. Derzeit ist ein Insolvenzverwalter bei den MV-Werften eingesetzt, der bei der Durchsicht von Daten nach eigenen Angaben auf entsprechende Unterlagen gestoßen sein soll. *Pommersche Zeitung*-Autor Peer Schmidt-Walther fragte Stralsunds Oberbürgermeister Alexander Badrow, wie es nun weitergehen soll.

Nach der Insolvenz gibt es Pläne – Stichwort „maritimer Gewerbepark“ – für das Gelände. Wie sehen die im Einzelnen aus?

Die Hansestadt Stralsund verfolgt das Ziel, die Werftflächen zügig zu kaufen – mitsamt Gebäuden und vorhandener Ausrüstung. Die Grundstücke sollen dann im Rahmen eines Gewerbeparks für maritime Industrie verpachtet werden. Dabei setzen wir auf mehrere Investoren, um ein sogenanntes Klumpenrisiko zu vermeiden. Das hat den Vorteil, dass auch die Arbeitsplätze sicherer sind. Gleichzeitig wollen wir an der Energiewende mitwirken und setzen auf die Entwicklung alternativer Antriebe sowie den Bau von Offshore-Anlagen. Auch die ökologische Nutzung der Meere soll in Stralsund eine Rolle spielen.

Das Projekt zielt auf neue Investoren und Besucher. Gibt es dazu Details?

Was Besucher angeht, entscheidet natürlich jedes Unternehmen selbst, wie es sich in der Öffentlichkeit darstellt. Klar ist, die Volkswerft gehört zu Stralsund wie die Kogge zur Hanse. Die Menschen sind stolz auf das, was unsere Schiffbauer hier bisher geleistet haben. Die „Crystal Endeavor“ ist dafür der schönste schwimmende Beweis, der als Botschafter für den Stralsunder Schiffbau inzwischen die Weltmeere bereist.

Welchen Mehrwert sehen Sie bei dem neuen Projekt für Stralsund?

Wir wollen dauerhaft sichere Arbeitsplätze. Deutschland braucht eine moderne Maritim-Industrie als Antwort auf den Klimawandel.

Welche Maßnahmen und damit auch Kosten kämen ungefähr auf Hansestadt und Investoren zu?

Der Preis für die Grundstücke steht noch nicht fest. Gleichzeitig gibt es laufende



Stralsunds OB Alexander Badrow vor der großen Schiffbauhalle der MV-Werften

Kosten für die Instandsetzung des Geländes. Beides soll durch die Mieten und Pachten abgedeckt werden. Was die Investoren angeht, so sind zwar die Fertigungsanlagen für Schiffe vorhanden, dennoch muss die Ausstattung auf die jeweiligen Bedarfe angepasst werden, was für den Einzelnen natürlich individuelle Kosten verursacht. Je nach Geschäftsmodell lassen sich hier aber sicher verschiedene Fördermittel akquirieren. Bund und Land haben bereits signalisiert, dass zur gewollten Transformation Deutschlands passende Projekte Unterstützung erhalten können.

Inwieweit wäre ein Erhalt des Werftbetriebs in diesem Rahmen möglich, zum Beispiel im Reparaturssektor?

Mit dem Kauf der Werftflächen wird es auch einen ersten größeren Mieter geben. Dieser setzt auf Schiffsreparaturen, für die auf dem Gelände ja schon alles vorhanden ist. Gleichzeitig hat dieses Unternehmen viel Erfahrung im Bereich Offshore. Darüber hinaus können perspektivisch auch Schiffsantriebe umgerüstet werden. Ich kann mir auch Kooperationen und erweiterte Projekte mit dem benachbarten Unternehmen Ostseestahl vorstellen, das ja schon seit Jahren mit innovativen Produkten erfolgreich ist.

Die Maersk-eigene Werft im dänischen Odense ist inzwischen zu einem sehr erfolgreichen maritimen Gewerbepark umgewandelt worden. Haben Sie sich dort schon informiert?

Ja. Von diesem Beispiel können wir sicher einiges lernen. Ich werde mir das auch unbedingt noch einmal persönlich anschauen.



„MS Crystal Endeavor“ beim Auslaufen am 10. Juli 2021 Fotos (2): Schmidt-Walther

Was wird aus den bereits gelieferten Modulen für den ursprünglichen geplanten zweiten „Crystal“-Neubau? Werden die Zulieferer entschädigt?

Das ist die Aufgabe des gerichtlich eingesetzten Insolvenzverwalters.

Ihr persönlicher Kommentar zur Krise bei MV-Werften: Ist noch eine Zukunft mit Genting in anderen Bereichen möglich?

Was oft zu kurz kommt: Genting hat in Mecklenburg-Vorpommern zirka zwei Milliarden Euro investiert. Und war bis zum Ausbruch der Pandemie sehr erfolgreich. Corona hat nahezu alle Geschäftszweige des Konzerns weltweit stark getroffen. Aber ich bin mir sicher, dass die Sehnsucht nach dem Meer die Menschen wieder reisen lässt und Kreuzfahrten eine

Zukunft haben. Andere Branchen sind klare Krisengewinner, im Containerbereich zum Beispiel haben sich die Preise verzehnfacht. So etwas werden wir auch in anderen maritimen Branchen sehen. Kein privates Unternehmen kann derart massive Schwankungen ausgleichen. Da braucht es kluge politische Entscheidungen, um die Wellen zu glätten, um langfristig erfolgreich zu sein. Andere Länder sind da schon etwas weiter.

Vielen Dank für das Gespräch!

● Das Interview führte das Pressebüro PSW am Sund. Dr. rer. nat. Peer Schmidt-Walther ist Schifffahrts- und Reisejournalist (DJV, CTOUR), Presseoffizier (Kapitänleutnant d.R.), Buch- und Filmautor sowie FH-Dozent für Seetouristik in Stralsund

SPURENSUCHE

Wir sollten nicht wissen, dass es sie gab

Eine Aufarbeitung der Geschichte im Pommerschen Landesmuseum

Am 12./13. Februar 1940 wurden 1120 Juden aus dem Regierungsbezirk Stettin verhaftet und in das vom Dritten Reich besetzte Generalgouvernement deportiert. Im Pommerschen Landesmuseum gehen die beiden Stettiner Künstlerinnen Natalia Szostak und Weronika Fibich den Spuren einiger von ihnen nach.

Auf diese Weise finden die Künstlerinnen einen persönlichen Zugang zu dieser ersten Deportation deutscher Juden aus dem sogenannten Altreich in ein besetztes Gebiet. Die Historikerin Hannah Arendt sah darin ein „Experiment“ im Hinblick auf den Ablauf weiterer Deportationen, die das nationalsozialistische Regime in den Folgejahren in nahezu ganz Europa durchführte.

Die künstlerische Intervention geht diesem Denkansatz nach und basiert auf Archivmaterialien und Forschungsergebnissen. Das Fundament bildet dabei die Aufnahme vorgefundener Zeichen, aus denen sich das damalige Geschehen ablesen lässt. Neben dem Sammeln von Artefakten und der Schaffung eines multimedialen Registers steht der Versuch einer individuellen Form der Erinnerungspraxis (durch Abschreiben, Verlesen, Folgen einer Route) im Fokus.

Am 12. Februar 2021, 81 Jahre nach der Deportation, machten sich die beiden Künstlerinnen auf die Reise. Natalia Szostak fasst ihre Eindrücke in diese Worte: „Begleitet hat uns auf dem Weg gen Süd-

osten der Nachhall der in einem Brief der Deportierten gelesenen Worte: Sie und unsere alten Freunde sind nicht mehr am alten Ort.“

In Stettin und Głusk habe sich seit 1940 vieles verändert: „Unter ihrer alten Adresse gibt es kein Mietshaus mehr. Es bleibt auch keine Leere. Der freigewordene Raum füllt sich schnell wieder. Er trägt mit beliebigem Inhalt. Ein Name anstelle eines Namens, ein Gesicht anstelle eines Gesichts. Tarnung. Wir sollten nicht wissen, dass Käte und Martin getötet wurden. Wir sollten nicht wissen, dass es sie gab.“ Die Ausstellung läuft in Kooperation mit der Kulturreferentin für Pommern



Experiment in Catastrophe Szostak/Fibich
POMMERSCHES LANDESMUSEUM GRIEFSWALD

und Ostbrandenburg, dem Teatr Kana und der Akademia Sztuki w Szczecinie im Rahmen des Festjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“.

Eröffnung am 12. Februar

Bei der Eröffnung am 12. Februar geben die beiden Künstlerinnen Szostak und Fibich geben beim Gang durch die Ausstellung von 11 bis 12 Uhr Einblicke in ihre künstlerische Intervention und ihre Erfahrungen von der Reise auf den Spuren der Deportierten. Die Veranstaltung wird gedolmetscht. Die Personenzahl ist begrenzt.

Am Donnerstag, den 21. April, moderiert Magdalena Gebala ab 18 Uhr eine Podiumsdiskussion mit Szostak, Fibich und Eryk Krasucki, die eine Kooperation mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa und der Kulturreferentin für Pommern und Ostbrandenburg ist.

● **Pommersches Landesmuseum**, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald, geöffnet von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr und ab November bis April von 10 bis 17 Uhr. Bitte informieren Sie sich vor dem Besuch über die jeweils geltenden Regeln. Aktuell gilt 2G+: Zutritt nur für Geimpfte oder Genesene mit zusätzlichem negativem Schnelltest. Personen mit Boosterimpfung sind von der Testpflicht befreit. Internet: www.pommersches-landesmuseum.de

KINDERFREUDE

Fastnacht in Pommern

Die Hüppel wurden eifrig bestückt

Dass diesem Dienstag, der zunächst den gleichen Lauf aller Februartage nahm, eine besondere Bedeutung zukam, wurde bald offenbar. Überall in der Stadt lag der warme Duft frischen Kuchens über den Bäckereien, deren Schaufenster und Läden angefüllt waren mit leckeren Pfannkuchen und den eben nur um diese Zeit auftauchenden Brezeln. Die Schulkinder, die um 12 Uhr dem geöffneten Schultor enteilt, hatten es heute besonders eilig, aus ihren Augen lachte der helle Glanz der Vorfreude, und hurtig verschwanden sie in ihren elterlichen Wohnungen.

Aber es währte nicht lange, da belebten sie von neuem die Straßen, die sonst um diese Zeit leer und still zu sein pflegten. Einzeln, zu zweien oder auch in kleinen Gruppen begannen sie, verkleidet und mit Larven versehen, ihre Wanderung von Haus zu Haus, von Tür zu Tür und sagten den Erwachsenen die Sprüchelein her, die diesen aus ihrer Jugendzeit noch meistens selbst im Gedächtnis hafteten. Da plapperte der Kindermund dann: „Fastlohm, Fastlohm uppe wite Schimmel, we mi wat gifft, de kümmt in'n Himmel; we mi nisch gifft, de kümmt in't Höll, da gifft't wat mit de Düwelskell!“

Oder: „Hüppel di Püppel, die Wurst hat zwei Zippel, der Speck hat vier Ecken, der soll uns gut schmecken!“

Und die Angesprochenen wussten auch ohne die Hinweise der Heischsprü-

che, was Brauch war, und steckten auf die ihnen entgegengestreckten Hüppel, die entrindeten Zweiggabeln, eine Fastnachtsbrezel oder drückten in die Kinderhand ein Ei oder ein paar Pfennige. Mit dem Erfolg wuchs die Freude der Kinder, aber auch der Trubel und das Lärmen auf den Straßen.

Hier umringte eine Schar eine besonders schöne Maske und versuchte gewaltlos, den Träger zu entlarven, dort bemühte sich ein Trupp, dem anderen den Rang abzulaufen, und stob polternd und lärmend davon. Unaufhörlich ertönten die Ladenklingeln der Bäcker, Fleischer und Kaufleute, und die Hüppel der Kinder füllten sich mit Speckstückchen, Würstzipfeln, Pfannkuchen und Fastnachtsbrezeln. Ja, das war ein Nachmittag voller schönster Kinderfreuden, nur schade, dass er so schnell verflog, dass die Dämmerung die Stadt so bald einhüllte; der munteren Gesellschaft wegen hätte der Spaß ruhig noch ein Weilchen andauern können.

Gefunden in einer alten Veröffentlichung von Alfred Lucht * 1898 in Stralsund, † 1961, Heimatschriftsteller und Lehrer

● Im westlichen Teil Pommerns aß man am Fastlabend Heißwecken, „Heitwecken in Melk“, die wurden von den Hausfrauen gebacken. Hier sammelten die Kinder ihre Gaben in einer Kiepe ein. B.S.

„Wir wundern uns, wenn die Natur zurückschlägt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die PAZ sollte Pflichtlesestoff werden“

Stefanie Riedl, Eilenburg



Ausgabe Nr. 4

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

GESCHICHTS- UND LEBENSLÜGEN

ZU: GENOSSE. PREUSSE. STAATSMANN (NR. 4)

Es ist wohl die bemerkenswerteste Feststellung im Artikel über das Wirken Otto Brauns, dass zwar „der von den kaiserlichen Beamten getragene Staatsapparat dem autoritären Angriff auf die Demokratie widerstand“ (Kapp-Putsch), der von ihm inzwischen installierte „sozialdemokratische Beamtenapparat jedoch binnen kurzer Zeit den Kräften der Diktatur unterlag“ (1933).

Ein scharf beobachtender Zeitgenosse Brauns hatte zum Staatsstreich 1918/19 sinngemäß angemerkt, dass die Parteien sich nunmehr den Staat zur Beute gemacht hätten. Vermutlich hat das Braun nicht so gesehen.

Spätestens für uns nachgeborenen Beobachter müsste doch deutlich werden, dass die größtenteils sicher adlige Führungsstruktur der Verwaltung Preußens und des Deutschen Reiches offenkundig staatstragender und loyaler war als alles, was später unter demokratischem Mantel in Deutschland errichtet und den Bürgern eingetrichtert wurde. Wer kennt nicht den Spruch, die Demokratie hätte zwar ihre Schwächen, aber es hätte noch nichts Besseres gegeben? Wirklich nicht?

Sind wir lernfähig? Hat sich vor unseren Augen nicht Ähnliches wiederholt beziehungsweise läuft noch seiner totalitären Vollendung entgegen? Und Millionen Demokraten in allen Bereichen des Staatswesens laufen und treiben sogar mit? Was der Autor im Artikel so treffend markiert, führt er allerdings nicht weiter aus. Denn das Grundübel liegt offenkundig im kurzfristigen, wenn nicht sogar materialistischen Denken aller mehr oder weniger wesentlichen Beteiligten.

Hier und heute gibt es wieder Politiker und eine führende Beamtenchaft/Verwaltung, die vor allem an Wiederwahl und an die Pfründe nach der Amtszeit denken. Auf preußischer beziehungsweise Reichsseite standen noch die monarchischen Führer und eine Verwaltung, die aus innerer Überzeugung zu ihrer parlamentari-

schen Monarchie im jeweiligen Bundesstaat und dem Deutschen Reich eintraten.

Was ist, wenn wir die heutigen Möglichkeiten, die gesetzlich verbürgten bürgerlichen Freiheiten wahrzunehmen, mit denen vor 1918 vergleichen? Oh weh, wie erbärmlich alt sieht doch unsere, ach so demokratische Republik dagegen aus! Da war nicht mal im schlimmsten Kriege so viel verboten wie heute im tiefsten Frieden. Und keine Kirche war geschlossen, weder bei spanischer noch sonstiger Seuche. Die Geschichtslügen bröckeln – dahinter auch unsre Lebenslügen?

Hans Püschel, Krauschwitz

BEREICHERUNG AUS RUSSLAND

ZU: RÜCKGRIFF AUF BEWÄHRTES (NR. 4)

Vielen Dank für Ihre Besprechung des Buches über Putin. Wir müssen mit Russland freundschaftlich verbunden zurecht kommen, denn es ist unverzichtbarer Teil unseres wertvollen europäischen Erbes. Wir haben Tolstoi und Puschkin gelesen, Tschaikowskis Klavierkonzert und anderes unzählige Male gehört, und Spitzenpianisten wie Emil Gilels und Swjatoslaw Richter haben unser ganzes Leben bereichert. Politiker, die dies nicht sehen – ich wäge meine Worte – sind halbgebildet.

Arthur Schanz, Overijse/Belgien

WIR MENSCHEN SPIELEN GOTT

ZU: DAS SCHWEIN WIRD ERSATZTEILLAGER FÜR DEN MENSCHEN (NR. 4)

Der Auffassung des Verfassers „Zehntausende von Menschen sterben jedes Jahr, weil es an Spenderorganen fehlt“ möchte ich vehement widersprechen. Das stimmt so nicht. Diese Menschen sterben an ihrer Krankheit. Kein Mensch ist Ersatzteillager für andere Menschen, so traurig und tragisch die Einzelschicksale erkrankter Menschen auch sein mögen.

Dieses verpflanzte Schweineherz wurde zudem auch noch genetisch manipu-

liert – wir Menschen spielen „Gott“ und wundern uns, wenn die Natur zurückschlägt? Kerstin Kermas, Turnow-Preilack

EINFACH NUR CHAOS

ZU: AUF MORGENTHAUS PFADEN (NR. 3)

Dieser Artikel zeigt klar und deutlich den derzeitigen Stand Deutschlands in einer Abwärtsbewegung und Deindustrialisierung, Verarmung im Gegensatz zum heuchlerischen Zeitgeist, mit einer linksgrünen, ideologisch geprägten Regierung. Es erscheint doch schizophren, wenn wir immer mehr Energie benötigen und gleichzeitig die Quellen, die dieses erzeugen – Atom, Kohle, Gas – stilllegen, ohne Bedrängnis, etwa so, als ob man den Ast absägt, auf dem man sitzt. Eine gesicherte Versorgung ist zumindest derzeit nur mit Sonnen- und Windstromerzeugung in Kombination mit konventionellen Kraftwerken beziehungsweise Langzeit-Stromspeichern möglich, wobei vergessen wird, dass die Fernwärmeversorgung über die kommunalen Heizkraftwerke läuft.

Leider hat vor Jahren die Merkelsche Regierung den Störfall von Fukushima (2011) zum Anlass genommen, sich von der sauberen Energie abzuwenden (auch in der Forschung), obwohl die deutschen Atomkraftwerke die sichersten der Welt waren und nun mit Thorium-Flüssigsalzreaktoren eine perfekte Technologie vorhanden ist. Doch die deutsche Politik verschließt die Augen, und letztlich gibt es überall (auch im Leben) ein Restrisiko.

Vielleicht noch zur Klimahysterie bemerkt: Außer Deutschland verdrängt kein Land seine Industrie und Wirtschaft aus dem Land und dies nur, weil sie nicht „klimaneutral“ sind. Dazu kommt, dass Corona der Wirtschaft schon zirka 350 Milliarden Verlust eingebracht hat.

Alles in allem keine positive Aussicht. Selbst bei der Pandemie gibt es nur ein wildes Umsichschlagen, ohne konkrete Vorstellungen, steigende Infektionszahlen, zu wenige PCR-Tests, nicht genügend Impfstoff, nicht genügend Masken, keine

ergebnisoffene Nachverfolgung. Einfach nur Chaos bei der derzeitigen Regierung.

Günter Algner, Berlin

WARNUNG VOR WEIMAR 2.0

ZU: STAATSVERSAGEN, EIN REGIERUNGSWECHSEL UND UNÜBERWINDBARE GRÄBEN (NR. 52)

Je länger die Pandemie andauert, umso gewaltbereiter wird die Szene, die offensichtlich immer größer wird. In der Tat kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass auch eine gehörige Portion Willkür das Leitmotiv der Politik für diese stark einschränkenden Maßnahmen ist.

Die Pandemie hat bislang gewaltige Spuren hinterlassen. Existenzen wurden vernichtet oder Menschen an den Rand ihrer Existenz gebracht. So mancher aufgestaute Unmut gegenüber der Politik wird nun bei den Corona-Protesten sichtbar. Rechtsextremen, Reichsbürgern und Selbstverwaltern gelingt es dabei zunehmend, in die bürgerliche Mitte vorzudringen. Die Menge der Demonstranten ist so heterogen, dass kleine Kinder mittlerweile sogar auf unverantwortliche Weise als Schutzschilder gegenüber der Polizei missbraucht werden. Der Protest vermischte sich und das Gewaltpotenzial steigt kontinuierlich. Das Misstrauen gegenüber Politik und Medien wächst in einem besorgniserregenden Ausmaß, wie ich es selbst bisher noch nicht erlebt habe.

Das müsste für die Politik eigentlich ein Alarmsignal sein. Es mag angesichts des Politik- und Medienversagens in dieser Krise vielleicht Gründe für Enttäuschungen geben. Es gibt aber keine Entschuldigung für Gewalt, Hass und Hetze.

Der Jahresbeginn wäre die Gelegenheit gewesen, wieder aufeinander zuzugehen und zu versuchen, für die Positionen der Gegenseite mehr Verständnis aufzubringen. Doch das Gegenteil ist der Fall. So steuern wir schnurgerade in die Weimarer Republik 2.0. Diejenigen, die vor einer solchen Entwicklung warnen, werden von beiden Seiten leider nicht mehr gehört. Alfred Kastner, Weiden

ANZEIGE

Wo Ihre Wertsachen gut aufgehoben sind

■ Wohin mit den Ersparnissen in diesen Zeiten? In Sachwerte investieren? Eine gute Idee. Aber wie finde ich die seriösesten Händler und wo kann ich die Wertsachen sicher aufbewahren? Dieser neue Ratgeber gibt Ihnen wertvolle Tipps.

Die Bedrohung durch Inflation, Strafszinsen und Währungskatastrophen

Die Inflation explodiert. Und immer mehr Banken berechnen ihren Kunden Strafszinsen für Kontoguthaben. Wobei die Grenze, ab der dieses »Verwahrentgelt« berechnet wird, immer weiter sinkt. Wer das nicht akzeptiert, dem drohen Banken schon mal dreist mit der Kontokündigung.

Sachwerte: Was kaufen? Wo und wie lagern?

Immer mehr Sparer und Anleger investieren daher in inflationsgeschützte Sachwerte – vor allem in Edelmetalle, Edelsteine, Schmuck und Uhren. Doch wohin mit den kostbaren Stücken? Selbst der widerstandsfähigste Tresor bei Ihnen zu Hause schützt Ihre Schätze nicht, wenn brutale Einbrecher Sie mit der Waffe bedrohen und zum Öffnen des Panzerschranks zwingen.

Das praxiserprobte Sicherheitskonzept für Ihre Wertsachen

Bleibt als Alternative ein Wertschließfach bei Ihrer Bank. Doch seit die Geldinstitute aus Kostengründen eine Filiale nach der anderen schließen, werden die Wertschließ-

fächer knapp. Viele Banken führen bereits lange Wartelisten. Zudem haben sie einen weiteren großen Nachteil.

Die schlimmsten Fehler vermeiden

Der Ausweg: bankenunabhängige Wertschließfächer – gut geschützt und bestens versichert.

Alles, was Sie wissen müssen, um Ihre Wertsachen optimal aufzubewahren, verrät Ihnen der Wirtschaftsjournalist Michael Brückner in dieser Neuerscheinung.

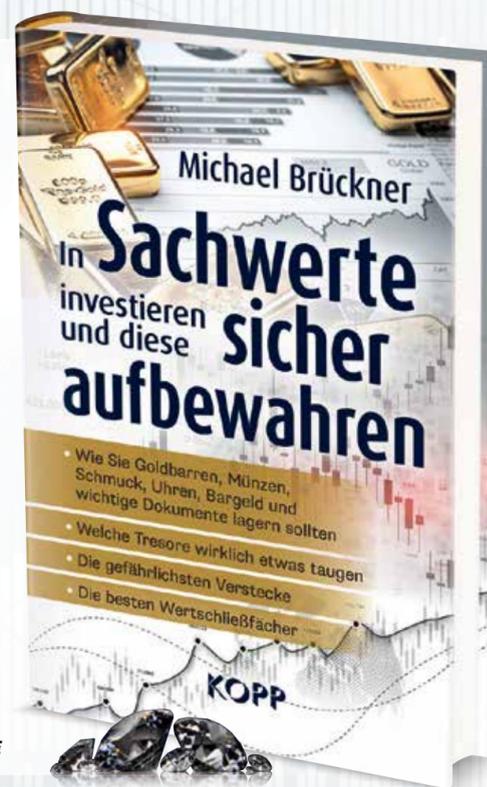
Erfahren Sie in diesem praxisnahen und aktuellen Ratgeber:

- Wie Sie Wertsachen, Dokumente, Bargeld und Schmuck sicher aufbewahren
- Welche Verstecke die größten Risiken bergen
- Was Tresore wirklich taugen
- Welche Alternativen es für Bankschließfächer gibt

Gehen Sie auf Nummer sicher und profitieren Sie von diesem praxiserprobten Sicherheitskonzept.

Michael Brückner: In Sachwerte investieren und diese sicher aufbewahren • gebunden • 159 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 985 400 • 14,99 €

Damit Sie in Ruhe schlafen können!



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

DUISBURG

Am westlichen Ende der Seidenstraße

Im größten Binnenhafen Europas endet die direkte Eisenbahnverbindung mit China – 60 Züge im Jahr werden hier abgefertigt

VON ANDREAS RÜDIG

Der Duisburger Hafen gilt nach den Worten seiner Betreiber-gesellschaft „duisport – Duisburger Hafen AG“ als Pionier im Schienenverkehr zwischen Asien und Europa. Die erste regelmäßige Zugverbindung zwischen der chinesischen Metropole Chongqing und Duisburg gibt es seit dem Jahre 2012; im Jahre 2014 kam der Yuxinou-Zug als erste direkte und dauerhafte Zugverbindung zwischen Deutschland und dem Reich der Mitte hinzu.

Vor Corona verkehrten 35 bis 40 Züge wöchentlich zwischen Duisburg und verschiedenen Zielen in China. Die Corona-bedingten Einschränkungen (wie beispielsweise die Abriegelung einzelner Provinzen in China) führten zu einem kurzzeitigen Rückgang im Eisenbahnverkehr, der sich seit April 2020 aber wieder auf 60 Züge im Jahr deutlich belebt hat.

Ein sichtbares Zeichen dafür: Die China Railway Container Transport Europe Logistics GmbH hat ihre offizielle europäische Niederlassung in Duisburg eröffnet. Duisburg ist Logistikstandort. Güter und Waren, die hier eintreffen, können nicht nur in das Hinterland verteilt, sondern auch bequem per Flugzeug und Schiff weitergeschickt werden.

Man kann zu China stehen, wie man möchte – der Hafen ist auch dank der ostasiatischen Volksrepublik zu einem Standortvorteil, Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber geworden. Und mit diesem expandierenden Pfund wuchert auch die Stadt Duisburg.

Seit dem Jahre 1905 zu Duisburg gehörend, liegt Ruhrort an der Mündung der Ruhr in den Rhein. Das sind ideale Voraussetzungen für den Duisburger Hafen. Seine Geschichte reicht bis in das Jahr 1715 zurück. Damals fasste der Magistrat von Ruhrort den Beschluss, ein Hafenbecken zu bauen. Die dazugehörigen Bau-maßnahmen begannen noch im Herbst desselben Jahres.

Sitz von 120 chinesischen Firmen

Mit einer Gesamtfläche von zehn Quadratkilometern ist der Duisburger Hafen, der entscheidend erweitert wurde, als er zur preußischen Rheinprovinz zählte, der größte Binnenhafen der Welt. 131 Millionen Tonnen Güter pro Jahr wurden hier



Groß geworden in Zeiten, als sie zur preußischen Rheinprovinz gehörten: Die Duisburg-Ruhrorter Häfen

zuletzt bewegt. Mehr als 20.000 Schiffe (2000 davon flussgängig) und 25.000 Züge steuern den Hafen jährlich an. Ihre Reichweite reicht vom Ruhrgebiet und Ostwestfalen bis zu den Häfen Europas und Asiens. Die Logistik ist also ein Wirtschaftsfaktor für den örtlichen Wirtschaftsstandort. Davon kann sich der Besucher im Rahmen von Hafenrundfahrten inzwischen ein eigenes Bild machen.

Und er kann beobachten, wie trotz der relativ kurzen Corona-Flaute emsig Container im Hafen umgeschlagen werden. Denn Duisburg profitiert davon, seit 2012 an die „Neue Seidenstraße“ angeschlossen zu sein. Die Zugverbindung von Duisburg in die chinesische Metropole Chongqing mit ihren 32 Millionen Einwohnern ist über 11.000 Kilometer lang.

Duisburg sieht sich als Eingangstor für chinesische Unternehmen, die im Ruhrgebiet investieren möchten. Schon 120 Firmen aus China haben hier ihre Adresse. Doch auch für deutsche Firmen ist der ostasiatische Markt zunehmend inte-

ressant. Deutsche Produkte stehen für beste Qualität und lange Haltbarkeit. Das ist auch in China bekannt, weshalb die Nachfrage dort nach Produkten aus Deutschland in den vergangenen Jahren stark steigend verlief.

Symbiose mit der Kultur

Mit Haniel kann Ruhrort ein Traditionsbetrieb vorweisen. Im Jahre 1759 von Franz Haniel gegründet, befindet sich das Unternehmen auch heute noch fest im Familienbesitz. Das Recycling und der Handel mit Rohstoffen für die Edelstahlindustrie gehört genauso zum Portfolio wie Fischverarbeitungssysteme oder die Vermietung und der Verkauf von Berufs-bekleidung sowie Waschraumhygiene, um nur einen kleinen Einblick in die Firmenaktivitäten zu bieten. Mit dem Franz-Haniel-Museum stellt das Unternehmen seine eigene Geschichte aus. Es ist im ältesten Gebäude Ruhrorts, dem ehemaligen Wohnhaus und Gründerhaus des Unternehmens Haniel, untergebracht.

Abseits der Wirtschaft ist die Kultur inzwischen zum zweiten Standbein des Stadtteils Ruhrort geworden. Es gibt nicht nur die Mühlenweide als Veranstaltungsort am Rhein, die Rheinorange (eine Skulptur von Lutz Fritsch) und das Echo des Poseidon (eine Großskulptur von Markus Lüpertz). Nein, denn mit dem Radimuseum und dem Museum der Deutschen Binnenschifffahrt gibt es auch die sogenannte Hochkultur.

Das Binnenschifffahrtsmuseum ist im örtlichen Schwimmbad untergebracht. Das Museum gibt es seit dem Jahre 1979; am jetzigen Standort befindet es sich seit dem Jahre 1996. Sowohl im ehemaligen Herrenschwimmbad wie auch in seinem Gegenstück für die Damen stellt die Dauerausstellung das Leben an Bord sowie die Bedeutung der Binnenschifffahrt und des Duisburger Hafens vor. Prunkstück ist dabei eine sogenannte Tjalk, ein niederländisches, einmastiges Segelschiff, die im Herrenbad in Originalgröße ausgestellt ist.

Das Kreativquartier Ruhrort wurde – als Initiative – im Jahre 2010 ins Leben gerufen. Es ist ein Zusammenschluss von Künstlern, Kulturschaffenden, Kreativwirtschaftlern, Intellektuellen und anderen Kreativen, aber auch Geschäftsleuten und Unternehmen, die sich kulturell im Stadtteil engagieren möchten. Die Anlaufstelle befindet sich im evangelischen Gemeindehaus in der Dr.-Hammacher-Straße. Dort finden regelmäßig Konzerte, Ausstellungen und andere Veranstaltungen statt. Das Kreativquartier gilt als Überbleibsel der Kulturhauptstadt Europas, als die Duisburg 2010 mit dem Ballungsraum Ruhrgebiet auftrat.

Wie an einem Nabel der Welt

Mit der Schifferbörse und dem Café Kaldi gab es auch eine Zeit lang durchaus ansprechende Gastronomie. Die Schifferbörse wurde schon im Jahr 1901 eingeweiht und war damals eine Art Ordnungsfaktor, die den freien Warenhandel auf dem Rhein regulieren sollte. Die Geschäfte wurden zuvor auf offener Straße abgewickelt. Die Schiffer wurden dabei häufig durch überbeuerte Frachtraten über das sprichwörtliche Ohr gehauen. Woran es gelegen hat, dass sich beide Restaurationen trotz hoher Qualität schon vor Corona-Zeiten nicht halten konnten, sei einmal dahingestellt.

An der Seidenstraße kann es nicht liegen. Die sorgt im Hafen für Belebung und auch dafür, dass die durch die Störung des globalen maritimen Containerverkehrs empfindlich getroffenen Lieferketten auf dem europäischen Binnenmarkt nicht vollständig einbrechen. Es ist gewiss nur ein Tropfen auf den heißen Stein, was in Duisburg ankommt. Denn ein Güterzug von und nach China kann nur einen Bruchteil der Container transportieren, die heute von den Schiffscontainerriesen befördert werden.

Während täglich in Rotterdam, Antwerpen oder Hamburg Dutzende Schiffe anlegen, kann auf der Seidenstraße nur eine begrenzte Anzahl Züge mit Containern verkehren, da die Eisenbahnstrecke zugleich auch von anderem Güter- und Passagierverkehr frequentiert wird. Doch weil der Zug viermal so schnell wie ein Frachter unterwegs ist, fühlen sich die Duisburger mit ihrem Hafen am Nabel der Welt – und das nicht ganz zu Unrecht.

ARCHÄOLOGIE

Die frommen Wanderer von der Weser

In Bremen finden sich Spuren mittelalterlicher Pilger – Auf einer Baustelle entdeckte man jetzt ihre Pilgerzeichen

In Bremen hat sich die Baustelle an den Weserarkaden als einmalige archäologische Schatzkiste erwiesen. Nach jahrelanger Sperrung der Arkaden an der Uferpromenade Schlachte wurde die Rückwand des 125 Meter langen Arkadengangs ab November 2020 aufwendig mit Stahlbetonpfählen und einem neuen Betonfundament stabilisiert. Demnächst sollen die Schäden am Gemäuer des historischen Bauwerks repariert werden.

Im Gleichschritt mit den Bauarbeiten erfolgte bis Anfang September die Bergung von Tausenden archäologischen Funden aus dem 13. bis zum 19. Jahrhundert. Dabei gab es auch seltene Pilgerzeichen, von denen einige Bezüge zum alten Brandenburg aufweisen.

Die heutige, mit Sandstein verblendete Hochwasserschutzwand hinter den Arkaden diente bereits im 16. Jahrhundert

als Uferschutzmauer und war zugleich Anleger für Handelsschiffe und Fischereiboote. 1857 wurden in diesem Teil des Hafens die Packhäuser abgerissen, um mit den davor gebauten Arkaden den Unterbau für eine Kranbahn zu schaffen.

Auf den Waggons gelangte die Schiffsfracht zu den dahinterliegenden Zollschuppen. 1913 wurde die Promenade vor dem Arkadengang verbreitert. Es entstand eine genietete Spundwand, der heutige Anleger des Theaterschiffs. In den letzten Jahren hatte sich die Rückwand der Arkaden immer mehr nach vorn in Richtung Weser geneigt, und es zeigten sich Risse in den Rundbögen.

Vor der Stabilisierung des Fundaments wurden die Bolzen und Muttern aus der Rückverankerung der Stützwand entfernt, die in den 1960er Jahren bis unter die Straße tiefer angelegt worden war.



Ein Ritter für die Pilger auf die Hand: Ein Pilgerzeichen aus der Bremer Fundstätte

Die darunterliegenden Sandschichten wurden bis 2,70 Meter tief aufgegraben. Mit Unterstützung von ehrenamtlichen Helfern legten die Grabungsteams Holzpfehlgründungen einer früheren Schiffsanlegestelle frei und durchsuchten den aufgeschütteten, mit mittelalterlichem Hausmüll durchmischten Sand. Dabei kam eine unerwartet reichhaltige Ausbeute an Fundstücken ans Tageslicht.

Viele Gegenstände dürften versehentlich in die Weser oder in eine Kloake gefallen sein. Das Gros der Objekte wird dem 14. und 15. Jahrhundert zugeordnet. Zahlreiche Gegenstände erzählen vom Handel und Wandel in der Hansestadt und von Fernreisen, die aus geschäftlichen und religiösen Gründen unternommen wurden. Aus dem Besitz von Händlern und Kaufleuten stammen einige für die Hansezeit typische Nierendolche, Wa-

renplomben, Siegelstempel, Schreibwerkzeuge und Waagschalen. Die bisher bestimmten Silbermünzen wurden in Frankreich, Münster und Osnabrück geprägt. Gürtelschnallen, Schmuck und eine Schleiernadel gehörten zur Frauentracht. Zahlreiche Kalfaterklammern, Netzsenker aus Blei und Ton, Angelhaken sowie eine Reuse aus Weidengeflecht sind Relikte der Schifffahrt und der Fischerei.

Zu den herausragenden Funden zählen über 20 Pilgerzeichen aus Aachen, Köln, Trier und dem brandenburgischen Wilsnack. Die kleinen Plaketten aus Zinn und Blei wurden in den Wallfahrtsorten verkauft und von den Pilgern am Hut oder an der Kleidung getragen. Es sind seltene Überreste der Hochkonjunktur spätmittelalterlicher Frömmigkeit in der damals römisch-katholischen Bischofsstadt Bremen.

Dagmar Jestrzemska

● FÜR SIE GELESEN

Relativierende Ausführungen

Die „Heiligsprechung“ der Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel wird von bestimmten Kreisen mittlerweile genauso intensiv vorangetrieben wie die Infantilisierung der politischen Sprache. Hiervon zeugt unter anderem auch das Buch „Mutti wars nicht“ von Gerd Hachmöller. Der „Spiegel“-Kolumnist, Dozent zu Fragen kultureller Unterschiede und ehemalige Leiter einer Flüchtlingsnotunterkunft, will darin mit angeblichen Klischees und Legenden über Merkel und die Asylpolitik sowie den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und innerer Sicherheit aufräumen.

Hachmöllers brachial relativierende Ausführungen zum Thema Flüchtlingskriminalität und Islam-Terrorismus können dabei angesichts der zahlreichen Anschläge in den letzten Jahren beziehungsweise der massiven Zunahme von Messerangriffen und Gruppenvergewaltigungen durch „Schutzsuchende“ einfach nur zornig machen. Das Gleiche gilt für seine unsinnige Behauptung, dass Merkels Satz „Wir schaffen das“ doch Wahrheit geworden sei, weil man beispielsweise sehe, dass wir die seit 2015 gekommenen Flüchtlinge „größtenteils auch in den Arbeitsprozess integriert“ hätten. Oder für Einschätzungen wie diese: „Das Ansehen von Deutschland in der EU und in der Welt war selten so hoch wie aktuell.“ Auf welchem Planeten lebt der Autor eigentlich? *Wolfgang Kaufmann*



Gerd Hachmöller: „Mutti wars nicht. Populäre Legenden & kollektive Irrtümer über Angela Merkel, Flüchtlingspolitik und Europa“, Goldegg Verlag, Berlin 2021, gebunden, 176 Seiten, 22 Euro

Sicherheit im Netz

Dass digitale Sicherheit ein ernstes Thema ist in einer zunehmend global übers Internet agierenden Welt, dürfte inzwischen jedem, der einen Computer oder ein Mobilfunkgerät nutzt, klar sein. Es gibt inzwischen eine Fülle von Ratgebern zu diesem Thema. Die IT-Experten Matteo Große-Kampmann und Chris Wojzechowski haben sich in ihrem Buch „Meine digitale Sicherheit. Tipps und Tricks für Dummies“ aktuellen Problemen gewidmet, denen vor allem private Nutzer im Netz begegnen können. Ein Großteil beschäftigt sich mit Einstellungen und Strategien gegen Betrugsversuche bei der Benutzung von Mobiltelefonen. Da das Handy mittlerweile aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken ist und in vielen alltäglichen Situationen zum Einsatz kommt, ist es auch eine beliebte Angriffsfläche für Kriminelle geworden. Der Ratgeber beschreibt kurz und bündig einfache Lösungswege. *MRK*

Matteo Große-Kampmann/Chris Wojzechowski: „Meine digitale Sicherheit. Tipps und Tricks für Dummies“, Wiley VCH, München 2021, broschiert, 174 Seiten, 10 Euro

BUCHILLUSTRATION



Andersens Märchen

Sieben ausgewählte Geschichten mit den Zeichnungen von Edmund Dulac verzaubern die Leser noch heute

FOTO: MAURITIUS

Ungewöhnliche Edition „Die Schneekönigin“, „Die Kleine Seejungfrau“, „Die Nachtigall“, „Die Prinzessin auf der Erbse“, „Der Wind erzählt von Waldemar Doe und seinen Töchtern“, „Des Kaisers neue Kleider“ und „Der Garten des Paradieses“ werden in dem Buch „Hans Christian Andersen. Die schönsten Märchen“ geringfügig

modernisiert von Carine Picaud eingeführt, mit einem Vorwort von Geneviève Brisac. Noch verstärkt wird der Eindruck der Märchen durch die Illustrationen des Malers Edmund Dulac aus dem frühen 20. Jahrhundert. Er gilt als einer der wichtigsten Vertreter der Buchillustration seiner Zeit. *CRS*



„Hans Christian Andersen: Die schönsten Märchen“, wbg Edition, Darmstadt 2021, gebunden, 174 Seiten, 40 Euro

EUTHANASIE

Opfer der Vernichtung

Ulrich Raschkowski zeichnet den Weg seines Onkels Kurt Georg Vogt nach, der als Epileptiker während der NS-Diktatur weggesperrt und getötet wurde

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Unter der Bezeichnung „Aktion T4“ wurden von 1939 bis 1941 die weitgehend geheim gehaltenen „Euthanasie“-Morde des nationalsozialistischen Regimes an Erwachsenen in sechs Tötungsanstalten vollzogen. Etwa 13.720 behinderte und psychisch kranke Menschen starben qualvoll aufgrund des Postulats „unwerten Lebens“ der NS-Rassenideologie.

Eines der Opfer war der am 21. September 1912 in Königsberg geborene Kurt Georg Vogt. Sein Leben wurde am 4. August 1941 in der Gaskammer der zur Vernichtungsanstalt umfunktionierten Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein ausgelöscht. An das Schicksal seines Onkels erinnert Ulrich Raschkowski aus Wolfsburg mit dem ergreifenden Werk „Kurt Georg Vogt 1921-1941. Opfer der ‚Euthanasie‘“. Mit Unterstützung von Gedenkstätten und Archiven sowie anhand von Literatur konnte der Autor den Lebenslauf von Vogt rekonstruieren, ein Licht auf die Vorgänge in der Krankenanstalt werfen, in der dieser als „Fallsüchtiger“ (Epileptiker) den größten Teil seines Lebens verbracht hat, und auf die Umstände seines Todes. Der kleine Band ist mit Fotos, Dokumentenabbildungen und Kartenausschnitten ausgestattet.

1924 lieferten die Eltern ihren damals elfjährigen Sohn in die Carlshöfer Anstalten bei Rastenburg ein. In der diakonischen Einrichtung wurden vorwiegend Epilepti-

ker betreut, ab 1937 auf Anordnung des Gauleiters Koch auch Menschen mit psychischen und geistigen Beeinträchtigungen. Nachdem die Carlshöfer Anstalten im März 1939 in das Eigentum der Provinz Ostpreußen übergegangen waren, erfolgte in Vorbereitung der „Euthanasie“-Aktion zunächst die Verteilung der Patienten an andere Orte. Vogt wurde nach mehreren Zwischenaufenthalten am 4. August 1940 nach Pirna-Sonnenstein transportiert.

Raschkowski vermutet, dass er dort noch am selben Tag mit Gas ermordet wurde. Von der „Trostbriefabteilung“ erhielten die Hinterbliebenen ein Schreiben mit Angabe einer fingierten Todesursache und eine angeblich in Hadamar, der Tötungsanstalt in Hessen, ausgestellte Todesurkunde. Etliche Fragen bleiben offen.

Von der Erschütterung vieler kirchlicher Mitwisser des grauenhaften Geschehens zeugt die flammende Euthanasiepredigt des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen vom 3. August 1941, die am Schluss der Darstellung zu lesen ist und als Fanal bis heute nachwirkt.



Ulrich Raschkowski: „Kurt Georg Vogt 1921-1941. Opfer der ‚Euthanasie‘“, Verlag Ph.C.W. Schmidt, Neustadt an der Aisch 2021, gebunden, 96 Seiten, 14 Euro

DEUTSCHE SPRACHE

Große regionale Unterschiede

Christa Dürscheid, Professorin für Deutsche Sprache an der Universität Zürich, geht den Besonderheiten des Deutschen nach

VON SILVIA FRIEDRICH

Deutsch als Amtssprache ist in insgesamt sieben Ländern, nämlich Deutschland, Österreich, Schweiz (daneben wird hier Französisch und Italienisch sowie Rätoromanisch gesprochen), Liechtenstein, Luxemburg (wo neben Deutsch auch Französisch und Letzeburgisch gesprochen wird), Südtirol (Deutsch und Italienisch) und in der Deutschsprachigen Gesellschaft in Ostbelgien in Gebrauch“, sagt Christa Dürscheid, seit 2002 Professorin für Deutsche Sprache an der Universität Zürich, in ihrem Buch „Wie sagt man wo?“

Sie forscht zur Internetkommunikation sowie zum Sprachgebrauch im Deutschen und ist Autorin von zwei einführenden Standardwerken zu Syntax und Schriftlinguistik.

Amtssprache in sieben Ländern

Es geht der Autorin im vorliegenden Buch um die Vielfalt der deutschen Sprache in den genannten Gebieten, und so hofft sie, dass die Lektüre für die Leser zu interessanten Einblicken in den unglaublichen sprachlichen Reichtum des Deutschen führt.

In der Schweiz gibt es eine Fülle von Begriffen, die man andernorts nicht kennt. Und es gibt eine Reihe von Verben, die ganz ohne Reflexivpronomen gebraucht werden: „Die Laune meiner

Mutter ändert mehrmals am Tag“ oder „Das Wetter ändert“ ist in der Alpenrepublik üblich und unauffällig. Für norddeutsche Ohren ist dieses eher ungewöhnlich anzuhören.

300 Vergleiche

Aufgebaut ist das Taschenbuch aus dem Duden-Verlag wie folgt: Zunächst gibt es eine alphabetisch geordnete Liste (Von A wie ABC-Straße bis Z wie Zwiebel) mit Texten, Karten und Illustrationen zur sprachlichen Vielfalt, wobei jedem Abschnitt ein Kürzel (G für Grammatik, W für Wortschatz, K für Kommunikationsverhalten und RS für Rechtschreibung) vorangestellt ist. Man kann einfach so durchblättern und an dem einem oder anderen Ausdruck hängenbleiben oder sich von vorne bis hinten durcharbeiten, um dem „Artenreichtum“ des Deutschen auf die Schliche zu kommen.

Über 300 Einblicke in die Verschiedenartigkeit und Buntheit des Deutschen bietet dieses kleine Werk und eröffnet so manchem ungekannte Überraschungen.



Christa Dürscheid: „Wie sagt man wo? Erstaunliche Sprachvielfalt von Amrum bis ins Zillertal“, Duden Verlag, Berlin 2021, Taschenbuch, 144 Seiten, 10 Euro

NEW YORK

Eine einstmals deutsche Stadt an der Frontlinie

Erwachen zu neuer Blüte: Eine Siedlung im Osten der Ukraine erhielt im Zuge der Dekommunisierungskampagne ihren Namen zurück

VON BODO BOST

Die derzeitige Frontlinie in der Ostukraine durchschneidet viele ehemalige mennonitische Siedlungsgebiete. Das bis 1941 deutsch besiedelte New York in der Ukraine erhielt im letzten Jahr seinen mennonitischen „deutschen“ Namen zurück.

Während Russland an der ukrainischen Grenze mehr als hunderttausend Soldaten zusammenzieht, hat die Ukraine einer einst von deutschen Mennoniten gegründeten und besiedelten Stadt direkt an der Frontlinie ihren alten Namen zurückgegeben. Der ukrainische Namensvetter des Big Apple liegt nur wenige Hundert Meter vom neuen Eisernen Vorhang an Europas neuem Kalten Krieg entfernt. Die 10.000 Einwohner des ukrainischen New York schlafen oft unter Kanonendonner oder Gewehrfeuer ein, und gelegentlich erreichen von prorussischen Separatisten abgefeuerte Granaten die Stadt. Sogar einige der alten deutschen Backsteinhäuser, die zwei Weltkriege überstanden haben, wurden zerstört.

Unter Granatenbeschuss

Ab 1789 wanderten Mennoniten auf Einladung von Kaiserin Katharina der Großen von Westpreußen aus in die ukrainische Steppe ein. Ihr aus Holland im 16. Jahrhundert mitgebrachtes Niederdeutsch oder Plattdeutsch nahmen sie mit. In der Ukraine gründeten sie als Mutterkolonie den Ort Chortitza auf einer Dnjepr-Insel. Bald darauf entstand an der Molotschna ein zweiter Siedlungskern. Die Mennoniten trugen dazu bei, die Steppe in ein industrielles Kernland zu verwandeln, die nahe gelegenen Städte Donezk und Lugansk wurden kurz danach von einem Engländer und einem Schotten gegründet. Die Mennoniten waren fleißig und kinderlieb. In wenigen Jahren gründeten sie Hunderte von Tochttersiedlungen, die letzte 1928. In diesen Tochttersiedlungen entstanden Handwerksbetriebe und kleine Fabriken. Die in der Sowjetzeit bekannte Automarke Saporoschetz geht auf eine Mennoniten-gründung zurück. Weil es in den Gemeinden der Mennoniten keine kirchliche Hierarchie gab, entstanden jedoch bald auch Spaltungen, die dazu führten, dass viele Gemeinden die Region wieder verließen und diese Auswanderer die Grundlagen für die heute großen Mennonitensiedlungen in Nord- und Südamerika legten. Aber auch in der Ukraine ging der Siedlungsdruck weiter, viele Mennoniten zogen weiter nach Osten, bis nach Sibirien und Zentralasien, aber auch in Palästina gründeten sie Tochttersiedlungen.

Ab dem Jahre 1889 entstand 40 Kilometer nördlich von Donezk, zwischen den Städten Gorlowka und Konstjantyniwka, um den Ort New York herum eine Reihe von Mennonitensiedlungen. Zentraler Ort war Kronstadt (Ignjatiewka). Der Name New York wurde wohl als Symbol gewählt, weil Teile der Gründergeneration kurz zuvor in die neue Welt ausgewandert waren. 1941 deportierten die Sowjets gewaltsam zusammen mit den Russlanddeutschen auch die Mennoniten nach Sibirien oder nach Zentralasien, New York wurde nach dem Krieg von Russen und Ukrainern neu besiedelt und umbenannt in Nowgorodskoje (Neue Stadt). In der Nähe wurde eine Chemiefabrik nach dem KGB-Gründer Felix Dserschinskij umbenannt und sowjetisiert.

Seit 1991 gehört der größte Teil der Gebiete der ehemaligen Mennonitensied-



Schneesturm Ende Januar in New York: Im Hintergrund ist die neu eröffnete Bäckerei zu sehen Foto: imago images/ZUMA Wire

lungen zur Ukraine, bis 2014, nach der russischen Annexion der Krim, auch im Osten der Ukraine von Moskau ermunterte Separatisten große Teil der Gebiete der beiden Bezirke Lugansk und Donezk unter ihre Kontrolle brachten und Volksrepubliken errichteten. Seit damals liegt New York wie viele andere einstige Mennonitensiedlungen in der Nähe der Frontlinie des Krieges, der in der Ostukraine tobt. Im Süden der Front bei Mariupol liegt die Front genau zwischen den ehemaligen Mennonitenorten Steinbach (Pyshchevyk) und Waldheim (Verkhnohyrovivske).

Separatisten besetzten New York

Der Frontabschnitt von New York gehört zu den blutigsten und am härtesten umkämpften im schwelenden Grabenkrieg zwischen Russen und Ukrainern, der unter den einstigen Brudervölkern bereits mehr als 13.000 Menschen das Leben gekostet und Millionen vertrieben hat. Separatisten und das russische Militär besetzten im Jahr 2014 auch New York. Drei Monate später wurde die Stadt nicht von der

ukrainischen Armee, sondern von ukrainischen Freiwilligen befreit, die das unterfinanzierte und demoralisierte ukrainische Militär unterstützten. Bis heute blieb der Ort in ukrainischer Hand. Fünf New Yorker wurden bei Kampfhandlungen bislang getötet und 100 Häuser zerstört. In jüngerer

Zeit wurde New York immer häufiger von Verletzungen der Waffenruhe heimgesucht. Soldaten patrouillieren in den Schützengräben der Stadt und besetzen Kontrollpunkte, die kaum einen Kilometer vom Stadtrand entfernt sind. Die Stadt selbst ist ungeschützt.

1789

Zahlreiche Mennoniten wanderten von Westpreußen aus in die ukrainische Steppe ein



Ein Relikt aus der Sowjetzeit: Das ehemalige Chemie-Kombinat Dserschinskij gehört unter anderem Namen immer noch zu den größten Arbeitgebern der Stadt Foto: Erud

der Region“ herzustellen, während auf der anderen Seite der Front die Einwohner zwar russische Pässe bekommen haben, aber sonst die sowjetische Planwirtschaft zurückgekehrt sei.

In New York ziehen wegen der ständigen Bedrohung alle an einem Strang, um ein besseres Leben zu schaffen. Die junge Schauspielerin Karina Varfolomeieva hat mit ihrer Theatertruppe Aufführungen über den Krieg an renommierten Theatern in der Hauptstadt Kiew aufgeführt, die, wenn sie nicht so traurig wären, auch am Broadway reüssieren könnten. Für sie und ihre Freunde ist der Name „New York“ eine Chance für einen Neuanfang und ein Katalysator für viele künftige kreative Projekte.

Zeuge deutscher Vergangenheit

Die stellvertretende Bürgermeisterin Tetiana Krasko hat zusammen mit ukrainischen und internationalen Partnern unermüdlich am Bau eines Sozialzentrums für ältere Menschen, an der Installation von Solarzellen auf Straßenlaternen und an der Modernisierung der Gebäude der Stadt gearbeitet. Ihr Vorzeigeprojekt ist der Wiederaufbau des „Unger-Hauses“, eines der wenigen Gebäude, die aus der deutschen Zeit in der Stadt übrig geblieben sind. Im April 2021 wurde es als elegantes Kulturzentrum eröffnet – das einzige neu eröffnete Kulturzentrum entlang der umkämpften 400 Kilometer langen Front im Grenzkrieg zwischen Russland und der Ukraine. Die Stadt hat wirklich etwas von ihrem großen Namensvetter auf der anderen Seite des Atlantiks, denn sie ist ein Ort, an dem die Ideen niemals schlafen.

Die 2021 erfolgte Namensrückgabe hatte nicht nur historische Gründe, sie soll auch den Gegnern auf der anderen Seite der Front, die das Ortsschild mit ihren Ferngläsern sehen können, die Botschaft verkünden, dass die großen USA hinter der kleinen Ukraine stünden. Obwohl sonst die seit 2016 infolge einer Dekommunisierung erfolgten Umbenennungen von Ortschaften in der Ukraine in der Hand der Lokalverwaltungen liegt, hatte für die Rückbenennung von New York sogar das ukrainische Parlament fraktionsübergreifend gestimmt. Die Bewohner des Ortes erhoffen sich jetzt, trotz des schwelenden Krieges und der Front, einen neuen Aufschwung in der Region. Es wurde sogar eine Zeitung gegründet mit dem Namen „New Yorker“ nach dem großen Vorbild. Man wolle Kontakte auch zu der Gemeinde Jork in Deutschland und New York in den Vereinigten Staaten knüpfen, sagte der Vorsitzende des Gemeinderats Mykola Lenko gegenüber Reuters.

Kiew stimmte für Namensrückgabe

Größter Arbeitgeber in der Region ist noch immer das ehemalige Chemiekombinat Dserschinskij, das jetzt unter anderem Namen zu einem Konglomerat des tatarischen Oligarchen Rinat Achmetow gehört, der zugleich der reichste Mann der Ukraine ist, aber einen Großteil seiner Geschäfte auch mit Russland macht. Kriegsgewinnler wie Achmetow führen den Ukrainern vor Augen, dass im einstigen Sowjetparadies jetzt wieder die Unterschicht mit ihrem Leben für die Gewinne der milliardenschweren Oligarchen bezahlt, die zumeist in London residieren. Von den deutschstämmigen Mennoniten wird wohl niemand bereuen, dass sie jetzt nicht mehr in dieser heutigen Hölle Europas leben, auch wenn diese jetzt wieder ihren einstigen mennonitischen Namen trägt, auf den auch sie einst stolz waren.

Das ukrainische New York war zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine der am besten entwickelten Siedlungen der Region. Es verfügte über ein Telegrafenam, eine Bank, eine Buchhandlung, ein Hotel, eine große Maschinenfabrik sowie eine Schule für Jungen und Mädchen. Im Jahr 1917, vor der bolschewistischen Revolution, wurde die Stadt von den zaristischen Behörden für den Bau der ersten Phenolfabrik im Russischen Reich ausgewählt.

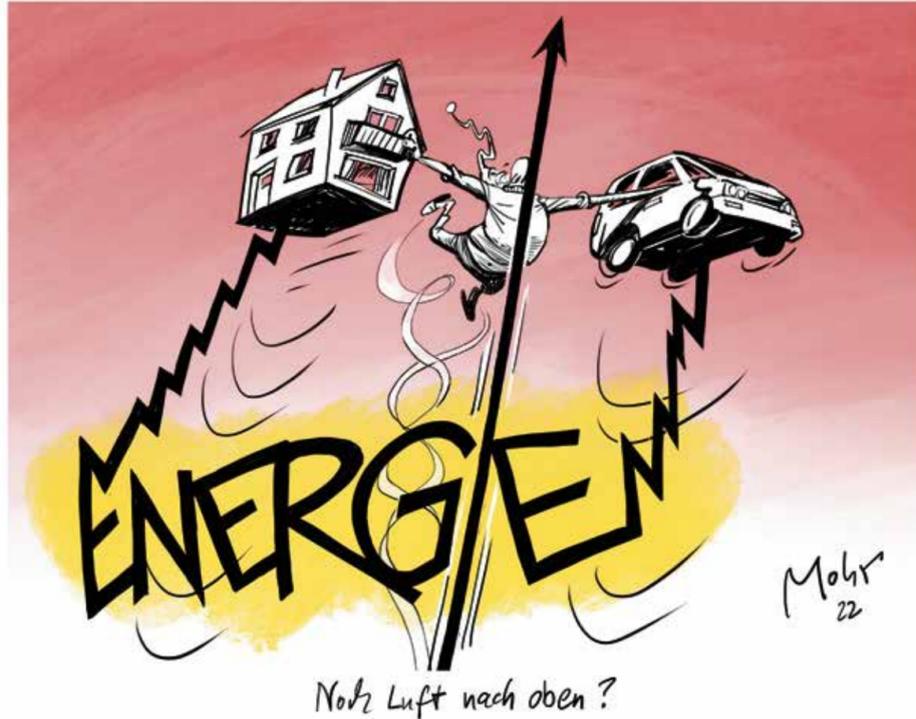
Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geriet das nun ukrainische Nowhorodske, wie auch der Rest des Donbass, in einen industriellen Niedergang und eine Wirtschaftskrise. Seit 2014 hat der Krieg den Ort verwüstet. Um in die nahe gelegene Stadt Horlivka, eine Separatistenhochburg, zu gelangen, müssen die Bewohner einen dreistündigen Umweg über verschiedene Kontrollpunkte und Kontrollen nehmen – eine Fahrt, die vor dem Krieg 15 Minuten gedauert hätte. Ab 2016 kämpfte die Stadt bereits darum, ihren historischen Namen wiederzuerlangen. Als es dann 2021 endlich so weit war, wurde die Stadt zu einem Leuchtturm der Hoffnung, der in den nationalen Medien auf überwältigende Begeisterung stieß. Die Namensrückgabe sollte auch den Einwohnern Hoffnung und eine Perspektive geben, damit junge Menschen einen Grund finden, hier zu bleiben. Auch hoffen die Einwohner, dass es die Separatisten sich jetzt zweimal überlegen, bevor sie die Stadt bombardieren. Sie riskieren Titelseiten wie: „Die Russen bombardieren New York“.

Leuchtturm der Hoffnung

Trotz des Krieges vor ihrer Haustüre, der nun schon seit fast acht Jahren tobt, führen die Menschen vor Ort ein fast normales Leben: Es gibt Schüler, die sich trotz des anhaltenden Konflikts auf ein Schulfest vorbereiten; Fabrikarbeiter, die chemische Produkte herstellen, die in alle Welt exportiert werden; eine lokale Unternehmerin, die sich rühmt, in ihrer neu renovierten und privatisierten Bäckerei New York „die besten Croissants

● AUFGESCHNAPPT

Der amerikanische Cartoonist Art Spiegelman hatte anhand der Geschichte seiner Familie ein Comic über den Holocaust verfasst. Handlungsträger sind sprechende Tiere. Das Werk „Maus“ war gewagt, gilt aber als äußerst gelungen, es wird an Schulen und Universitäten behandelt. 1992 hatte Spiegelman dafür sogar den renommierten Pulitzer-Preis erhalten. Nun hat eine Schulbehörde im US-Staat Tennessee „Maus“ vom Lehrplan gestrichen. Wie der „stern“ berichtet, stört man sich an Ausdrücken wie „damn“ (verdamm) oder „bitch“ (Schlampe). Seitens der Behörde heißt es, man rede hier von Sachen, „für die ein Schüler, wenn er sie auf dem Flur sagen würde, zu Recht eine Strafe bekommen könnte“. Auch die – der Sache geschuldeten – grausamen Darstellungen sollten durch ein Schulsystem nicht gefördert werden, das sei „weder sinnvoll noch gesund“. Jüdische Verbände kritisierten die Entscheidung, „Maus“ aus dem Unterricht zu verbannen. Die Nachfrage nach dem Buch erhöhte sich schlagartig. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Regisseur Tom Bohn (unter anderem „Tatort“) will nicht mehr für öffentlich-rechtliche Sender arbeiten. Gegenüber „web.de“ (28. Januar) erklärt er, warum:

„Die Einseitigkeit und die offensichtliche Regierungshörigkeit von ARD und ZDF machen mich sprachlos. Ich habe 30 Jahre lang für diese Sender leidenschaftlich gearbeitet ... Wenn ich aber merke, dass die für unsere Demokratie wichtige Ausgewogenheit fehlt, möchte ich mit diesen Sendern nicht in Verbindung gebracht werden.“

Klaus von Dohnanyi, Sozialdemokrat und früherer Hamburger Bürgermeister, erteilt in der „Welt“ (8. Februar) einem europäischen Bundesstaat als Ersatz für den Nationalstaat eine klare Absage:

„Die Nation bleibt die größte mögliche politische Einheit für eine Demokratie. Wer sollte denn über Deutschlands Schicksal entscheiden außer Deutschland? Etwa ein Parlament in Brüssel aus 27 Nationen mit 24 Sprachen und einer Präsidentin aus Malta?“

Ulrich Lilie, der Präsident der Diakonie, die rund 400 Krankenhäuser und etwa 3000 Pflegeheime betreibt, äußert sich gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen“ (5. Februar) entsetzt über das Gesetz zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht, das am 15. März in Kraft tritt:

„Ich habe selten erlebt, dass ein so wichtiges Gesetz so unprofessionell angegangen wurde ... Meine Sorge ist, dass dieses Chaos manche Einrichtung schachmatt setzt. Es gibt Häuser, da fallen schon jetzt teilweise 60 Leute aus, weil sie krank sind oder in Quarantäne. Wie man da noch die Impfpflicht umsetzt, das hätte sich die Politik wirklich früher überlegen müssen. Es macht mich fassungslos, dass das nicht passiert ist.“

Peter Tiede befasst sich in der „Bild“-Zeitung (8. Februar) neben Nancy Faesers Kooperation mit der linksextremen Antifa mit einem weiteren Fehltritt der SPD-Bundesinnenministerin:

„Faeser hatte ihre ganz linken Asyl-Träume unabgesprochen als neue Politik in die Welt twittern lassen: Deutschland wolle mehr Flüchtlinge aufnehmen. Das ist amtliche PR für die Schlepper-Mafia. Wenn Faeser nach 62 Tagen im Amt nicht endlich versteht, dass sie keine linke Partei-Aktivistin mehr ist, dann sind die üblichen 100 Tage Schonfrist schon zu viel für sie.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Es ist soweit

Wie Söder den Anfang vom Ende markiert, und wie die Union vor sich selbst davonschleicht

VON HANS HECKEL

Wir haben es geahnt, vor Monaten schon: Um herauszubekommen, wann „es“ vorbei ist, müssen wir nur den Söder-Markus im Auge behalten. Sobald der die Seiten wechselt, ist es soweit. Genau das hat er nun getan mit seiner Ankündigung, die Impfpflicht für Pflegekräfte in Bayern nicht umzusetzen. Die übrigen unionsgeführten Länder sind dem Bayern im Vertrauen auf dessen demographischen Spürsinn bereits gefolgt. Es ist soweit: Das ist der Anfang vom Ende der Pandemie-Maßnahmen.

Dies heißt aber nicht, dass es jetzt langweilig wird, ganz im Gegenteil. Nichts fürchtet die politische Elite Deutschlands mehr als einen „Tag der Freiheit“, an dem nahezu alle Einschränkungen und Schikanen auf einmal abgeschafft werden. Daher verlegt man sich auf Tippelschritte, die alles nur noch wirrer machen, weshalb wir den Verantwortlichen in den kommenden Wochen dabei zusehen dürfen, wie sie sich immer tiefer in ihrem immer absurder anmutenden Vorschriftenknäuel verheddern.

Karl Lauterbach ahnt das Verhängnis und greift zu einem Gegenmittel, das leider alles nur noch grotesker macht: fanatische Sturheit. „Die ergriffenen Maßnahmen funktionieren“, behauptete der Minister tapfer in seiner Pressekonferenz vergangenen Dienstag. Genau das aber tun sie nicht, Beispiel 2G und 2G-plus: Da auch doppelt und dreifach Geimpfte andere Leute anstecken können, war das ja nicht aus Gründen des Infektionsschutzes eingeführt worden, sondern als absichtliche Zumutung für Ungeimpfte, damit die sich doch noch impfen lassen. Machen die aber nicht, wie der minimale Zuwachs an Neueimpften seit Wochen belegt.

Wenn Lauterbach das unter „Funktionieren“ versteht, darf man annehmen, dass er auch seine künftigen Maßnahmen unter strikter Ausblendung der Wirklichkeit einfädeln wird. Und genau das hat er auch vor: Die Gesundheitsämter schreien regelrecht Alarm wegen der Impfpflicht für Pfleger. In Köln rechnet das Amt mit 15.000 ungeimpften Beschäftigten, in Dresden mit 14.000, die ab dem 16. März eigentlich nicht mehr arbeiten dürften.

Die Zahlen hat der „Focus“ auf Nachfrage erfahren. Eine Nachfrage, die der zuständige Minister offenbar für völlig überflüssig hält,

sonst hätten ja auch seine Leute da mal anrufen können. Haben sie aber nicht, weil der Chef des Hauses seine Erkenntnisse über den Stand der Dinge lieber aus „Anekdoten“ zusammenschustert, wie wir hier schon neulich erwähnt haben. Und der Wind hat ihm das Lied erzählt, dass da nur eine ganz kleine Schar von extremen Impfgegnern wegleiben werde. Damit hat sich für Lauterbach jede weitere Untersuchung erübrigt, denn was wissen Gesundheitsämter schon vom Gesundheitswesen?

Und wenn wirklich so viele Pfleger davonlaufen, wie zu befürchten steht? Dann hat man immerhin jene „Überlastung des Gesundheitsbereichs“ erlangt, vor der die Politik zwar seit zwei Jahren stetig warnt, die sich durch Corona allein aber einfach nicht einstellen wollte. Kommt sie nun doch noch, könnte man damit weitere Maßnahmen rechtfertigen.

Dafür, dagegen – vielleicht

Denn, wie gesagt, das Schlimmste wäre für Lauterbach und Co. ein Ende aller Maßnahmen. Ein regierungsfreundlicher TV-Reporter in Berlin warnte vor ein paar Tagen eindringlich davor, „panisch zu öffnen“. Was man nicht alles faselt, wenn einem die Argumente ausgehen.

Das Fernziel der Lockdowner lautet „Long Lockdown“. Wenn alles vorbei ist und die ganze Welt außerhalb Deutschlands den Kram vollends hinter sich gelassen hat, wird Dr. Lauterbach vors Mikrofon treten und verkünden, dass man in der Bundesrepublik an vielen Maßnahmen trotzdem „vorerst“ festhalten müsse. Begründung: Man könne ja nicht ausschließen, dass irgendwann irgendwo irgendwer irgendwen irgendwie mit irgendwas infiziert, weshalb „weiterhin äußerste Vorsicht geboten“ sei, da wir auf keinen Fall riskieren dürften, dass unser Gesundheitssystem ...

Die Union entdeckt derweil die Wonnen der Oppositionsrolle. Hat ein bisschen gedauert. Aber nun haben die Schwarzen endlich gemerkt, dass man – im Unterschied zu den 16 Merkel-Jahren – durchaus mal wieder „dagegen“ sein darf, ohne sogleich als rechtsradikal an die Wand genagelt zu werden. Das probieren sie jetzt bei der allgemeinen Impfpflicht aus. Söders Coup war da nur der Vorgeschmack.

Allerdings stellt sich der Union hier ein unangenehmes Problem: Im September war

Das Ziel lautet „Long Lockdown“, weil ja irgendwann irgendwo irgendwer irgendwen irgendwie mit irgendwas anstecken könnte



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

sie noch strickt gegen eine allgemeine Impfpflicht, ab November trat sie dann ebenso energisch für die Pflicht ein. Jetzt plötzlich mit gleicher Emphase wieder gegen das Gesetz auf den Plan zu treten, könnte den Verdacht eines übertriebenen sportlichen Opportunismus wecken.

Also wie rauskommen aus der Nummer? Mit einem Wischiwaschi-Vorschlag, der weder „Impfpflicht“ sagt noch Impfpflicht ausschließt: dafür, dagegen – vielleicht. Das Werk nennt sich „Impf-Vorsorge-Gesetz“. Damit soll jetzt beschlossen werden, dass im Oktober eine Impfkampagne gestartet werden kann, wenn eine weitere Virus-Variante aufgetaucht ist und ein darauf zugeschnittener Impfstoff entwickelt wurde und in ausreichender Menge bereitgestellt werden kann. Der soll dann in kurzer Zeit an eine noch festzulegende Zielgruppe – etwa Alte oder besonders Kranke – verimpft werden.

Warum benötigt man dazu ein Gesetz, noch dazu auf Vorrat? Weil die Union ein Gesetz vorschlagen muss, um dahinter zu verstecken, dass sie gar kein Gesetz mehr will.

Zu Letzterem hat sie einigen Grund, denn das Bild über die Stimmung im Volk ändert sich gerade kräftig. Praktisch die gesamte Corona-Zeit hindurch haben Medien den Deutschen vermittelt, dass „Querdenker“ und „Spaziergänger“ nur eine kleine radikale Minderheit repräsentierten, während die breite Mehrheit stramm hinter der Pandemie-Politik der Regierung stehe.

So ganz glauben mochten wir das ja von Anfang an nicht. Nun tröpfelt durch, dass es schon 2020 Untersuchungen gab, die eine sehr viel breitere Sympathie für die Demonstranten ermittelt haben als damals dargestellt. Jeder achte kann sich danach sogar vorstellen, selbst bei den „Spaziergängern“ mitzugehen. Dazu kommen weitere bis zu 40 Prozent, die Verständnis äußern für die „Spazierer“. Kleine radikale Minderheit?

Laut dem Institut INSA glaubt sogar schon fast jeder vierte Deutsche, dass er (wieder) in einer Diktatur lebe. Das ist tatsächlich noch eine Minderheit – aber „klein“ ist die auch nicht mehr. Die Tragik des Karl Lauterbach könnte darin bestehen, dass er den regierungsfreundlichen Medien die Behauptung geglaubt hat, dass da nur unbedeutende Randgruppen aufbegehren. Historisch gesehen ging es meistens schlecht aus für einen Politiker, der seinen eigenen Propagandisten auf den Leim gegangen ist.

● WORT DER WOCHE

„Hamburger und andere Nordlichter haben nur drei Worte, mit denen sie sich den ganzen Tag unterhalten können – Jo. Moin. Isso. Mehr nicht. Reich.“

Jürgen Stark äußert auf „Ansa.org“ (5. Februar) eine Vermutung über die Einsilbigkeit von Kanzler Olaf Scholz